

verteidigungspolitik.at

Risikobild 2026

Ende der Ordnung?



verteidigungspolitik.at

Risikobild 2026

Ende der Ordnung?

Wien, 2026

Die Inhalte der einzelnen Beiträge geben die persönliche Einschätzung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung oder der Institutionen, für die sie tätig sind.

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich
Bundesministerium für Landesverteidigung
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Die Gesamtkoordination dieser Publikation erfolgte durch die Leiterin der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie.

Projektleitung, Redaktion und Layout: Raphael Spötta, BA MA
Lektorat: Miriam Gruber, BA MAIS, Tara Prägler, BA MA
Projektmitarbeit: Laura Reis, BA MSc, Mag. Martin Kripp, MA
Fotos und Grafiken: Heeres-Bild- und Filmstelle, Shutterstock
Druck: Heeresdruckzentrum, 1030 Wien

Erscheinungsjahr: 2026

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling

ISBN: 978-3-902275-65-3

Inhalt

1

Einleitung 8

Geleitwort der Bundesministerin für Landesverteidigung

Klaudia Tanner 10

Europas nächstes Kapitel: die Sicherheitsunion

Tinatin Akhvlediani 12

25 Jahre „Frauen, Frieden und Sicherheit“

Christian F. Saunders 17

Das sicherheits- und verteidigungspolitische Umfeld Österreichs

Bernhard Richter 22

Risiken im Jahr 2026

Ronald Vartok 29

Neue Ordnungen, alte Prinzipien

Arnold H. Kammel 34

2

Globale Risiken und Herausforderungen 42

Globale Risiken und Herausforderungen

Nikolaus Rottenberger 44

Das Revival von „America First“

Rachel Tausendfreund 49

Europa im Systemkonflikt zwischen Russland, China und den USA

Daniela Schwarzer 54

Nukleare Non-Proliferation

Ulrika Möller 60

Der chinesische Balanceakt	
Linda Liang und Sebastian Harnisch	65
Der Konflikt im Südchinesischen Meer	
Thomas Eder	70
Russlands flexible Partnerschaften	
Sarah Pagung.....	75
Indien als Global Player	
Heinz Nissel	79
Die Bedrohungslage für Österreichs maritime Lieferketten	
Jan Stockbrügger	84
Zur Gefahr einer neuen Weltwirtschaftskrise	
Gabriel Felbermayr.....	89
Militarisierte Meere	
Michael Zinkanell.....	94
Geopolitik in der Arktis	
Kristina Spohr	99
Big Tech als Machtfaktor	
Johannes Späth	105
Aktuelle Herausforderungen an das internationale Recht	
Alexandra Duca.....	110
3	
Krisen und Konflikte im Umfeld Europas.....	114
Das sicherheitspolitische Umfeld Europas im Jahr 2026	
Günther Barnet	116
Der Krieg in der Ukraine	
Loïc Simonet	122

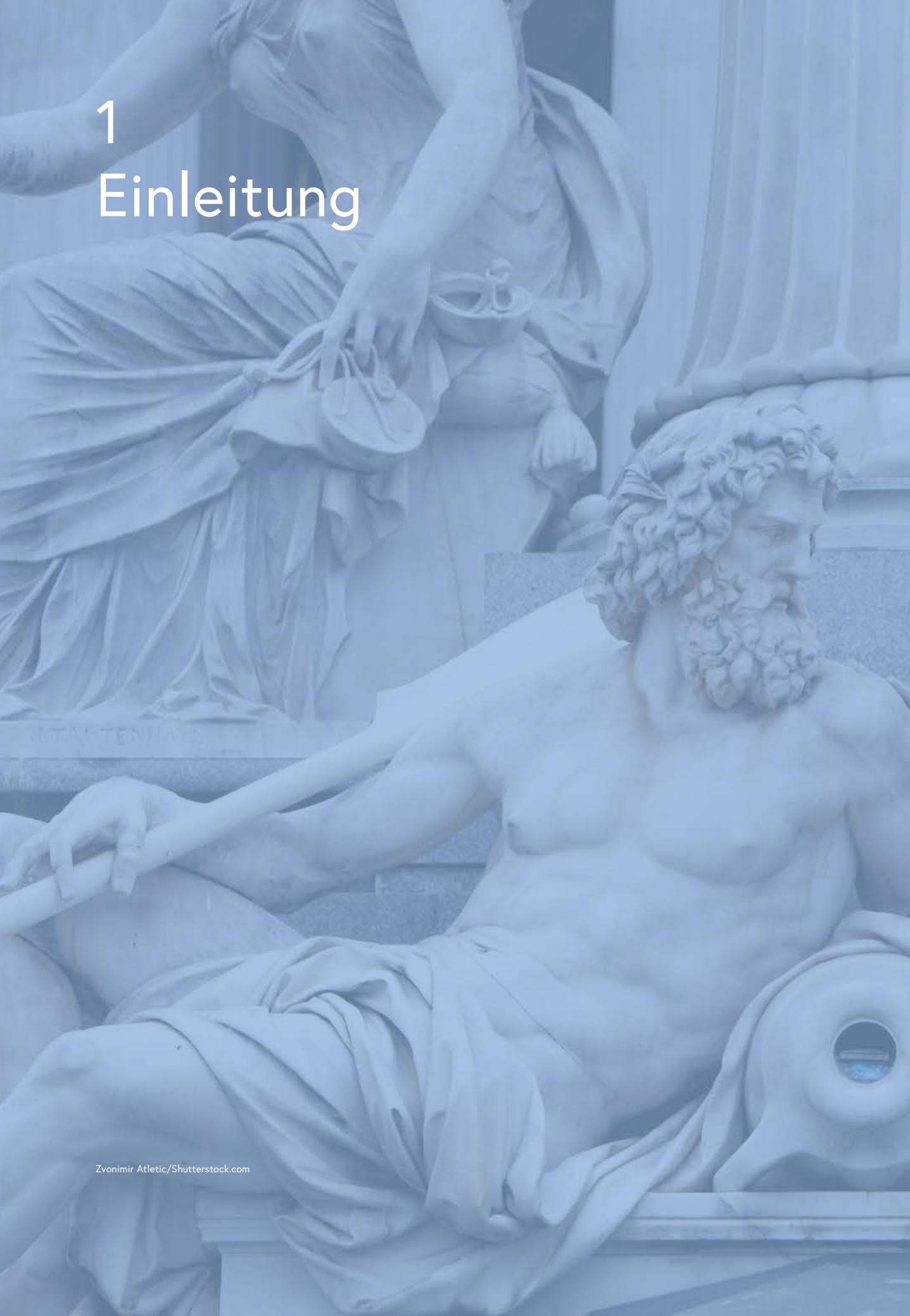
Der Westbalkan zwischen Integration und Enteuropäisierung Marie-Janine Calic.....	127
Tendenzen zur Destabilisierung in Südosteuropa Florian Bieber.....	132
Neuordnungsversuche im Nahen Osten Gudrun Harrer	137
Israels Sicherheit Stephan Stetter	142
Regionales Kräftemessen im Nahen Osten Walter Posch.....	147
Osteuropa und Südkaukasus Christoph Bilban	152
Sicherheitslage im Sahel Will Brown	158
Langwieriger Krieg im Sudan und die Gefahr regionaler Folgen Sara de Simone und Lucia Ragazzi.....	164
Sicherheitskonzeptionen und der Globale Süden Oliver Keßler und Siddharth Tripathi.....	169
4	
Risiken und Herausforderungen für die EU	174
Risiken und Herausforderungen für die EU Klaus Anderle.....	176
Konfrontation zwischen Russland und der EU Franz-Stefan Gady	183
Eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen Josef Braml.....	188

<i>Europas postkoloniales Erbe</i> Dorothy Makaza-Goede.....	193
<i>Asyl in Österreich und Europa</i> Judith Kohlenberger	198
<i>„Gendered Disinformation“ als hybrides Wirkmittel</i> Thilo Geiger.....	203
<i>Cyber-Verteidigung in Europa</i> David Song-Pehamberger.....	208
<i>Internationale organisierte Kriminalität in Europa</i> Daniela Pisoiu	213
5	
Risiken und Herausforderungen für Österreich.....	218
<i>Risiken und Herausforderungen für Österreich</i> Silvia Angerbauer.....	220
<i>Die Rückkehr der Landesverteidigung</i> Bruno Günter Hofbauer.....	225
<i>Österreichs Neutralität und die Risiken der Nicht-Debatte</i> Martin Senn.....	230
<i>Gesamtstrategie für eine Zeit epochalen Wandels</i> Markus Kornprobst.....	234
<i>Zwischen Krieg und Frieden</i> Elisabeth Hoffberger-Pippa.....	239
<i>Ausländische militärische Nachrichtendienste im Fokus</i> Reinhard Ruckenstuhl	244
<i>Wirtschaftliche Landesverteidigung</i> Thomas Feßl und Sonja Linskeseder	248

Zivile Landesverteidigung	
Josef Farda.....	252
Geistige Landesverteidigung	
Anna Katharina Obenhuber und Jan Sisko	257
Die „Preparedness Union Strategy“ und die ULV	
Matthias Resch.....	261
6G ohne Weltraum?	
Robert Toni Pfaffenbauer	266
Spaltung als Strategie	
Roman Schuh	271
Im Gleichschritt zur Gleichbehandlung	
Alexander Scheidl.....	275
Versicherheitlichung des Klimawandels	
Eva Widhalm	280
Zur Entwicklung moderner Streitkräfte	
Martin Dorfer	284
Autorinnen und Autoren	

1

Einleitung







BMLV/Daniel Trippolt

Geleitwort der Bundesministerin für Landesverteidigung

Klaudia Tanner

Herrscht in Europa noch Frieden? Stehen wir tatsächlich am Ende der liberalen Weltordnung, wie es der Titel des vorliegenden Sammelbandes vermuten lässt? Vieles spricht dafür. So befindet sich Europa in einem hybriden ausgetragenen Konflikt mit Russland, der nicht nur im unmittelbaren Umfeld Europas, sondern auch in Europa selbst ausgetragen wird. Beispiele hierfür gibt es zu Genüge: etwa das Eindringen russischer Drohnen und Kampfflugzeuge in den polnischen Luftraum im September 2025 oder das Lahmlegen des Münchener Flughafens Anfang Oktober durch Droneneinsatz. Nicht zu vergessen Desinformationskampagnen, das Manipulieren bzw. Beschädigen von Unterseekabeln oder auch die Versuche der Einmischung in Wahlen. Die Ordnung scheint zu erodieren.

Auch Großmachtrivalitäten nehmen weiter zu. Während die Vereinigten Staaten und China um die Umgestaltung der aktuellen bzw. die Etablierung einer neuen Ordnung ringen, bleibt das jeweilige Verhältnis dieser

Großmächte zu Europa vielschichtig und komplex. China bleibt sowohl Partner, aber zugleich Konkurrent und Systemrivale Europas. Indes bleibt die transatlantische Partnerschaft ein Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur, wenngleich vor dem Hintergrund der zunehmenden Konzentration der USA auf den Indo-Pazifik der Europäischen Union eine wachsende Rolle bei der Verteidigung Europas zukommt.

Angesichts dieser wachsenden Herausforderungen könnte die Frage aufgeworfen werden, welche Handlungsoptionen einem vergleichsweise kleinen Staat im Zentrum Europas bleiben. Die Probleme der Welt sind immerhin nicht alleine durch die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik lösbar. Sollte man daher den Kopf in den Sand stecken? Mitnichten, denn auch Österreich trägt eine Mitverantwortung für die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung. So stehen wir hinter multilateralen Organisationen, allen voran den UN, der EU und der OSZE. Wir suchen aktiv die Zusammenarbeit und wollen sowohl Dialog als auch Vertrauen fördern.

Der vorliegende Sammelband mit dem treffenden Titel „Ende der Ordnung?“ widmet sich genau diesen Themen – und noch vielen weiteren mehr. Er analysiert die sich abzeichnenden und bereits laufende internationale Entwicklungen, die kommenden Herausforderungen für die Sicherheitslage Europas und die Bedeutung der aktuellen Bedrohungslage für die Sicherheit Österreichs. Darüber hinaus widmet sich dieser Band anlässlich des 25. Jahrestages des Beschlusses der UN-Sicherheitsratssresolution 1325 gezielt dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit – ein zentrales Thema für Österreich, und mir persönlich überaus wichtig.

Wie jedes Jahr richten auch heuer wieder namhafte Expertinnen und Experten den Blick in die Zukunft, stellen dar, womit wir rechnen sollten und leisten wertvolle Diskussionsbeiträge zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Debatte. Mein Dank gilt, wie jedes Jahr, auch heuer wieder den Autorinnen und Autoren als auch unseren Expertinnen und Experten im Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Österreichischen Bundesheer. Denn all ihre Beiträge und ihre Expertise dienen letztendlich dem Schutz unseres Landes.



Franck Boston/Shutterstock.com

Europas nächstes Kapitel: die Sicherheitsunion

Tinatin Akhvlediani

Die russische Vollinvasion der Ukraine im Jahr 2022 und geopolitische Fragmentierung zwingen die EU dazu, ihre Identität neu zu denken. Die EU, ursprünglich als Union der ökonomischen Kooperation gegründet, entwickelte sich in den vergangenen 30 Jahren zu einer politischen Union und in das erfolgreichste Friedensprojekt der modernen Geschichte. Nun ist sie gefordert, sich in eine Sicherheitsunion zu entwickeln. Die EU-Erweiterung dient dabei sowohl als Katalysator als auch als Test des Erfolgs dieser Transformation.

Sowohl Russlands Vollinvasion der Ukraine, deren Beginn sich Anfang des Jahres 2022 zum vierten Mal jährt, als auch die globale Machtfragmentierung hat die Europäische Union dazu gezwungen, ihre Identität zu hinterfragen und auch neu zu definieren. Die EU ist selbst aus zwei verheerenden Kriegen hervorgegangen, nach denen die Europäerinnen und Europäer sich darauf geeinigt hatten, dass Konflikte auf dem Kontinent nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgetragen werden soll-

ten. Aufbauend auf der Idee der ökonomischen Interdependenz sollten künftige Kriege verhindert werden. Davon ausgehend entwickelte sich die Union jedoch weiter; der Binnenmarkt wurde eingeführt und die EU wurde zu einer politischen Union und damit zum erfolgreichsten Friedensprojekt der modernen Geschichte.

Seit Jahrzehnten versuchte die EU, diese Logik zu projizieren – im Glauben, dass ökonomische Abhängigkeiten stabilitätsfördernd wirken, Verteidigung an die NATO ausgelagert werden könnte, und Multilateralismus, Freihandel und Globalisierung die Sicherheit von Lieferketten gewährleisten können. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zertrümmerte diese Überzeugung, an der die EU so lange festgehalten hatte, ebenso wie die Fundamente der europäischen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Vor dem Hintergrund des größten Krieges in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, neu aufgeflammten Großmachtrivalitäten und einer globalen Machtfragmentierung, sieht sich die EU Zwangsmitteln, der Instrumentalisierung von Interdependenzen und hybriden Bedrohungen ausgesetzt. Die EU wird dazu gedrängt, zu einem eigenständigen geopolitischen Akteur zu werden. „Strategische Autonomie“ wurde vom Schlagwort zur Notwendigkeit. Die Union muss ihren Worten Taten folgen lassen.

Was als ökonomische Union begann, wurde zur politischen – und wird nun dazu aufgerufen, sich zu einer Sicherheitsunion zu entwickeln. In diesem Kontext sollte auch die EU-Erweiterung sowohl als Katalysator gesehen werden, als auch als Test, wie weit diese Transformation gehen kann.

Sicherheit als Herzstück der Agenda Europas

Der nach wie vor tobende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, gepaart mit der Erschütterung des transatlantischen Vertrauens und einer unberechenbaren US-Außenpolitik zwingt die EU dazu, ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ernster zu nehmen. Der Aufruf der NATO an ihre Mitgliedsstaaten, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, fällt mit der wachsenden internen Erkenntnis zusammen, dass Europa mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen muss. Neue Initiativen signalisieren ein Erwachen, obwohl dieser Prozess noch in den Kinderschuhen steckt. Dazu gehören beispielsweise gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsprojekte, die Mobilisierung

von Geldmitteln für gemeinsame Entwicklung, Produktion und Beschaffung und die Stärkung gemeinsamer Verteidigungsfähigkeiten.

Um erfolgreich zu sein, benötigt die Union nicht nur scharfsinnige Strategien und mehr Finanzmittel, sondern vor allem einen stärkeren politischen Willen und eine gemeinsame Zielvorstellung der Mitgliedsstaaten. Die Verträge verdeutlichen, dass die EU nur die Kompetenzen hat, die ihr von den Mitgliedsstaaten übertragen wurden. Mit gemeinsamer Stimme zu sprechen gehört bereits seit Langem zu ihren größten Herausforderungen. Erkennen nicht alle Mitgliedsstaaten, was für den gesamten Kontinent auf dem Spiel steht, falls diese Transformation scheitert, besteht das Risiko, dass das europäische Friedensprojekt erodiert. Frieden muss geschützt und gewahrt werden – und das erfordert glaubwürdige Abschreckung.

Die neu entstehenden Instrumente der EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung hängen von den Fähigkeiten und dem politischen Willen der Mitgliedsstaaten ab. Die strategische Koordinierung bleibt fragil, und die Mitgliedsstaaten sind nach wie vor uneins, was sowohl die Bedrohungswahrnehmung als auch die Balance zwischen der europäischen und der transatlantischen Sicherheitskomponente betrifft. Nichtsdestoweniger ist klar, wohin die Reise geht: Die Union eignet sich nach und nach sowohl die Geisteshaltung als auch die Instrumente eines kollektiven Sicherheitsakteurs an. Eines Sicherheitsakteurs, der nicht nur sein eigenes Territorium, sondern auch seine Werte und demokratische Regierungsführung gegen militärische Aggression, autoritären Druck und interne Erosion verteidigt.

Diese Versicherheitlichung der EU-Agenda entstammt nicht zuletzt der globalen Fragmentierung. Angesichts dieser globalen Großmachtrivalität wurden Europas Vulnerabilitäten kritisch exponiert. Russland missbraucht internationalen Handel, Energie und sogar Nahrungsmittel als Waffen; China strebt nach globaler ökonomischer Dominanz; und die geopolitische Haltung der USA hat sich angesichts der „Make-America-Great-Again“-Agenda verschoben. Das führte zu einem Umdenken, was unter Souveränität oder Strategischer Autonomie im 21. Jahrhundert zu verstehen ist. Sie ist nicht mehr alleine territorial, vielmehr systemisch und wurzelt in Kontrolle. Das bedeutet die Beherrschung von Energieströmen, Standards und Lieferketten; von Daten, Technologie

und Künstlicher Intelligenz; und reicht bis hin zur Informationssicherheit und Klimaresilienz.

Nexus Erweiterung-Sicherheit

Die EU-Erweiterungspolitik fügt sich sowohl als Sicherheitsimperativ als auch als Stresstest der Transformation in dieses Bild ein. Die Aussicht, den Westbalkan und die östlichen Nachbarstaaten Ukraine, Moldau und Georgien, sollte dieses seinen europäischen Weg fortsetzen, in die Union aufzunehmen, gestaltet die interne Geometrie der EU um. Bei der Erweiterung geht es nicht mehr länger bloß um die Ausweitung des Binnenmarktes oder den Export von Normen, vielmehr geht es um die Verteidigung der europäischen Sicherheitsgrenze. Allerdings zwingt sie die EU auch dazu, sich ihrer eigenen Grenzen bewusst zu werden: wie tiefere Integration mit breiterer Mitgliedsbasis in Einklang gebracht, wie Entscheidungsfindung reformiert, und wie eine vergrößerte Union geschützt werden kann. Die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik wird daher davon abhängen, ob sie sich in eine wahrhaftige Sicherheitsunion verwandeln kann, die dazu in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen und zu verteidigen, und gleichzeitig funktional und politisch kohärent zu bleiben.

Diese Entwicklungen werfen tiefergehende Fragen über die Art der europäischen Macht auf. Die Stärke der EU lag immer in ihrer Fähigkeit, ihr Umfeld zu gestalten, anstatt es zu dominieren – indem sie sich an einer regelbasierten liberalen Ordnung und an ihren Werten orientierte. Die heutige Herausforderung ist, die DNA der EU zu bewahren, und sich dennoch an eine rauere Welt anzupassen. Erweiterung und Sicherheit stellen nicht mehr länger Gegensätze dar, sondern einander verstärkende Säulen von Europas Überleben und Einfluss.

Die EU-Erweiterungspolitik ist in diesem Sinne nicht nur eine politische Wahl, sondern eine strategische Notwendigkeit: der Schlüssel für die Beschleunigung der Transformation der EU in eine Sicherheitsunion. In dieser neuen Phase muss Sicherheit zum Bindegewebe werden, das sich durch alle EU-Politikbereiche zieht. Ob diese Transformation gelingt, wird von der Fähigkeit der Union abhängen, gemeinsam und zielgerichtet zu handeln, ohne jedoch aus den Augen zu verlieren, was sie letztlich

zu schützen versucht: das Überleben Europas als Friedensprojekt, das die Werte verteidigen kann, auf denen es gegründet wurde.

Keynotes

- Angesichts des größten Krieges in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, politischen Zwangs, Instrumentalisierung von Interdependenz und hybriden Bedrohungen ist die EU gefordert, als eigenständiger geopolitischer Akteur zu denken und zu handeln.
- Was als ökonomische Union begann und später zur politischen Union wurde ist nun gefordert, sich zu einer Sicherheitsunion weiterzuentwickeln. Die EU-Erweiterungspolitik wird in diesem Kontext sowohl zum Katalysator als auch zum Test, wie weit diese Transformation gehen kann.
- Um erfolgreich zu sein, benötigt die Union nicht nur scharfsinnige Strategien und mehr Geldmittel, sondern zuvorderst politischen Willen und eine gemeinsame Zielvorstellung der Mitgliedsstaaten.
- Bei der EU-Erweiterung geht es nicht länger nur um die Ausweitung des Binnenmarktes oder den Export von Normen. Vielmehr geht es um die Verteidigung der europäischen Grenzen.
- Die Erweiterung ist in diesem Sinne nicht nur eine politische Wahl, sondern eine strategische Notwendigkeit: der Schlüssel für die Beschleunigung der Transformation der EU in eine Sicherheitsunion.
- Die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik wird daher davon abhängen, ob sie sich tatsächlich in eine Union transformieren kann, die dazu in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen und auch zu verteidigen, während sie funktional und politisch kohärent bleibt.



Davide Zanin Photography/Shutterstock.com

25 Jahre „Frauen, Frieden und Sicherheit“

Christian F. Saunders

Frieden, wie er von der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (Women, Peace and Security, WPS) verstanden wird, umfasst nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern auch ein Leben in Würde, frei von Gewalt und mit gleichberechtigter Teilhabe am öffentlichen Leben. Ein Vierteljahrhundert ist seit der Verabschiedung der Resolution 1325, mit der die WPS-Agenda durch den UN-Sicherheitsrat beschlossen wurde, vergangen. Mittlerweile stehen die bereits erzielten Fortschritte jedoch wieder auf dem Spiel. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen erreicht ein neues Rekordniveau, während sie weiterhin von Machtpositionen im Bereich Frieden und Sicherheit ausgeschlossen bleiben. Seitens der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsstaaten ist politischer Willen gefordert, um konkrete Maßnahmen umzusetzen – im Sinne des Schutzes von Frauen und Mädchen sowie deren gleichberechtigte Beteiligung an Konfliktprävention, -management und -lösung.

Das Jahr 2025 markierte ein Vierteljahrhundert des Bestehens der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats und damit 25 Jahre WPS-Agenda. Zahlreicher, hart erkämpfter Erfolge zum Trotz bleibt der Fortschritt in diesem Bereich jedoch limitiert und fragil. Die Fälle konfliktbezogener, sexualisierter Gewalt stiegen vergangenes Jahr um 25 Prozent. Dazu zählen Verbrechen wie Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Zwangspornostition, erzwungene Schwangerschaften, erzwungene Abtreibungen, Zwangssterilisation und Zwangsheirat. Frauen und Mädchen bilden dabei die überwältigende Mehrheit der Opfer – in insgesamt 92 Prozent aller UN-verifizierten Fälle.

Gleichzeitig bleiben Frauen weitgehend von Machtpositionen und Entscheidungsfunktionen im Bereich Frieden und Sicherheit ausgeschlossen. Obwohl Frauen und Frauenrechtsorganisationen in der Mehrheit der Fälle informeller Friedensprozesse aktiv engagiert sind oder sogar führende Rollen spielen, stellen sie weniger als zehn Prozent der Verhandlerinnen bzw. Verhandler in formellen Konfliktlösungsmechanismen – dies zeigt der Bericht des Generalsekretärs zu Frauen, Frieden und Sicherheit des Jahres 2024 deutlich auf.

Ein Vierteljahrhundert Resolution 1325

Der Beschluss der Resolution 1325 weihte die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Oktober 2000 offiziell ein. Auch heute noch stellt diese Resolution ein wegweisendes Bekenntnis dar: Frauen stehen im Zentrum der Bemühungen um internationalen Frieden und Sicherheit. Damit zeigte man auch auf, dass man das transformative Potenzial von Gleichheit bzw. Gleichbehandlung von Frauen bei den Bemühungen um Frieden erkannte, ebenso wie die Konsequenzen des Ausschlusses von Frauen und Mädchen von Konfliktprävention, -resolution, und Wiederaufbau sowie die Folgen von Kriegen für Frauen und Mädchen.

Seither haben weitere Resolutionen die WPS-Agenda entlang von vier Säulen ausgebaut. Dazu gehören die Beteiligung von Frauen an friedensschaffenden Maßnahmen und Peacebuilding, der Schutz von Frauen und Mädchen vor konfliktbezogener, sexualisierter Gewalt, die Beteiligung von Frauen – insbesondere lokaler Frauenorganisationen und von Grassroot-Bewegungen – an der Konfliktprävention und die Inklu-

sion von Frauen und Mädchen beim Wiederaufbau. Insgesamt gibt es nunmehr zehn WPS-bezogene Resolutionen.

Bedrohungen für Frauen, Frieden und Sicherheit

Heute stammen die wesentlichsten Bedrohungen für die Implementierung der WPS-Agenda sowohl aus internen als auch externen Kräften. Zunächst erleben wir einen globalen Backlash gegen Frauenrechte. In jedem Winkel dieser Welt sehen sich zivilgesellschaftliche und Frauenorganisationen, die gerade an vorderster Front stehen, wenn es um den Kampf gegen häusliche Gewalt, Femizide und sexuelle Übergriffe geht, zunehmend koordiniertem und hartnäckigem Widerstand ausgesetzt. Dazu gehören Budgetkürzungen ebenso wie politische und legislative Rückschritte, (digitale) Desinformation oder auch Repression und Gewalt.

Eskalierende geopolitische Spannungen, Militarisierung und die Verbreitung von Waffen unterminieren die notwendigen Voraussetzungen für Fortschritte in diesem Bereich. Globale Militärausgaben erreichten 2024 ein Rekordniveau von 2,7 Bio. US-Dollar, was einen Anstieg von über neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr darstellte. Dies droht auf Kosten jener Maßnahmen zu gehen, die für die Förderung der WPS-Agenda essentiell sind: Diplomatie, Abrüstung, Mediation und Peacekeeping.

Schließlich stellt der Mangel an budgetären Mitteln eine Schlüsselherausforderung für das Bekenntnis zu Frauen und Mädchen dar. Oftmals bleiben Budgetmittel kleinteilig und an kleine, zeitlich befristete Projekte gebunden. Das macht sie darüber hinaus anfällig für sich ändernde Prioritäten unterschiedlicher Regierungen und Geldgeber. Die rezente, umfassende Kürzung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitären und friedenserhaltenden Programmen zeigte diese Fragilität weltweit weiter auf.

Die Zukunft der WPS-Agenda

Sollen die Ziele aus der WPS-Agenda erreicht und dauerhafter Frieden gesichert werden, müssen sich die UN und ihre Mitgliedsstaaten dazu bekennen, den Schutz vor sexueller Gewalt und anderer Formen der Gewalt vorhersehbar und nachhaltig zu finanzieren. Als Koordinator der

Bemühungen des UN-Systems im Kampf gegen sexuellen Missbrauch durch das eigene Personal, bin ich mir dessen bewusst, dass die UN-Institutionen den höchsten Schutzstandards und Rechenschaftspflichten entsprechen müssen. Dennoch wurden seit dem Jahr 2010 über 1100 Fälle sexuellen Missbrauchs gemeldet, die UN-Peacekeeping-Personal betreffen und über 1700 Opfer betroffen haben. Darüber hinaus zeigen Untersuchungsergebnisse des International Peace Institute, die in der Publikation „Blue on Blue: Investigating Sexual Abuse of Peacekeepers“ veröffentlicht wurden, dass eine von drei Peacekeeperinnen sexuellen Missbrauch durch ihre Kollegen erleiden musste.

Schutz per se bildet das Fundament des Vertrauens in unsere Institutionen. Um dieses Vertrauen zu erhalten, müssen wir die Täter und Täterinnen zur Verantwortung ziehen, Schutzmaßnahmen in allen Bereichen der Verteidigungsplanung und Operationen einbetten und das Prinzip, keinen Schaden anzurichten, als einen zentralen Wert des Militärdienstes und des Peacekeepings hochhalten. Weiters müssen die UN und ihre Mitgliedsstaaten konkrete Schritte unternehmen, um systematische Ungleichheit abzubauen und die Teilhabe von Frauen und Mädchen in der Prävention, dem Management und der Lösung von Konflikten zu sichern. Sowohl „Schutz“ als auch „Teilhabe“ sind Grundvoraussetzungen für dauerhaften Frieden: Solange Gewalt und Exklusion die Hälfte unserer Bevölkerungen ausschließen, wird echter Frieden unerreichbar bleiben.

Der Anfang dessen ist der Ausbau von weiblichem Leadership in unseren eigenen Institutionen, aber es muss auch zu einer Machtverschiebung kommen, um die Teilhabe von Frauen in allen Bereichen zu ermöglichen. Am wichtigsten ist, dass nachhaltige und genuine Aufmerksamkeit auf die Rolle von Frauen im Bereich internationaler Frieden und Sicherheit gelegt wird. Frauen sollten nicht bloß als Opfer sexueller Gewalt gesehen werden, die Schutzes bedürfen, sondern auch als Akteurinnen und Entscheidungsträgerinnen.

Der kollektive Einsatz für andauernden Frieden sollte die Grundlage für die Zukunft der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ darstellen. Dauerhafter Frieden umfasst nicht bloß die Abwesenheit von Krieg. Er erfordert die Schaffung einer Welt, in der alle Menschen in Würde und Gleichheit leben können, frei von sexueller Gewalt und mit allen Möglichkeiten, sich bedeutsam in das öffentliche Leben einzubringen. WPS repräsentiert die

Erneuerung der Hoffnung aus der Charta der Vereinten Nationen auf eine Welt, in der alle Menschen in Frieden miteinander leben.

Keynotes

- Ein Vierteljahrhundert nach ihrer Verabschiedung bleibt der Fortschritt bei der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ begrenzt und fragil.
- Frauen und Mädchen sind von einem Rekordniveau konfliktbezogener, sexualisierter Gewalt betroffen und zugleich weitgehend von Macht- und Entscheidungspositionen ausgeschlossen.
- Die Umsetzung der WPS-Agenda wird durch eine Bewegung gegen Frauenrechte, wachsende geopolitische Spannungen und Militarisierung sowie durch fehlende nachhaltige Finanzierung bedroht.
- Die UN und ihre Mitgliedsstaaten müssen sich verpflichten, Schutz vor sexualisierter Gewalt verlässlich und nachhaltig zu finanzieren.
- Außerdem müssen sie konkrete Schritte setzen, um die Beteiligung von Frauen und Mädchen an Konfliktprävention, -bewältigung und -lösung sicherzustellen.
- Wesentlich ist die kontinuierliche Anerkennung der Rolle von Frauen als zentrale Akteurinnen – nicht nur als Opfer sexualisierter Gewalt, die Schutz benötigen. Schutz und Teilhabe von Frauen sind Grundvoraussetzungen für dauerhaften Frieden.

Das sicherheits- und verteidigungspolitische Umfeld Österreichs

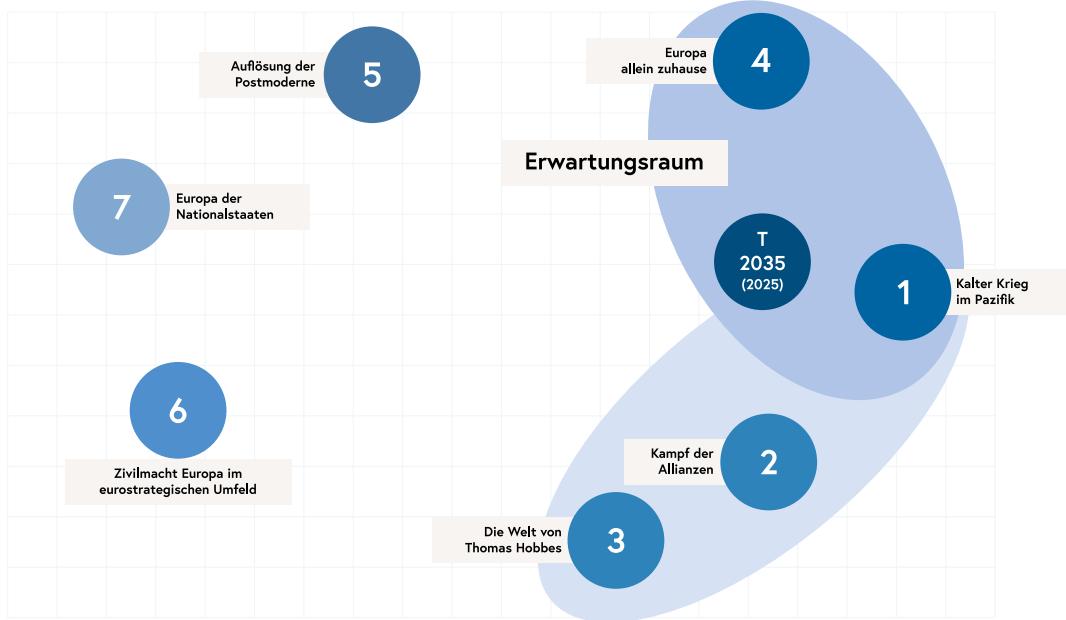
Entwicklungen bis 2035

Bernhard Richter

Das internationale System befindet sich in einer tiefgreifenden Umbruchphase. Globale Machtverschiebungen, geoökonomische Fragmentierung, technologische Disruption und ökologische Stressfaktoren verändern die Grundlagen europäischer Sicherheitspolitik. Für Österreich ergibt sich daraus ein zunehmend komplexes Umfeld, das durch die Erosion multilateraler Ordnung, die Rückkehr großmachtpolitischer Rivalitäten und die geopolitische Instrumentalisierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten geprägt ist. Diese Dynamiken führen zu einer fundamentalen Neuausrichtung der europäischen und österreichischen Sicherheitsarchitektur, in der Fragen der Resilienz, industriellen Basis und strategischen Autonomie in den Mittelpunkt rücken.

Die strategische Vorschau im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) basiert auf sogenannten „Umfeldszenarien“ und deren langfristigem Monitoring. Diese stellen langfristige Zukunftsalternativen dar, die als Orientierungshilfe für Österreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik dienen. Aus der durch Expertinnen und Experten erfolgten Bewertung dieser Szenarien und durch das Monitoring dieser Szenarien wird der Erwartungsraum bis 2035 abgeleitet. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser Erwartungsraum zwar geringfügig, aber in entscheidenden Punkten verändert.

Erwartungsraum und Trendszenario 2035



Waren im Vorjahr die Szenarien „Kalter Krieg im Pazifik“ (Szenario 1), „Kampf der Allianzen“ (Szenario 2), „Die Welt von Thomas Hobbes“ (Szenario 3) und „Europa allein zuhause“ (Szenario 4) annähernd gleich bewertet, sind Szenarien 2 und 3 in der Bewertung etwas zurückgefallen. Die Szenarien 1 und 4 hingegen sind in der Erwartung gestiegen. Wie in Abbildung 1 ersichtlich, wurde ein Kernerwartungsraum, der die Szenarien 1 und 4 beinhaltet, und ein erweiterter Erwartungsraum mit Szenarien 2 und 3 gebildet.

Abb. 1: Trendszenario 2035

Das Szenario 1 beschreibt eine bipolare Ordnung, eine Blockkonfrontation zwischen den USA und China. Ein nur teilweise integriertes Europa ist hierbei Juniorpartner der USA. Szenario 4 hingegen beschreibt eine

konfrontative Weltordnung unter der Führung der einzigen, unilateral agierenden Supermacht USA. Europa ist in diesem Szenario wiederum nur teilweise integriert und muss sich mehr oder weniger ohne den Sicherheitsgaranten USA in diesem Umfeld behaupten. Wie aus der Lage des Trendszenarios 2035 ersichtlich wird, geht in der diesjährigen Bewertung die Erwartung noch stärker in Richtung Szenario 1.

Globale Ordnungsverschiebungen

Die zunehmende Erosion der liberalen Weltordnung und die Herausbildung einer konfrontativen Multipolarität markieren den strategischen Hintergrund des kommenden Jahrzehnts. Die Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China ist dabei der zentrale Strukturkonflikt. Verfolgt Washington in der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps einen transaktionalen, hemisphärischen Hegemonismus, setzt China auf langfristige Machtprojektion durch geoökonomische Initiativen und normative Gegenentwürfe. Zugleich verschiebt sich das Gewicht internationaler Institutionen. Die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation und selbst die NATO verlieren an Kohärenz, während autoritäre Staaten eigene Ordnungsmodelle propagieren.

Für Europa bedeutet diese Entwicklung eine doppelte Herausforderung. Einerseits schwächt die abnehmende Verlässlichkeit der USA als sicherheitspolitischer Garant die bisherige transatlantische Sicherheitsarchitektur, andererseits zwingt die wachsende Systemkonkurrenz zu größerer Eigenständigkeit. Die EU wird zunehmend zu einem sicherheitspolitischen Akteur eigener Prägung, muss ihre strategische Handlungsfähigkeit aber erst institutionell und industriell absichern.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über die zukünftige Ordnung des internationalen Systems herrscht erhebliche Unsicherheit. Die Mehrheit geht von einer Entwicklung hin zu einer konfrontativen Multipolarität mit mehreren Machtzentren aus, die sich gegenseitig herausfordern. Andere sehen hingegen eine Fortsetzung der US-geführten Unipolarität, gestützt auf die anhaltende Dominanz der USA und Zweifel an Chinas Fähigkeit, seinen Aufstieg fortzusetzen. Auch ein bipolares System, in dem ein Gleichgewicht zwischen den USA und China herrscht, wird als möglich erachtet. Diese unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln strukturelle Unklarheit über die künftige globale

Systemarchitektur wider, was sich auch in den Szenariobewertungen und im Szenariomonitoring zeigt.

Die Rolle Russlands

Die analysierten Trends weisen darauf hin, dass sich das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht entspannen wird. Mehrere strukturelle Faktoren sprechen dabei für eine Fortsetzung der Konfrontation. Russland wird bis 2035 voraussichtlich ein entscheidender, wenngleich geschwächter Akteur in Europas Sicherheitsumfeld bleiben. Sein autoritärer Kurs, die Militarisierung der Wirtschaft und die Abhängigkeit gegenüber China führen zu einem hybriden Machtprofil: außenpolitisch aggressiv, innenpolitisch fragil.

Es wird erwartet, dass Moskau seine revisionistische Politik fortsetzen wird, jedoch nicht aus einer Position der Stärke, sondern aufgrund struktureller Verwundbarkeit. Für die EU und ihre Mitgliedsstaaten bedeutet das wahrscheinlich eine langfristige Konfrontation niedriger Intensität, gekennzeichnet durch Cyber-Operationen, Desinformation und nukleare Abschreckungsrhetorik. Militärische Auseinandersetzungen an der Peripherie Europas sind jedoch möglich.

Die Rolle der NATO

Die NATO erlebt seit 2025 ihre tiefgreifendste Umbruchphase seit Ende des Kalten Krieges. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die kollektive Verteidigung wieder in das Zentrum gerückt und eine Neuausrichtung von Strukturen und Prioritäten ausgelöst. Während die USA ihren strategischen Fokus in Richtung Indo-Pazifik verlagern, wächst in Europa der Druck, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen.

Zudem äußerte die zweite Trump-Administration Zweifel an der US-Beistandspflicht gegenüber den NATO-Partnern, was die europäischen Staaten nunmehr zu höheren Verteidigungsausgaben bewegt. 23 von 32 NATO-Mitgliedern erreichten 2024 das Zwei-Prozent-Ziel, also Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP. Zugleich entstehen Spannungen innerhalb der Allianz, insbesondere aufgrund unter-

schiedlicher Haltungen zum NATO-Beitritt der Ukraine. Insgesamt deutet sich eine langfristige Entwicklung hin zu größerer europäischer Eigenverantwortung innerhalb der NATO an.

Geoökonomische Fragmentierung

Parallel zur politischen Fragmentierung erfolgt eine geoökonomische Entkopplung. Lieferketten werden regionalisiert, „Friendshoring“, also die Verlagerung von Produktion und Lieferketten in politisch oder ideo-logisch „befreundete“ Länder um Abhängigkeiten zu reduzieren, ersetzt Globalisierung. Der Wettbewerb um kritische Rohstoffe wie Seltene Erden, Lithium und Kobalt wird zum Machtinstrument. Für Europa und insbesondere Österreich, das stark von Importen abhängt, entstehen neue Verwundbarkeiten.

Die Energiewende verschärft diesen Trend, da hierdurch der Bedarf an kritischen Materialien steigt. Geopolitische Spannungen gefährden die Versorgung. Die EU reagiert hierauf mit Diversifizierung, strategischen Reserven und Kreislaufwirtschaft. Österreich ist zwar in diese Entscheidungen eingebunden, kann jedoch kaum selbst produzieren und setzt daher auf technologische Kooperation und diplomatische Rohstoffpartnerschaften.

Stabilität des eurostrategischen Umfelds

Die europäische Nachbarschaft wird voraussichtlich auch 2026 von Instabilität, Autoritarismus und geopolitischer Konkurrenz geprägt bleiben. In nahezu allen Regionen, angefangen vom Westbalkan über Nordafrika bis zu Zentralasien, herrschen politische Fragmentierung, schwache Staatlichkeit und wachsende externe Einflussnahme. Autoritäre Herrschaftsformen verfestigen sich, während demokratische Strukturen erodieren. Die EU reagiert darauf oft pragmatisch und toleriert „Stabilokratien“, schwächt damit jedoch ihre eigene normative Glaubwürdigkeit.

Russland, China, die Türkei, der Iran und die arabischen Golfstaaten konkurrieren mit der EU und den USA um Einfluss. Diese Rivalität destabilisiert Regionen im Umfeld der EU und stärkt Abhängigkeiten. Mi-

grationsdruck, Klimawandel und soziale Ungleichheit verschärfen die Lage. Zugleich nutzt die EU ihre Nachbarstaaten als Pufferzonen, anstatt strukturelle Lösungen zu fördern.

Die strategische Entwicklung der EU

Die strategische Entwicklung der EU, ein Schlüsselfaktor der strategischen Vorschau des BMLV, war in den vergangenen Jahren durch hohe Unsicherheit und widersprüchliche Trends geprägt. Weder Trendanalysen noch Bewertungen durch Expertinnen bzw. Experten erlaubten klare Aussagen zur Richtung der künftigen Entwicklung. Erst die jüngsten Analysen brachten mehr Klarheit: Die kommenden zehn Jahre werden für die EU von strukturellen Schwächen, gewachsenen Eigenfähigkeiten und anhaltenden geopolitischen Herausforderungen bestimmt sein.

Zwar kann sich die EU in einer multipolaren Welt als eigenständiger Akteur etablieren, doch wohl nur in einem flexiblen, fragmentierten Rahmen. Eine tiefgreifende Integration aller Mitgliedsstaaten erscheint zunehmend unrealistisch; stattdessen zeichnet sich ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ ab. Trotz wirtschaftlicher Stärke und institutioneller Stabilität verliert die Soft Power der Union an Wirkung. Fragen der Sicherheit, technologischer Souveränität und geopolitischer Reichweite gewinnen an Gewicht, während Defizite in Bezug auf die außenpolitische und militärische Handlungsfähigkeit fortbestehen.

Keynotes

- Das internationale System wandelt sich zu einem System der konfrontativen Multipolarität und es entwickelt sich ein struktureller Konflikt zwischen den USA und China.
- Europa muss aufgrund des schwindenden US-Engagements größere sicherheitspolitische Eigenverantwortung übernehmen. Die EU entwickelt sich zum eigenständigen Akteur, jedoch in fragmentierter Form („Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“).
- Russland bleibt voraussichtlich bis 2035 ein revisionistischer Akteur mit hybriden Konfliktformen und nuklearer Abschreckungsrhetorik.
- Die NATO befindet sich in einer Phase des Umbruchs; die Fokusverlagerung der USA auf den Indo-Pazifik zwingt Europa zu mehr sicherheitspolitischer Eigenverantwortung.
- Geoökonomische Fragmentierung, Ressourcenwettbewerb und regionale Instabilitäten erhöhen die Verwundbarkeit Europas und Österreichs.



Eajus/Shutterstock.com

Risiken im Jahr 2026

Risikobild 2026

Ronald Vartok

Das Risikobild 2026 beschreibt die zunehmende Abkehr von einer regelbasierten, liberalen Ordnung hin zu konfrontativer Multipolarität. Großmachtrivialitäten, Protektionismus, hybride Bedrohungen und Klimawandel prägen die Sicherheitslage. Europa muss eigenständiger agieren, seine Verteidigungsarchitektur stärken und seine Resilienz aufbauen. Österreich bleibt eng in die EU-Sicherheitsstruktur eingebettet und muss hierbei seine militärische Handlungsfähigkeit sichern.

Die regelbasierte, auf demokratischen Prinzipien ruhende Weltordnung befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Der Trend zur Rückkehr von Macht und Aggression als Durchsetzungsmittel machtpolitischer Interessen in internationalen Beziehungen verdichtet sich zusehends. Diverse Akteure, allen voran Russland und China, sind bestrebt, diese Weltordnung neu zu verhandeln bzw. neu zu gestalten. Die in der

Vergangenheit bereits durch die strategische Vorschau des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) prognostizierten Trends haben sich in diesem Zusammenhang nicht nur bestätigt, sondern vielfach noch verschärft. Staaten fokussieren zunehmend auf Konkurrenz anstelle von Kooperation, bestehende Großmachtrivalitäten scheinen sich zu intensivieren, Protektionismus nimmt zu.

Zugleich erodiert die Sicherheitslage in Europas Umfeld – Konflikte nehmen in Osteuropa, Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten zu. Russlands hybride Kriegsführung gegen Europa intensiviert sich, während die US-Regierung unter Präsident Donald Trump bestrebt ist, die transatlantischen Beziehungen neu zu ordnen. All dies ereignet sich vor dem Hintergrund zahlreicher werdender Extremwetterereignisse aufgrund des immer rascher fortschreitenden Klimawandels.

Das Risikobild

Auch das Jahr 2026 wird von einer Vielzahl komplexer Krisen, unterschiedlicher Risiken und Herausforderungen geprägt sein. Es ist daher für das BMLV unumgänglich, auch weiterhin eine professionelle, wissenschaftlich fundierte, strategische Risikovorausschau vorzunehmen. Diese bildet durch langfristige Perspektive nicht nur die Basis für die Planungen des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH), sondern präzisiert ebenso Risiken und Herausforderungen, denen wir uns aller Voraussicht nach auch in gesamtstaatlicher Hinsicht zu stellen haben werden.

Dabei muss stets mit Unsicherheit und Ungewissheit als bestimmende Faktoren gerechnet werden. Bevor gewisse Szenarien eintreten bzw. sich bestimmte Risiken materialisieren, ist oftmals unklar, ob diese tatsächlich ihren praktischen Eintritt erfahren oder nicht. Dies liegt in der Natur komplexer Systeme begründet, wie etwa das System der internationalen Beziehungen. Demzufolge analysiert das BMLV relevante Trends und Schlüsselfaktoren, die als entscheidend für den weiteren Fortgang der sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Entwicklungen erachtet werden.

Das Risikobild des BMLV ist ein Produkt eben dieser strategischen Vorschau. Hiermit werden Risiken frühzeitig identifiziert, systematisch erfasst und fundiert analysiert. Dabei wird einerseits die Eintrittswahr-

scheinlichkeit einzelner Risiken beurteilt und andererseits die möglichen Auswirkungen eines Eintritts auf die Republik – die sogenannte „Schadensschwere“. Die Eintrittswahrscheinlichkeit hängt davon ab, wie sich die strategische Gesamtlage in ihrer Dynamik entwickelt. Je nachdem können sich einzelne Risiken verändern. Die strategische Vorschau kann somit die empirische Grundlage für die Policy-Entwicklung und staatliches Handeln bilden.

Risiken und Herausforderungen im Jahr 2026

Aktuell zeigt sich, dass sich die Abkehr von einer liberalen, regelbasierten Weltordnung in Richtung einer konfrontativen Multipolarität fortsetzt. Das internationale System zeigt dabei Anzeichen einer Polarkrise, die durch parallel existierende, unterschiedliche internationale bzw. regionale Ordnungsvorstellungen verschärft wird. Die transaktionalistische US-Politik unter Donald Trump könnte demzufolge zu wirtschaftlichem Protektionismus führen, wodurch beispielsweise die Eintrittswahrscheinlichkeit einer veritablen Wirtschaftskrise erhöht wird. Parallel dazu werden bisherige internationale Ordnungsmodelle infrage gestellt, wie etwa die Welthandelsorganisation, bei gleichzeitiger Stärkung alternativer Ordnungsmodelle. Diverse Analysen beschreiben zudem die bedrohlichen Auswirkungen von Großmachtrivalitäten auf die Integrität des Welthandels. All dies zeitigt Effekte auf die Verfügbarkeit von essenziellen Rohstoffen (insb. der „rare earth minerals“) und damit auf die generelle Versorgungssicherheit.

Doch dem nicht genug, verschärft sich die Sicherheitslage in Europa aufgrund der Konfrontation mit Russland weiter. Aufgrund des Revivals einer „America First“-Politik und der geänderten transatlantischen Beziehungen ist Europa wie selten zuvor gefordert, seine Sicherheitsarchitektur zu stärken und zu einem handlungsfähigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteur zu reifen, der seine eigene Sicherheit garantieren kann und zudem auch befähigt ist, im europäischen Umfeld stabilisierend zu wirken. Dazu zählt sowohl die Verteidigung gegen hybride Akteure, wie etwa Russland und seine Verbündeten, als auch die Verteidigung gegen zunehmend maligne Aktivitäten im Cyber- und Informationsraum.

Die aktuellen Risiken und Herausforderungen im europäischen Umfeld sind für die Sicherheitslage des Kontinents von essenzieller Bedeutung, nicht zuletzt, da Russland diese gezielt auszunutzen weiß. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind keineswegs nur auf diesen Raum beschränkt, sondern haben ihre globale Dimension längst erreicht. So ist beispielsweise die Sicherheitslage am Westbalkan ebenso zu nennen wie die aktuellen Konflikte und Kriege im Nahen und Mittleren Osten, Jihadismus und Terrorismus im Sahel sowie Bürgerkriege beiderseits des Roten Meeres. Russlands Aktivitäten in Afrika und im Kaukasus beeinflussen erwartungsgemäß auch die dortige Sicherheitslage und erzeugen dadurch wiederum transnationale Migrationsströme. Geopolitische und asymmetrische Bedrohungen wirken sich dabei auch auf multilaterale Organisationen aus, deren Legitimität und Effektivität zunehmend infrage gestellt werden.

Europäische und österreichische Sicherheitsarchitektur

Diese vielfach nicht durch Österreich beeinflussbaren Entwicklungen stellen nichtsdestoweniger eine signifikante Herausforderung für die österreichische Sicherheitsarchitektur, und damit seine gesamtstaatliche Resilienz dar. Österreich steht hierbei jedoch nicht alleine, sondern manifestiert sich als fester Bestandteil der Rechts- und Wertegemeinschaft der EU. Die EU stellt somit weiterhin den primären Handlungsrahmen für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Diese darf deshalb nicht mehr rein national, sondern muss stets im Verbund mit den europäischen Partnern gedacht werden.

Die EU ist höchst engagiert, aktuell bestehende Fähigkeitslücken zu schließen. Militärische Mobilität stellt hierbei derzeit ein Schwergewicht dar. Aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Europas nimmt Österreich eine zentrale Rolle im Falle der Notwendigkeit einer raschen Verlegung militärischer Kräfte und Mittel ein. Es gilt, sich auf derartige Szenarien vorzubereiten, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass militärische Transporte auch durch Österreich erfolgen müssen.

Österreich obliegt die Verantwortung, Maßnahmen zur Steigerung der nationalen Resilienz zu ergreifen. Dies begründet eine gesamtstaatliche Anstrengung, welche mannigfaltige Maßnahmen im Rahmen der

Umfassenden Sicherheitsvorsorge erfordert. Nicht zuletzt gehört dazu auch die weitere Stärkung des ÖBH, um dessen Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Das ÖBH ist dabei die Versicherung Österreichs: Je besser aufgebaut, je handlungsfähiger und einsatzbereiter es ist, umso besser ist Österreich gesamtstaatlich auf den Ernstfall vorbereitet.

Keynotes

- Die Weltordnung wandelt sich weiter von einer regelbasierten Struktur zu konfrontativer Multipolarität; Großmachtrivalitäten, Protektionismus und hybride Bedrohungen nehmen zu.
- Russland intensiviert seine hybride Kriegsführung gegen Europa, während die USA unter Präsident Trump transatlantische Beziehungen neu definieren und sich protektionistische Tendenzen verstärken.
- Der Klimawandel verschärft Krisen durch Extremwetter, Ressourcenknappheit und Destabilisierung ganzer Regionen.
- Europas Sicherheit wird durch Konflikte in Osteuropa, Nordafrika, dem Nahen Osten und am Westbalkan bedroht; Russland nutzt regionale Instabilität strategisch aus.
- Österreich ist tief in die europäische Sicherheitsarchitektur eingebettet und muss seine gesamtstaatliche und militärische Handlungsfähigkeit und Resilienz stärken.
- Militärische Mobilität in der EU und NATO gewinnt an Bedeutung; Österreich erfährt durch seine geographische Lage eine Schlüsselrolle bei logistischen Bewegungen.
- Das ÖBH gilt als „Versicherung“ Österreichs und muss modern, reaktionsfähig und krisenfest aufgestellt werden, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten.



Neue Ordnungen, alte Prinzipien

Wandel und Kontinuität in den internationalen Beziehungen

Arnold H. Kammel

Die internationale Ordnung befindet sich in einer Phase tiefgreifender Neuorientierung. Die Schwäche internationaler Institutionen, Rivalitäten zwischen Großmächten, regionale Konflikte und hybride Bedrohungen prägen das sicherheitspolitische Umfeld Europas. Das Recht des Stärkeren droht die Stärke des Rechts auszuhöhlen. In dieser fragmentierten Welt muss Europa seine strategische Handlungsfähigkeit ausbauen und Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen.

Viel wurde in den vergangenen Jahren von Zeitenwende, multipolarer (Un-)Ordnung, einem Ende der Träume sowie neuen Akteurskonstellationen gesprochen, die den Westen vor enorme Herausforderungen stellen

würden. All diesen Beschreibungen ist gemein, dass sich die internationale Ordnung in einem tiefgehenden Transformationsprozess befindet, in dessen Zentrum die Frage nach den dominanten Einflussfaktoren für die künftigen internationalen Beziehungen gestellt wird. Das Entstehen neuer Allianzen, deren primäres Ziel das Brechen der Dominanz des Westens zu sein scheint, sowie das Infragestellen traditioneller Strukturen und das Bezwifeln der Lösungsfähigkeit multilateraler Institutionen befeuern diese Unsicherheit über die Neuordnung der Welt.

Während sich die Frage nach der Vormachtstellung in dieser „neuen Welt“ noch nicht abschließend beurteilen lässt, nimmt die Zahl an Kriegen und Konflikten weiter zu. Zu den aktuellen Hotspots gehören derzeit neben der Ukraine und den semikonsolidierten Regionen des Westbalkans und Osteuropas, der Nahe Osten, Afrika, hier insbesondere von Westafrika (beispielsweise der rezente Putsch in Guinea-Bissau) über die Sahel-Region, den Sudan bis hin nach Äthiopien, aber auch Entwicklungen in Asien, wie beispielsweise die Lage in Myanmar.

Internationale Systemdiagnose

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Block-Konstellation wurde eine neue Phase in den internationalen Beziehungen eingeleitet, die – getrieben auch durch die Globalisierung – ein Näherrücken der Welt basierend auf einer regelbasierten, am Freihandel orientierten Weltordnung unter der Ägide der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen vorsah. Vielfach unbemerkt führte diese Phase aber auch zu einer Revitalisierung des Wettstreits der großen Akteure und des langsam in den Vordergrund Rückens einer interessensgeleiteten internationalen Ordnung. Durch die derzeit handelnden internationalen Akteure wird auch die Gemengelage immer unberechenbarer und eine neue Multipolarität mit wechselnden Allianzen entsteht. Klar ist dabei, dass Abschreckung und (militärische) Stärke immer mehr als wesentliche Basis für Frieden, Stabilität und Sicherheit angesehen werden und Fragen nach der menschlichen Sicherheit oftmals in den Hintergrund gedrängt werden. Neue Zentren entstehen oder sind bereits entstanden, und die Zusammenarbeit mit Machtblöcken erfolgt längst nicht mehr exklusiv. Im Gegenteil, Staaten betreiben weiterhin sogenannte „Hedging“-Strategien, versuchen also durch die Zusammenarbeit mit multiplen Partnern Risiken möglichst zu minimieren.

Nichtsdestoweniger sind Großmächte zunehmend dazu bereit, ihre Eigeninteressen notfalls auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen, was eine Herausforderung für das internationale System als solches bedeutet. Die Ignoranz gegenüber dem Völkerrecht und multilateralen Strukturen an sich hat hier eine neue Dimension erreicht. Neuerlich scheint sich eine Welt zu entwickeln, die sich mit den Worten des antiken griechischen Geschichtsschreibers und Strategen Thukydides beschreiben ließe: die Mächtigen täten, wie ihnen beliebt; die Schwachen müssten erleiden, was sie müssen. Das Recht des Stärkeren droht die Stärke des Rechts zu unterminieren. Doch wer ist in einer solchen Welt stark und wer ist schwach?

Europas Dilemma

Gerade für die europäischen Staaten verursacht diese globale Neuausrichtung auch ein strategisches Dilemma. Wie soll dieser Stärke-Konfrontation am besten entsprochen werden und wie kann der in der EU Globalstrategie beschriebene „effektive Multilateralismus“ noch gerettet werden? Einerseits muss Europa dazu imstande sein, sich selbst und seine Mitgliedsstaaten gegen sowohl hybrid als auch konventionell agierende Gegner zu verteidigen. Andererseits ist die EU gefragt, ihr eigenes Umfeld zu stabilisieren – mit militärischen Mitteln, durch ökonomische Zusammenarbeit und rechtsstaatlichen und partnerschaftlichen Prinzipien folgend. Dabei ist es allzu oft Kritik betreffend den Umgang mit seinem postkolonialen Erbe ausgesetzt. Auch die Konditionalität der Zusammenarbeit mit dem Westen ist ein Punkt, mit dem Europa umzugehen lernen muss: Setzt es Angebote zur Zusammenarbeit, kommen diese in der Regel mit einem Preisschild – sei es, indem die Einhaltung der Menschenrechte eingemahnt oder gewisse ökonomische oder rechtliche Vorgaben gemacht werden.

Doch diese vermeintliche Schwäche mag Europa auch zum Vorteil gereichen. Die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik folgt Prinzipien und Grundwerten, was Europa zu einer normativen Kraft macht. Dadurch mag seine Außenpolitik in einem Spannungsfeld zwischen Interessen und Werten stattfinden, aber die grundsätzlich prinzipiengeleitete Handlungsweise macht Europa auch zu einem verlässlichen Partner, oder hat zumindest das Potenzial dazu. Doch dafür benötigt die Wertegemeinschaft, das größte Friedensprojekt nach

Ende des Zweiten Weltkrieges, vor allem Konsequenz und den Willen dazu, das internationale Umfeld mitzustalten. Dabei muss auch in Kauf genommen werden, dass unterschiedliche Ordnungsmodelle parallel zueinander existieren.

Das transatlantische Bündnis und die Weiterentwicklung der GASP/GSVP

Das gilt umso mehr, da nach der erneuten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten die Vereinigten Staaten zu einer Politik des Transaktionalismus zurückgekehrt sind. Friede durch Stärke scheint das Motto zu sein, um Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Die „America-First“-Politik und die wechselhafte US-Politik, gerade auch in Handelsfragen, machen deutlich, dass Europa sich wohl zu lange der Illusion hingegeben hat, seine wirtschaftliche Stärke ohne militärische Absicherung aufrechterhalten zu können und in den USA einen stets an der Seite Europas agierenden Partner zu haben.

Gerade die aktuelle US-Administration bedingt es für Europa, in diesem Transaktionalismus seine Interessen und Positionen zu definieren und auch klar dafür einzustehen, um nicht von anderen diktiert zu werden. Die Furcht vor dem Verlust des amerikanischen Partners hat daher auch dazu geführt, dass Europa zum einen im Tarifstreit einen Deal gesucht hat und zum anderen im Rahmen der NATO beim Gipfeltreffen in Den Haag auch klar das Bekenntnis der Europäer zum Ausdruck gebracht wurde, mehr für die eigene Sicherheit und Verteidigung ausgeben zu wollen. Im Unterschied zu früheren Bekenntnissen wurden hier seitens der USA konkrete Maßnahmen mit Blick auf die Verteidigungsausgaben eingefordert.

Gleichzeitig zeigt sich aber für die EU, dass die sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit der Union ebenso wie die militärische, unabhängig von der Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses und damit auch der zukünftigen Ausrichtung der NATO, erhöht werden muss. Unter dem Mantel von „Defence Readiness 2030“ soll daher insbesondere die verteidigungsindustrielle Basis entscheidend gestärkt werden, um die strategische Autonomie der Union zu erhöhen. Dabei übernimmt zunehmend die Europäische Kommission eine Vorreiterrolle. Aufgrund der oftmals schwierigen Entscheidungsfindung

im Bereich der intergouvernementalen und damit primär auf Konsens beruhenden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gewinnt der supranationale Bereich verstärkt an Bedeutung.

Im Wettstreit mit anderen Akteuren

Generell gilt es für Europa, seinen Platz auf der Weltbühne zu behalten und nicht im Wettstreit der großen Akteure aufgerieben und ausgespielt zu werden. Neben dem derzeit schwierigen transatlantischen Verhältnis zählen Russland und China zu den großen Herausforderungen für Europa und die EU. Neben der klassischen kriegerischen Auseinandersetzung in und um die Ukraine sind es insbesondere hybride Bedrohungen, mit denen andere Akteure versuchen, die Schwächen in der Resilienz Europas aufzudecken und diese auch entsprechend auszunutzen. Dabei kommt dem Faktum, dass diese Angriffe nur schwer attribuierbar sind, eine besondere Rolle hinzu. Mittlerweile stehen Cyberangriffe, Informationsoperationen oder auch Beeinträchtigungen des Luftraums auf der Menükarte hybrid agierender Akteure.

Mit Blick auf China hat ein gewisser Wandel in der Wahrnehmung in Europa stattgefunden. China wird sowohl als Partner als auch als systemischer Rivale der EU, wie der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 30. Juni 2023 festgestellt hat, gesehen. Das bedeutet, dass Europa mit China zusammenarbeiten will und wird, was die Bewältigung globaler Herausforderungen betrifft. Im Zentrum stehen dabei stabile und konstruktive internationale Beziehungen, unterschiedlicher Positionen Brüssels und Pekings zum Trotz. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass sich China in einer sehr realen Großmachtrivalität mit den Vereinigten Staaten befindet und ökonomische und politische Eigeninteressen durchzusetzen versucht. Dabei wird auch gezielt Gebrauch von Allianzen wie den BRICS+ oder der Shanghai Cooperation Organization (SCO) gemacht, um einen größeren Fußabdruck zu hinterlassen. Es darf hier auch nicht außer Acht gelassen werden, dass im Hintergrund dabei das große Ziel, die Weltmachtrolle Chinas im Jahr 2049 aus Anlass des 100-Jahr-Jubiläums zu erlangen, konsequent weiter betrieben wird.

Gerade aber die Zuspitzung auf die großen Akteure und den Wettstreit zwischen den USA, Russland und China bietet für die EU und Europa neben all den Herausforderungen auch große Chancen. In einer von Stärke und Macht dominierten Welt gewinnt der europäische Zugang zu den internationalen Beziehungen zunehmend an Bedeutung. Viele Regionen und Staaten sehnen sich nach einer engeren Kooperation und Abstimmung mit (EU-) Europa, um in dieser Großmächtekonfrontation nicht völlig in der Bedeutungslosigkeit zu versinken und dem Recht des Stärkeren die Vormachtstellung einräumen zu müssen. Diese Chancen müssten aber von Europa noch viel deutlicher und nachhaltiger ergriffen werden.

Österreichs Beitrag zur Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit

Österreich ist wie alle anderen EU-Mitgliedsstaaten von diesen globalen Entwicklungen unmittelbar betroffen. Neben der traditionellen Rolle als Vermittler und Sitzstaat internationaler Organisationen kommt gerade dem Exportland Österreich eine wesentliche Rolle zu, für das Wiedererstarken einer regelbasierten internationalen Ordnung einzutreten, um damit auch die Rolle Europas in der Welt zu stärken. Sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene hat Österreich bewiesen, dass durch das Einbringen neuer Perspektiven, insbesondere der Geschlechterperspektive, durch das Betonen menschlicher Sicherheit und das Aufzeigen der Auswirkungen des Klimawandels auf Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch kleine Staaten Trendsetter auf globaler Ebene sein können. Daneben ermöglicht Österreich auch sein spezifisches Know-How in Krisenregionen in der europäischen Nachbarschaft, wie beispielsweise dem Westbalkan, aber auch im Nahen Osten, die EU-Politiken gegenüber diesen Regionen aktiv mitzustalten und weiterzuentwickeln.

Im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die EU der zentrale Handlungsrahmen für Österreich, wie dies auch in der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie klar zum Ausdruck kommt. Bereits in der Vergangenheit hat Österreich aktive Beiträge zur Weiterentwicklung der GASP/GSVP geleistet und ist mit Blick auf die pro-Kopf-Quote bei den friedenserhaltenden Missionen und Operationen sowohl im Rahmen der EU als auch bei den sonstigen internationalen Einsätzen im Vor-

derfeld der EU. Durch die neuen EU-Programme und -Instrumente bieten sich aber auch neue Chancen, die die Exzellenzen im Verteidigungsforschungsbereich weiter verstärken und zur erfolgreichen Positionierung österreichischer Forschung und Entwicklung beitragen.

Darüber hinaus wurde auch in Österreich der Weg der Nachrüstung erfolgreich eingeleitet und über gemeinsame Beschaffungen auch die Interoperabilität mit anderen Streitkräften erhöht. Ein modernes Bundesheer leistet hierbei einen Beitrag zu einer stärkeren und autonomen EU in Verteidigungsfragen.

Schlussfolgerungen

Die internationalen Entwicklungen machen deutlich, dass die über Jahrzehnte aufgebaute regelbasierte Weltordnung einer Ordnung weicht, bei der Stärke und Transaktionalismus in den Vordergrund rücken. Daher gilt es für die EU und ihre Mitgliedsstaaten, die künftige Rolle Europas zu definieren und hier auch entsprechende Verpflichtungen einzugehen. Dabei ist jedoch die Multidimensionalität im Auge zu behalten.

Sicherheitspolitik geht weit über Verteidigungsbereitschaft und militärische Maßnahmen hinaus. Sicherheit erfordert integrierte Ansätze, die zentrale Querschnittsthemen systematisch berücksichtigen. Angesichts des tiefgreifenden Wandels traditioneller sicherheitspolitischer Herausforderungen wird deutlich, dass solche Themen nicht nur normative Verpflichtungen darstellen, sondern wesentlich zur Wirksamkeit und Effizienz sicherheitspolitischen Handelns beitragen.

Das 25-jährige Jubiläum der Resolution 1325 aus dem Jahr 2000 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen „Frauen, Frieden und Sicherheit“ unterstreicht, dass unterschiedliche Perspektiven – ebenso wie multilateral verankerte Agenden, etwa im Bereich menschlicher Sicherheit oder Klima und Sicherheit für ein umfassendes Verständnis von Risiken und deren Bewältigung unerlässlich sind. Ihre konsequente Integration stärkt eine moderne und glaubwürdige Sicherheits- und Verteidigungs- politik und leistet zugleich gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich einen wichtigen Beitrag zur Festigung der multilateralen, regelbasierten Ordnung und zur Aufrechterhaltung der Dominanz des Rechts über dem

Recht des Stärkeren. Gerade dies könnte zur Stärkung der Rolle Europas entscheidend beitragen.

Keynotes

- Die globale Ordnung verschiebt sich von einer regelbasierten Struktur hin zu einer zunehmend konfrontativen Multipolarität.
- Großmachtrivialitäten zwischen den USA, China und Russland bestimmen zunehmend die sicherheitspolitische Dynamik.
- Europa muss strategische Autonomie und militärische Handlungsfähigkeit entwickeln, um seine Sicherheit selbst gewährleisten zu können.
- Die transatlantischen Beziehungen bleiben wichtig, bedingen aber ein größeres europäisches Engagement und Commitment.
- Hybride Bedrohungen, Cyberangriffe und Informationsoperationen fordern neue Ansätze der Resilienz.
- Eine moderne und glaubwürdige Sicherheits- und Verteidigungspolitik leistet gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich einen wichtigen Beitrag zur Festigung der multilateralen, regelbasierten Ordnung und zur Aufrechterhaltung der Dominanz des Rechts über das Recht des Stärkeren.
- Sicherheit erfordert integrierte Ansätze, die zentrale Querschnittsthemen systematisch berücksichtigen. Österreich kann durch das spezifische Know-How in Krisenregionen in der europäischen Nachbarschaft, wie beispielsweise dem Westbalkan, aber auch im Nahen Osten, die EU-Politiken gegenüber diesen Regionen aktiv mitgestalten und weiterentwickeln.

2

Globale Risiken und Herausforderungen

14

10

10

10

11

L

ANTILLAS
CARTERIANE
Insulari

I do. ~~for~~ to be
des. ~~for~~ to be



Markus Pfaff/shutterstock.com

Globale Risiken und Herausforderungen

Nikolaus Rottenberger

Die Weltordnung der 2020er-Jahre befindet sich in einem umfassenden Systemwechsel. Autoritäre Regime erstarken, liberale Demokratien verlieren an Einfluss, Russland und China treiben Konflikte und Allianzen gegen den Westen voran, während sich die USA zunehmend zurückziehen. Globale Institutionen verlieren an Wirksamkeit, Rüstungsdynamiken nehmen zu, wirtschaftliche Abhängigkeiten und technologische Monopole verschärfen Machtverschiebungen.

Die Betrachtung diverser spezifischer Bedrohungen und Risiken für Österreich, Europa und die Welt offenbart Vernetzungen und Dependenzen ebenso wie den langfristigen Charakter von Risiken. Bei genauerer Analyse dieser, lässt sich auf einen Systemwechsel schließen, der, historisch betrachtet, gesellschaftlich selten als solcher empfunden wird, erscheint der Alltag doch meist als unverändert. Auch in den Wissenschaften findet struktureller Wandel nur gegen den vehementen Widerstand etab-

lierter Annahmen, letztlich revolutionär statt. Thomas S. Kuhn bezeichnete das in den 1960er-Jahren als Paradigmenwechsel.

Paradigmenwechsel

Ein solcher Paradigmenwechsel ist auch in den 2020er-Jahren zu beobachten. Der Politologe Jan Marwecki beschreibt das Agieren der Administration von US-Präsident Donald Trump weniger als Ursache, sondern als Symptom tiefgreifender Veränderungen, die den Niedergang westlicher Dominanz mit sich bringen. Deren Ursachen liegen im Gegenzug unter anderem in der Veränderung der US-Innenpolitik, etwa durch das Wiederbeleben der „America-First“-Bewegung, deren Wurzeln bis in die Zwischenkriegszeit zurückreichen.

Eine weitere Ursache findet sich im globalen Erstarken autoritärer Ideologien und Regierungssysteme, in denen nun über 70 Prozent der Weltbevölkerung leben. Das erhöht den Druck auf die verbliebenen liberalen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Staaten und schwächt ihre Position und Wirksamkeit in den traditionellen internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, der OSZE oder der EU. Insbesondere der Druck Chinas und Russlands steigt, die das Ziel der Spaltung und Schwächung westlicher Systeme oder westlicher Sicherheitsabkommen mit befreundeten Staaten, etwa Japan oder Südkorea, verfolgen.

Systemkonflikt

Russland wird auch im Jahr 2026 mit Unterstützung Chinas und Belarus' den Krieg in der Ukraine voraussichtlich unverändert fortführen und gleichermaßen weiterhin einen umfassenden hybriden Krieg gegen die EU, ihre Mitgliedsstaaten und die NATO betreiben. Durch die Mitwirkung Chinas wird diese Auseinandersetzung zum globalen Systemkonflikt. Parallel dazu ist China, trotz interner wirtschaftlicher und politischer Probleme bemüht, seine globale Position zu stärken. Sowohl mit konventionell-militärischen Mitteln als auch subkonventionell erhöht Peking den Druck auf seine Nachbarn in Ost- und Südostasien und schreckt dabei auch nicht vor drastischen Maßnahmen zurück, wie der Einsatz der „Maritimen Volksmilizen“ im Südchinesischen Meer in den Jahren 2024 und 2025 zeigt.

Im Konflikt mit dem Westen vertiefen China und Russland auch im Jahr 2026 ihre Allianzen. Unklar bleibt die Positionierung des aufstrebenden Indiens unter Premierminister Narendra Modi, das einer ambivalenten Außen- und Sicherheitspolitik im Vergleich zu einer klaren Zuordnung in ein Lager den Vorzug zu geben scheint. Vor diesem Hintergrund findet im Jahr 2026 ein internationales Wettrüsten statt, das in Europa eher einem Nachrüsten ähnelt – vor allem unter dem Eindruck der russischen Bedrohungen und einem sukzessiven Abrücken der USA von ihren NATO-Partnern. Globale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungsbeschränkungen, wie sie seit den 1960er Jahren bestehen, verlieren weiterhin an Bedeutung oder laufen ins Leere – ein weiteres Anzeichen des oben beschriebenen Systemwechsels.

Geostrategische Wettläufe

Neben den regionalen Krisen und Konflikten in Osteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie in Ost- und Südostasien geraten der Wettkampf um die Dominanz in der Arktis oder auf den Ozeanen oftmals in den Hintergrund. Obwohl die Arktis für das Weltklima zweifelsohne von höchster Bedeutung ist und daher geschützt werden sollte, stehen für viele regionale und globale Akteure die Meeresstraßen, mögliche Stützpunkte und die Rohstoffvorkommen im Vordergrund. Dieser Wettkampf um Kontrolle und Dominanz birgt weiteres Konfliktpotenzial.

Auch die Nutzung der Weltmeere, sowohl über als auch unter dem Meeresspiegel, sowie Rohstoffvorkommen unter dem Meeresboden, werden im Jahr 2026 weitere Konflikte mit sich bringen. Erwärmung, Verschmutzung und Überfischung bringen diese nur scheinbar unbegrenzten Rohstofflieferanten und Verkehrswege nahe an einen Kollaps, der globale Auswirkungen haben wird.

Umfassender Systemwechsel

In wirtschaftlicher Hinsicht setzt sich fort, was in der Geo- und Sicherheitspolitik geschieht: ein umfassender Systemwechsel. Das bestehende globale Wirtschaftssystem, das die USA nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt und damit zusammenhängend die Globalisierung und den Freihandel gefördert haben, wird nicht zuletzt durch den aktu-

ell vorherrschenden Protektionismus der US-Administration, aber auch durch hegemoniales Verhalten, etwa Chinas, infrage gestellt bzw. verändert. Lieferkettenengpässe, Ressourcenknappheit und geopolitische Abhängigkeiten sind die Folge.

Hinzu kommen disruptive technologische Entwicklungen, die von großen Unternehmen gefördert werden. „Big Tech“, als ein Sammelbegriff für sehr große, einflussreiche Technologiekonzerne, die einen erheblichen Einfluss auf die digitale Wirtschaft und das moderne Leben haben, ist dabei prägend. Die fünf US-Unternehmen Apple, Amazon, Alphabet (Google), Meta (Facebook) und Microsoft dominieren die digitale Landschaft durch eine breite Palette an Produkten und Dienstleistungen und sind bestrebt, sich staatlichen und supranationalen Regulierungen, etwa durch die EU, zu entziehen. Wettbewerbsverzerrung und Einschränkung der Souveränität von Staaten sind Folgen, die auch im Jahr 2026 spürbar sein werden.

Der globale Systemwandel der 2020er-Jahre markiert eine tiefgreifende Transformation internationaler Ordnungsmuster. Liberale, marktwirtschaftliche und demokratische Prinzipien stehen zunehmend im Wettbewerb mit autoritären und protektionistischen Modellen. Diese Entwicklung stellt nicht nur bestehende Machtverhältnisse infrage, sondern auch die Grundlagen internationaler Zusammenarbeit, wirtschaftlicher Verflechtung und technologischer Abhängigkeiten.

Für Europa und insbesondere für kleinere Staaten wie Österreich ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Resilienz zu stärken, strategische Partnerschaften zu festigen und die eigene Handlungsfähigkeit in einer zunehmend fragmentierten Weltordnung zu sichern. Die kommenden Jahre werden zeigen ob es gelingt, inmitten dieser tektonischen Verschiebungen eine neue Balance zwischen Sicherheit, Souveränität und Nachhaltigkeit zu finden, oder ob der Systemwechsel zu einer dauerhaften Erosion globaler Stabilität führt.

Keynotes

- Die 2020er-Jahre markieren einen globalen Systemwechsel, in dem alte Macht- und Ordnungsstrukturen zerfallen.
- Autoritäre Regime gewinnen weltweit an Einfluss, während liberale Demokratien an Stärke und Gestaltungsmacht verlieren.
- Russland und China vertiefen ihre strategische Zusammenarbeit und führen einen Systemkonflikt gegen den Westen, während die USA sich zunehmend zurückziehen.
- Ein neues Wettrüsten und die Erosion internationaler Institutionen (UN, EU, OSZE, NATO) prägen das sicherheitspolitische Umfeld.
- In der Wirtschaft verschieben Protektionismus, Abhängigkeiten und Big-Tech-Monopole die globalen Kräfteverhältnisse.
- Für Europa und kleinere Staaten wie Österreich ergibt sich die Notwendigkeit, Resilienz, strategische Partnerschaften und Handlungsfähigkeit zu stärken, um in der fragmentierten Weltordnung zu bestehen.



Das Revival von „America First“

Rachel Tausendfreund

Am Ende des Zweiten Weltkriegs schien die America-First-Bewegung, die sich lange gegen eine Teilnahme der USA am Krieg ausgesprochen hatte, besiegt. Am deutlichsten zeigte sich das am Aufbau eines Systems internationaler Ordnung und Kooperation, das auf der Stärke der USA beruhte. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump signalisiert einen grundlegenden Abschied von der US-geführten Hegemonie. Die Herausforderungen für die internationale Ordnung sind evident.

Die sogenannte America-First-Bewegung, die sich lange gegen eine Teilnahme der USA am Zweiten Weltkrieg ausgesprochen hatte, schien mit 1945 besiegt. Am deutlichsten zeigte sich dies darin, dass Washington die ersten Nachkriegsjahre damit verbrachte, ein System internationaler Ordnung und Kooperation aufzubauen, das auf der Stärke der USA beruhte. Die Wirtschaftsordnung von Bretton Woods stützte sich auf den US-Dollar als Ankerwährung. Sitz der neu gegründeten Ver-

einten Nationen wurde 1946 der Bundesstaat New York, bevor 1952 das ständige Hauptquartier in New York City eingerichtet wurde. Im Anschluss an den Marshallplan und die Truman-Doktrin wurde 1949 die NATO gegründet, gefolgt wenige Jahre später von einem Sicherheitsbündnis zwischen den USA und Japan.

Einigen Fortschritten im Bereich der multilateralen Beziehungen in den folgenden sechs Jahrzehnten zum Trotz, stützen sich die aus dieser Politik hervorgegangenen Systeme globaler Steuerung und Sicherheit bis heute erheblich auf die USA. Aus diesem Grund wirkt das Wiederaufleben einer neuen Variante der America-First-Politik unter US-Präsident Donald Trump auch derartig destabilisierend.

Abkehr von der Hegemonie

Trumps Politik signalisiert einen grundlegenden Abschied von der US-geführten Hegemonie. Washington betont das Prinzip der Lastenteilung deutlicher und pocht stärker auf regionale Sicherheitsstrukturen. Dies ist jedoch mit erheblicher Unsicherheit verbunden, da die US-Politik unvorhersehbar wirkt und traditionelle Garantien weniger verlässlich erscheinen. Trumps Bereitschaft, Sicherheitsabhängigkeiten als Druckmittel in Wirtschafts- und Handelsgesprächen einzusetzen, verstärkt diese Tendenz. So fand sich etwa die EU aufgrund ihres Wunsches nach fortgesetzter US-Unterstützung für die Ukraine und die NATO in einer schwachen Verhandlungsposition, was US-Zölle betrifft. Zwar haben alle US-Präsidenten der vergangenen zwanzig Jahre die europäischen Partner dazu gedrängt, einen größeren Anteil an der Sicherheitslast zu übernehmen, doch Trump ist der erste, der signalisiert, dass er bereit ist, sich aus Verpflichtungen zurückzuziehen, und der zugleich einen Mangel an Sympathie gegenüber Allianzen erkennen lässt.

Kurzfristig hat dies zu einem positiven Ergebnis geführt, nämlich zu einer erneuerten Bereitschaft unter den europäischen NATO-Partnern, den US-Forderungen nach Lastenteilung Rechnung zu tragen, und zu einem stärkeren europäischen Engagement beim Ausbau der eigenen Verteidigungsfähigkeiten. Darüber hinaus hat die abweisende Haltung der Trump-Administration die europäischen Staaten gezwungen, sich stärker aufeinander zu konzentrieren, während zuvor Washington für viele Staaten noch den bevorzugten Partner in Sicherheitsfragen dargestellt hatte.

Multipolarisierung

Mittelfristig werden anhaltende Zweifel daran, ob sich die USA tatsächlich der Verteidigung ihrer Verbündeten verpflichtet fühlen, destabilisierend wirken. Während dies zu einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit führen könnte, birgt es zugleich die Gefahr wachsender Spannungen innerhalb Europas, etwa entlang der Ost- oder Süd-Linien. Der Grund dafür ist das Handeln von Staaten aus Unsicherheit heraus. Auch im globalen Kontext ist mit zunehmender Unsicherheit und wachsendem Einfluss anderer Mächte wie Russland und China zu rechnen.

Wenn die Vereinigten Staaten als unzuverlässiger Partner oder gar als Bedrohung wahrgenommen werden, gibt es wenig Anreiz, einer engeren Zusammenarbeit mit China oder Russland zu widerstehen. Dies trägt zu einer stärker multipolaren Sicherheitsordnung bei, in der UN-Normen nicht mehr als garantiert gelten und Aggressionen oder Invasionen nicht zwingend globale Konsequenzen nach sich ziehen. Über den engeren Sicherheitskontext hinaus hat der Rückzug der USA in Bezug auf Soft Power und Entwicklungszusammenarbeit also Chancen für China und Russland eröffnet, ihren Einfluss in Asien, Afrika und dem Nahen Osten auszubauen.

Auswirkungen auf vulnerable Gruppen

Abseits der mittelfristigen Fragen globaler Einflussverteilung hat der Rückbau der Aktivitäten der US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) sehr reale und oftmals tödliche Folgen für Frauen und andere vulnerable Gruppen. Gegründet im Jahr 1961, wurde die Rolle von USAID auf ein breites Spektrum an Gesundheitsaktivitäten erweitert, das auch Müttergesundheit, Kinder- und reproduktive Gesundheit umfasst. USAID gab jährlich fast 40 Mrd. US-Dollar für internationale Hilfe aus, überwiegend für Gesundheitsprogramme. Sie war einer der größten Anbieter von Familienplanungsdiensten weltweit mit fast 600 Mio. US-Dollar für Verhütungsdienste in armen Ländern. Ein Bericht von UN Women kam zu dem Schluss, dass die US-Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit zu einer dramatischen Lage geführt haben. UN Women befragte 411 Organisationen in 44 Ländern und stellte fest, dass „90 Prozent der Befragten angaben, dass ihre Arbeit finanziell beeinträchtigt sei, fast die Hälfte erwarte, innerhalb von sechs Monaten

schließen zu müssen, und die meisten bereits Personal abgebaut oder zentrale Dienstleistungen eingestellt haben“.

Besonders betroffen sind Prävention und Reaktion auf geschlechtsspezifische Gewalt, Schutzdienste und Frauengesundheit. Es ist mit vielen Tausend vermeidbaren Todesfällen von Müttern pro Jahr infolge dieser Kürzungen zu rechnen, ebenso mit vielen Tausend weiteren vermeidbaren Todesfällen innerhalb vulnerabler Gruppen aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Unterstützungs- und Schutzdiensten. Darüber hinaus gibt es breitere normative Folgen: Wenn die Vereinigten Staaten ihre Politik in Bezug auf Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion zurückfahren, ermutigt das andere Länder oder politische Bewegungen, dasselbe zu tun. Der US-Präsidentenfall wird beobachtet und bisweilen nachgeahmt.

Fazit

Für die Hunderttausenden Menschen weltweit, die auf die Gesundheits- und Entwicklungshilfe der USA angewiesen sind, sind Trumps America-First-Politiken eine Tragödie. Hinsichtlich der globalen Sicherheitsarchitektur sind die mittel- und langfristigen Folgen noch offen. Das pessimistische Szenario sieht ein vollständiges Auseinanderfallen der geschwächten internationalen Ordnung in eine konfliktreiche Multipolarität voraus, eine Rückkehr zu ungebremster Machtpolitik. Es gibt jedoch auch ein optimistisches Szenario, in dem sich Demokratien und andere Akteure, die an Stabilität interessiert sind, zusammenschließen, um ein neues System globaler Ordnung zu schaffen, das weniger stark auf US-amerikanische Macht angewiesen ist. Schwer vorstellbar, doch nicht unmöglich.

Keynotes

- Die Rückkehr der America-First-Politik markiert eine Abkehr von der US-geführten Weltordnung, die nach 1945 auf multilateraler Kooperation und amerikanischer Hegemonie beruhte.
- Trumps Außenpolitik setzt auf nationale Interessen und Lastenteilung, was traditionelle Sicherheitsgarantien schwächt und internationale Partner verunsichert.
- Kurzfristig führte dieser Kurs zu stärkerem sicherheitspolitischem Engagement Europas, langfristig jedoch zu wachsender Unsicherheit und potenziellen Spannungen innerhalb der EU.
- Der Rückzug der USA aus Entwicklungs- und Gleichstellungspolitik hat gravierende Folgen, insbesondere für Frauen und vulnerable Gruppen, die auf USAID-Programme angewiesen waren.
- Global droht eine instabilere, multipolare Ordnung, in der autoritäre Mächte wie China und Russland ihren Einfluss ausweiten, während demokratische Kooperation neu definiert werden muss.



timeline2photo/Shutterstock.com

Europa im Systemkonflikt zwischen Russland, China und den USA

Daniela Schwarzer

Europas Demokratien stehen auch im Jahr 2026 vor komplexen geopolitischen Herausforderungen; ihre Sicherheit wird weiterhin vor allem durch Russland bedroht. Der seit 2022 andauernde Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird von hybriden Angriffen auch innerhalb der Europäischen Union begleitet, die sich seit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 intensiviert haben, sowie von seit 2025 stark zunehmenden Souveränitätsverletzungen. Dazu zählen das Eindringen in Lufträume anderer Staaten ebenso wie Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur.

Es ist auch für das Jahr 2026 zu erwarten, dass die verschärfte Bedrohung durch Russland an der Ostflanke der NATO und auch Destabilisierungsversuche innerhalb Europas ein relevantes Thema bleiben werden. Moskau verfolgt dabei ein doppeltes Ziel: einerseits die Resilienz der

Ukraine-Unterstützerstaaten zu untergraben, und andererseits die Fähigkeiten der NATO zu testen. Entsprechend zentral bleiben 2026 der Ausbau von Abschreckung (verstärkte Präsenz, Flug- und Raketenabwehr) sowie der Schutz kritischer Infrastruktur.

Europa sollte dabei davon ausgehen, dass die US-Unterstützung für die Ukraine und für europäische NATO-Staaten nicht im Ausmaß der vergangenen Jahre und nicht dauerhaft gewährleistet sein wird. Die Position der US-Regierung unter Donald Trump zur Unterstützung der Ukraine hat sich in dessen bisheriger zweiter Amtszeit mehrfach geändert. Im März 2025 wurde die US-Militärhilfe zunächst „pausiert und überprüft“, im Sommer signalisierte Trump, Europa und Kanada sollten die Finanzierung übernehmen, während die USA politisch und logistisch flankieren würden. Ende August 2025 wiederum erklärte er, die USA würden die Ukraine „nicht mehr“ finanzieren; vielmehr verdiene Washington an Waffenverkäufen an Verbündete.

Perspektiven für 2026

Für das Jahr 2026 sollte davon ausgegangen werden, dass Präsident Trump weiterhin versuchen wird, das Burden Shifting zugunsten der USA zu maximieren. Das würde bedeuten, US-Finanzflüsse würden minimiert und Waffen zur Unterstützung der Ukraine verkauft. Ob die USA die Ukraine weiterhin politisch gegenüber Russland unterstützen würden, ist unklar. Hierbei sind im Wesentlichen zwei Szenarien denkbar.

Erstens: Anhaltender Druck der USA auf Russland, mit Fokus auf China als Russlands wichtigstem externen Unterstützer. Peking stützt Russland vor allem über Handel und Dual-Use-Lieferketten (u.a. Mikroelektronik, Maschinenwerkzeuge, Navigation und Drohnenkomponenten), die in der russischen Rüstungsproduktion eingesetzt werden. Chinas Energieimporte aus Russland, allen voran Öl und Gas, sichern Russland zusätzliche Einnahmen. Die USA könnten mit verschärften Exportkontrollen (Entity-List-Erweiterungen), sekundären Finanzsanktionen und dem Schließen von Umgehungspfaden reagieren.

Zweitens: Ein Rückzug der USA aus der Konfrontation mit Moskau und dessen Unterstützern. In diesem Szenario würden die USA die Ukraine-Unterstützung weitgehend Europa überlassen und im besten Fall

den nuklearen Schutzhelm aufrechterhalten. Im Worst Case würden Zweifel an der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung aufkommen bzw. wachsen, was zu verstärkten „Tests“ der europäischen Verteidigungsbereitschaft führen würde. Die Debatte über strategische Autonomie und eine mögliche europäische nukleare Abschreckung hat vor diesem Hintergrund im Jahr 2025 merklich an Intensität gewonnen.

Chinas Positionierung

Die EU klassifiziert China seit März 2019 in offiziellen Dokumenten als Partner für Zusammenarbeit, wirtschaftlichen Wettbewerber und systemischen Rivalen. Grundlegende Änderungen an dieser Trias sind für 2026 nicht zu erwarten, wenngleich die Dimension „systemische Rivalität“ an Gewicht gewonnen hat.

China ist zum engen Partner Russlands geworden. Seit 2022 hat der chinesisch-russische Handel massiv zugelegt. Ohne chinesische Dual-Use-Lieferungen und Umgehungskanäle stünde die russische Rüstungsindustrie deutlich stärker unter Druck. Zudem profitiert China von billigem russischem Öl und Gas, und bindet westliche Ressourcen und Aufmerksamkeit. Peking dürfte auch im Jahr 2026 seine strategische Ambiguität fortsetzen. Politisch kooperiert es eng mit Moskau, wirtschaftlich ist es mit Europa verflochten, technologisch und in Hinblick auf die kritische Grundversorgung zielt es auf Eigenständigkeit. Die EU wird daher voraussichtlich weiter ein De-Risking statt eines De-Couplings betreiben, was u.a. Exportkontrollen gegen Sanktionsumgehung, technologische Schutzinstrumente, aber auch selektive Kooperation, beispielsweise im Handel oder im Klimabereich, umfasst.

Derzeit gibt es wenig Grund anzunehmen, dass sich China im Jahr 2026 von seiner engen Partnerschaft mit Russland löst oder seinen Einfluss auf Moskau dazu nutzt, zum Frieden zu drängen. Anders als etwa Nordkorea, das 2025 die Entsendung von Soldatinnen bzw. Soldaten nach Russland bestätigte und ballistische Raketen und Munition lieferte, bleibt es unwahrscheinlich, dass China seine Truppen offen in der Ukraine einsetzt.

Globale Ordnungsambitionen

Wenige Tage vor Beginn der russischen Großinvasion der Ukraine veröffentlichten Chinas Präsident Xi Jinping und Russlands Präsident Vladimir Putin eine gemeinsame Erklärung über „Internationale Beziehungen in einer neuen Ära“. Diese betonte die staatliche Souveränität, unterstrich das Prinzip der Nichteinmischung, wies westliche Bündnisweiterungen zurück und plädierte für eine „multipolare Ordnung“ – und beinhaltete die Erzählung einer „grenzenlosen“ Partnerschaft. Der gemeinsame Nenner zwischen Xi und Putin ist eine autoritär-souveränistische Ordnungsvorstellung, in deren Zentrum Regimestabilität, Nichteinmischung, Skepsis gegenüber liberal-demokratischen Universalwerten und westlich geführter Institutionen stehen. Der 2024 abgeschlossene russisch-nordkoreanische Beistandspakt vertieft diese autoritäre Achse; Moskau und Pjöngjang machen ihre sicherheitspolitische Kooperation inzwischen öffentlich sichtbar. Auch der Iran unterstützt Russland als Teil dieser Achse maßgeblich mit Drohnen sowie Training und Technologie-Transfer.

Parallel dazu verfolgt China ehrgeizige Ambitionen in multilateralen Gremien. Seit 2021 entwickelte Peking mehrere Initiativen, etwa in den Bereichen Entwicklung und Sicherheit. Im Jahr 2025 folgte ergänzend eine Global Governance Initiative (GGI). Im Zuge von Reden bei den Gipfeln der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) in Astana 2024 und Tianjin 2025 verband Xi diese Initiativen mit dem Anspruch, globale Regeln „weiterzuentwickeln“ und den Einfluss nichtwestlicher Staaten zu stärken. Er betonte Souveränität und Entwicklung statt universalistischer Menschenrechtsdurchsetzung, Sicherheit setzte er in Zusammenhang mit Unteilbarkeit. Multilaterale Foren, so der chinesische Präsident, sollten diese Normen widerspiegeln. Anders als die USA investiert China deutlich in die UN. So ist es beispielsweise der größte Truppensteller unter den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats. Die Kombination aus Beiträgen, Personal und aktiver Normsetzung erhöht Pekings Gestaltungsmacht in UN-Gremien.

USA als entscheidender Faktor

Wie sich die liberalen Demokratien in dieser geopolitischen Konstellation behaupten können, wird maßgeblich von den Entwicklungen in

den USA abhängen. Dabei ist nicht nur relevant, wie sich Washington gegenüber der Ukraine, Russland und China positioniert, sondern auch die Entwicklung des Zustands der US-Demokratie insgesamt. Für 2026 sind anhaltende Rückschritte bei etwa der Gewaltenteilung und der Medienfreiheit zu erwarten. Angesichts zunehmender Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Handlungsräums sowie der Schwäche der Opposition lässt sich erwarten, dass im Jahr 2026 eher keine Stabilisierung durch einen deutlichen Wahlsieg der Demokraten bei den Zwischenwahlen eintritt.

Sollten die USA weiter in Richtung eines autoritären Systems abgleiten, hätte das für Europa weitreichende Folgen. Zum einen würde das liberal-demokratische Referenzmodell des Westens erodieren, zum anderen gerieten transatlantische Koalitionen gegenüber Autokratien ins Wanken. Der V-Dem-Index konstatierte 2025 eine anhaltende „dritte Welle der Autokratisierung“ – 72 Prozent der Weltbevölkerung leben in Autokratien. Zudem warnte er ausdrücklich vor einem möglichen „democratic breakdown“ in den USA.

Die Auswirkungen dessen sind zum Teil bereits jetzt sichtbar: mit einem Abdriften der USA ins Autoritäre würde die Anschlussfähigkeit von Narrativen wie „Souveränität vor Rechten“ erhöht werden. Bereits jetzt brandmarkt die „Free-Speech“-Diplomatie europäische Regulierungen als „Zensurinstrumente“. Auch die transatlantische Vernetzung rechtskonservativer Akteure schreitet voran. Die gezielte Verbreitung illiberalen Gedankenguts und die Einschüchterung von Medien sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern nehmen auch in Europa zu. Das Eintreten für Pluralismus, Gleichheits- und Freiheitsrechte, gezielte Schutzprogramme für bedrohte Gruppen und der Schutz zivilgesellschaftlicher Räume als auch strategische Kommunikations- und Medienkompetenz werden damit relevanter.

Auch unter diesen Vorzeichen bleibt die Aufrechterhaltung diplomatischer Kanäle nach Washington und die Fortführung der transatlantischen Kooperation im Sicherheits- und Verteidigungsbereich im Jahr 2026 relevant. Europa ist zugleich gefordert, demokratische Resilienz, militärische Fähigkeiten und wirtschaftlich-technologische Souveränität zu stärken, um seine strategische Autonomie zu entwickeln.

Keynotes

- Ukraine-Krieg, hybride Angriffe und zunehmende Souveränitätsverletzungen bleiben 2026 zentrale Risiken für Europa.
- US-Unterstützung wird unberechenbarer; Washington drängt auf starkeres Burden Shifting zu Ungunsten Europas.
- Zwei US-Szenarien prägen 2026: verschärfter Druck auf Russland und China oder weitgehender Rückzug aus der Konfrontation.
- China bleibt enger Partner Russlands, stärkt dessen Kriegsfähigkeit und setzt auf strategische Ambiguität gegenüber Europa.
- Die autoritäre Achse Russland–China–Nordkorea–Iran gewinnt an Sichtbarkeit und agiert zunehmend koordiniert.
- Chinas globale Ordnungsambitionen verstärken sich, insbesondere in multilateralen Institutionen und der UN.
- Ein mögliches autoritäres Abgleiten der USA bedroht westliche Normen, schwächt transatlantische Allianzen und erhöht den Druck auf Europas eigene Resilienz.

Nukleare Non-Proliferation

Abrüstung und Abschreckung

Ulrika Möller

Trotz der politischen Absicht, Nuklearwaffen angesichts ihrer welterschütternden Zerstörungskraft abzuschaffen, erreichen diese nunmehr ein reifes Alter. Die Lebensspanne von Nuklearwaffen wird sowohl durch Abrüstung als auch Abschreckung bestimmt – zwei miteinander im Konflikt stehende Ideen, wie mit deren massiv zerstörerischer Kraft umgegangen werden sollte. Demontage oder Vorhaltung, um angeblich geordnete Beziehungen wechselseitig garantierter Vernichtung zu erreichen?

Seit der ersten nuklearen Explosion im Juli 1945 und den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 vergingen über 80 Jahre. Bereits im Jänner 1946 wurde mit einer UN-Resolution die Atomkommission der UN geschaffen, die Pläne für die Eliminierung von Nuklearwaffen entwerfen sollte. Parallel dazu begannen allerdings bereits Überlegungen darüber, wie diese Zerstörungskraft für strategi-

sche Zwecke genutzt werden könnte. Durch die Nuklearwaffenkapazität der Sowjetunion, die im Jahr 1949 erreicht wurde, wurde die auf nuklearer Abschreckung gegründete Beziehung zwischen den beiden Supermächten des Kalten Krieges etabliert.

In den Jahrzehnten seit Beginn des Atomzeitalters wurden Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung zu den erreichbaren Zielen. Der unmittelbare Konflikt zwischen Abrüstung und Abschreckung blieb nicht nur bestehen, sondern wurde noch akzentuiert. Die meisten Nuklearwaffenstaaten sind bereits seit Langem Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrags (Nuclear Non-Proliferation Treaty, NPT) und haben sich damit rechtlich verpflichtet, Abrüstung als langfristiges Ziel zu verfolgen. Über Jahrzehnte haben sie jedoch politisch und militärisch an der nuklearen Abschreckung festgehalten. Diese Inkohärenz löste bei den Nicht-Nuklearwaffenstaaten Unzufriedenheit aus, insbesondere unter jenen, die versuchten, die nukleare Bedrohung für sich selbst auf andere Weise zu verringern, anstatt durch einen nuklear bewaffneten Verbündeten.

Problematische Muster

Zunehmende Polarisierung hatte einen negativen Einfluss auf die Qualität der Nukleardiplomatie. Nach Jahrzehnten der regulären Beteiligungen war die vergangene Dekade vor allem dadurch geprägt, dass keine breiten und dauerhaften Einigungen erreicht werden konnten. Dieser Rückwärtstrend betrifft alle Arten der Nukleardiplomatie: sowohl die Verhinderung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, die Kontrolle der bestehenden Arsenale und deren langfristige Demontage. Gleichzeitig widmen sich nun alle Nuklearwaffenstaaten der Verbesserung ihrer jeweiligen Arsenale.

Das bedeutet, dass gegenwärtig zwei problematische Muster vorherrschen: einerseits der Niedergang der Nukleardiplomatie und andererseits die nukleare Aufrüstung. An diesem Punkt liegt es jenseits der Fähigkeiten von Nicht-Nuklearwaffenstaaten, das Abschreckungsdenken zu beeinflussen, das die gegenwärtige Modernisierungswelle antreibt. Regierungen, die zu einer Deeskalation der nuklearen Bedrohung beitragen wollen, um langfristig wieder zu einer Reduktion dieser Bedrohungslage zu gelangen, sollten sich vor allem auf die Wiederbelebung der Nukleardiplomatie fokussieren.

Nichtverbreitungsregime und Folgeverträge

Die von 1946 bis 1949 bestehende Atomkommission der UN konnte sich auf keinen der vorgeschlagenen Pläne zur Demontage der Nuklearwaffenarsenale einigen, was die Notwendigkeit untergeordneter Ziele bedingte, um mit der nuklearen Bedrohung umzugehen. Heute beziehen sich sämtliche Verhandlungen in Zusammenhang mit Nuklearwaffen auf zumindest eines von drei Zielen: Nichtverbreitung (Non-Proliferation), Rüstungskontrolle und Abrüstung. Nach der Kubakrise im Jahr 1962 begann eine Phase der stetigen diplomatischen Produktion neuer Abkommen, beispielsweise zur Regulierung nuklearer Explosionen und deren Position mit dem Partial Test Ban Treaty. Dazu zählten aber auch Verträge zur Schaffung nuklearwaffenfreier Zonen wie der Antarktis (1959) oder dem Weltraum mit dem Outer Space Treaty. Schließlich wurden Verträge zur Schaffung nuklearwaffenfreier Regionen etabliert, beispielsweise in Lateinamerika und der Karibik mit dem Vertrag von Tlatelolco im Jahr 1969.

Mit dem NPT wurde im Jahr 1970 jedoch erstmals ein umfassendes nukleares Nichtverbreitungsregime geschaffen. Der NPT bildet seither den Mittelpunkt aller anderen Nuklearabkommen. Durch seine drei Ziele bzw. „Säulen“ wurde der NPT zu einem der am breitesten akzeptierten internationalen Abkommen. Dazu zählen die Förderung der friedlichen Nutzung von Nuklearenergie, die Verhinderung der Verbreitung von Nuklearwaffen und die nukleare Abrüstung. In den Jahrzehnten nach Inkrafttreten des NPT bestand eine gewisse Kontinuität bei der Vereinbarung neuer Regulierungen.

Insbesondere die Reihe an Abkommen zwischen den beiden wesentlichsten Nuklearmächten war entscheidend, da diese den Weg für eine substantielle Reduktion ihrer jeweiligen nuklearen Arsenale bereiteten. Dazu gehörten unter anderem die Gespräche zur Begrenzung der strategischen Rüstung (Strategic Arms Limitation Talks, SALT) in den Jahren 1972 (SALT I) und 1976 (SALT II) und der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) im Jahr 1987. Diese Verhandlungen führten auch zu weiteren Abkommen im Zuge der Transition zu einer Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Zuvor zu nennen sind hierbei die Verträge zur Verringerung strategischer Waffen (Strategic Arms Reduction Treaty, START). Dies weckte Erwartungen, dass die Zeit reif sei für Abrüstung. Hierfür ergaben sich zwei substantielle Gelegenheiten. Im Rahmen

der 5. NPT-Überprüfungskonferenz des Jahres 1995 sollte entschieden werden, ob dieses Abkommen über das bisherige Fünfjahresintervall hinaus verlängert werden sollte. Zugleich wurden Verhandlungen über ein umfassendes Verbot von Nuklearwaffentests gefordert.

Höhen und Tiefen

Keine dieser Verhandlungen konnte die von der Zivilgesellschaft und NPT-Vertragsparteien geweckten Erwartungshaltungen erfüllen, die mit den langsamsten Fortschritten im Abrüstungsbereich unzufrieden waren. Die Überprüfungskonferenz des Jahres 1995 entschied zwar, den NPT auf unbestimmte Zeit zu verlängern, aber ohne den Bereich der Abrüstung zu konkretisieren. Die Verhandlungen über ein umfassendes Verbot des Tests von Nuklearwaffen führte im Jahr 1996 zum Kernwaffenteststopp-Vertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT). Dieser beinhaltet ein effektives Monitoring-System um nukleare Explosionen zu erfassen, aber gleichzeitig fehlen Spezifikationen für die nukleare Abrüstung und der Vertrag ist bis heute nicht in Kraft getreten.

Bei der NPT-Überprüfungskonferenz des Jahres 2000 kam es dann zu einem Durchbruch; man einigte sich auf die sogenannten 13 Schritte zur nuklearen Abrüstung. Nach sowohl Erfolgen als auch Misserfolgen im Rahmen der folgenden Überprüfungskonferenzen mobilisierte die sogenannte „Humanitäre Initiative“ Unterstützerinnen und Unterstützer für Verhandlungen über ein generelles Verbot von Nuklearwaffen. Diese wurden im Jahr 2017 abgeschlossen. Der Nuklearwaffen-Verbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW) ist ein gefeierter Meilenstein, der durch die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und Staaten, die sich der nuklearen Abrüstung verschrieben haben. Nichtsdestotrotz ist dieses Abkommen nicht gewichtig genug, um dem Trend des Niedergangs der Nukleardiplomatie entgegenzuwirken.

Aktuelle Entwicklungen

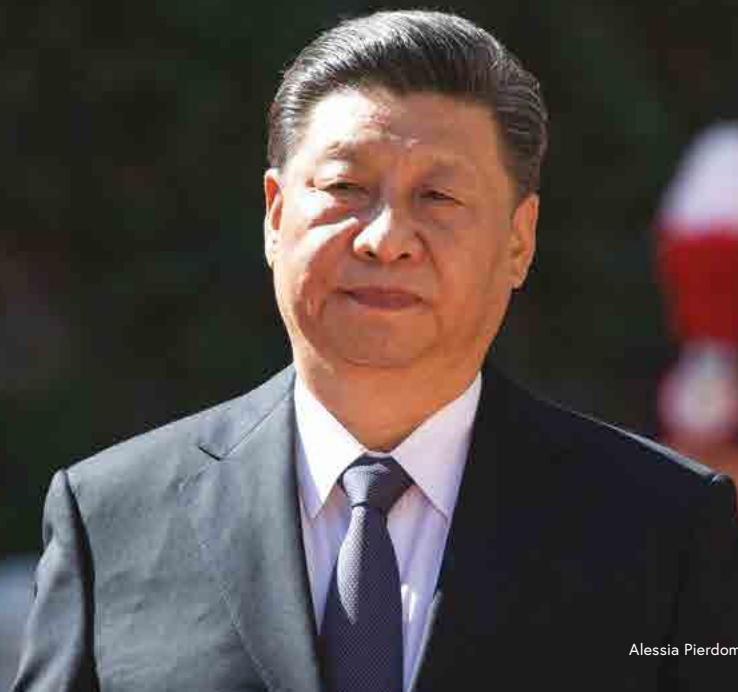
Die Nuklearverhandlungen wiesen stets Höhen und Tiefen auf. Die aktuelle Flaute ist aber insbesondere beunruhigend, da sie sich auf alle Bereiche der Nukleardiplomatie auswirkt. Der NPT steht unter ernsthaftem politischem Druck, die bilateralen Rüstungskontrollabkommen

zwischen den USA und Russland funktionieren nicht und diplomatische Bemühungen, eine nordkoreanische Nuklearwaffe zu verhindern, scheiterten. Ebenso wenig waren die Bemühungen von Erfolg gekrönt, die iranische Produktion von waffenfähigem, hochangereichertem Uran zu reduzieren. Als eines der jüngsten Symptome des diplomatischen Niedergangs scheiterte die NPT-Überprüfungskonferenz im Jahr 2022 daran, einen Endbericht im Konsens zu beschließen und das Vorberitungskomitee für die Überprüfungskonferenz 2026 konnte sich auf keine Empfehlungen einigen. Auch die diplomatischen Bemühungen, das Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) wiederzubeleben, kollabierten mit dem militärischen Angriff auf die iranischen Nukleareinrichtungen.

Das einzige noch verbleibende Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und Russland ist New START, und dieses läuft im Februar 2026 aus. Die elfte NPT-Überprüfungskonferenz die für das Frühjahr 2026 angesetzt ist, stellt eine Gelegenheit für diplomatische Bemühungen dar, die Nukleardiplomatie wieder in Gang zu bringen. Der entscheidende Prüfstein dafür ist, ob die Überprüfungskonferenz einen Abschlussbericht im Konsens beschließen kann oder nicht. Im Dezember 2026 wird zudem die nächste Konferenz der TPNW-Vertragsparteien stattfinden, was die anhaltende Kritik an der nuklearen Abschreckung unterstreichen mag.

Keynotes

- Zwei Trends tragen zu einer Eskalation der nuklearen Bedrohungslage bei. Dabei handelt es sich um den Niedergang der Nukleardiplomatie und den Aufstieg nuklearer Aufrüstung.
- Der Niedergang der Nukleardiplomatie betrifft alle Bereiche: die Nichtverbreitung, die Rüstungskontrolle und die langfristige Abrüstung.
- Die Modernisierung der Nuklearwaffenarsenale unterstreicht die derzeitige Dominanz des Konzepts der nuklearen Abschreckung.
- Ein Ende der derzeitigen Flauft der Nukleardiplomatie ist noch nicht absehbar. Beispiele hierfür sind etwa das Scheitern der NPT-Überprüfungskonferenz, einen Abschlussbericht im Konsens zu erreichen, die militärischen Angriffe auf Nuklearanlagen im Iran und das Auslaufen von New START im Februar 2026.



Alessia Pierdomenico/Shutterstock.com

Der chinesische Balanceakt

Linda Liang und Sebastian Harnisch

Auch im Jahr 2026 wird die chinesische Führung unter Xi Jinping innenpolitische Erwartungshaltungen nach Wachstum und Stabilität mit außenpolitischen Ansprüchen nach Respekt und Einflussnahme einer Großmacht zu balancieren haben. Das Ergebnis wird ein voraussichtlich widersprüchlicher außenpolitischer Kurs sein, der zwar Kerninteressen durchsetzt, aber offene und womöglich gewalttätige Konfrontationen scheut – allen voran mit den USA. Mit diesem robust-resilienten Ansatz gegenüber der US-Administration wird sich China als neuer, verlässlicherer Partner jener präsentieren, die von der US-Politik enttäuscht oder gedemütigt wurden.

Handelskrieg und kalkulierte Stärke

Die Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten hat in der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump zugenommen und immer wieder konfrontative Ausbrüche provoziert. Weitreichenden Zollerhöhungen und Exportkontrollen seitens der USA begegnete die

chinesische Führung mit robusten Gegenmaßnahmen, etwa im Bereich Seltener Erden, und nationalistischer Rhetorik nach Innen. Potenzielle wirtschaftliche Einbußen konnten so dem erratischen Verhalten des Weißen Hauses zugeschrieben werden.

Allerdings offenbarte der Handelskonflikt auch die Schmerzgrenzen der Trump-Administration, sodass dieser Etappenerfolg im Jahr 2026 zur Nachahmung einlädt. Peking zeigte unmittelbar vor dem geplanten Treffen der beiden Staatsführer im Oktober 2025, dass es bereit ist, mit kalkulierter Gegenwehr gezielt Spannungen zu erzeugen, um Verhandlungsmasse zu schaffen.

Regionales Machtbewusstsein

Taiwan bleibt der symbolische Kern chinesischer Souveränitätsansprüche. Die Spannungen sind ebenso real wie vielfältig: Luftraumverletzungen zählen ebenso dazu wie militärische Manöver bzw. militärische Präsenz im Allgemeinen. Bislang vermeidet China bewusst die Eskalation. Die Schwelle zum offenen Konflikt mit Taiwan wird nicht überschritten, zugleich rüstet das taiwanesische Militär nach dem Vorbild der Ukraine strategisch klug auf.

Auch im Südchinesischen Meer verfolgt China eine Strategie der kontrollierten Konfrontation. Der Ton gegenüber Anrainerstaaten wie den Philippinen blieb auch im Jahr 2025 rau; es kam häufig zu Zusammenstößen und gewalt samen Vorfällen. Gleichzeitig blieb die Gewaltanwendung bis dato unterhalb der Grenze, ab der ein militärischer Konflikt ausgelöst werden würde. Peking verfolgt eine hybride Gewaltstrategie, die immer mehr der Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres dazu bringt, enger mit Washington, aber auch untereinander zu kooperieren.

Zugleich bemüht sich Peking mit wirtschaftlichen Vorteilen gezielt um einzelne südostasiatische und pazifische Staaten wie Vietnam oder Malaysia. Es ist jedoch nicht klar erkennbar geworden, dass sein Werben eine klare Positionierung zu seinen Gunsten bewirkt hätte. Nur wenige asiatische Staaten weisen Pekings Offerte offen zurück, aber fast alle halten China nach wie vor auf Distanz.

Verhältnis zu Russland im Zwiespalt

China hat seine Partnerschaft mit Russland im Jahr 2025 vertieft. Peking bekennt sich offen dazu, eine russische Niederlage in dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine verhindern zu wollen. Gemeinsame Militärmanöver und wirtschaftliche Kooperation wurden enger, doch bleiben asymmetrisch. Während Moskau von einem faktischen Verteidigungsbündnis spricht, wahrt die chinesische Führung rhetorische Distanz. Gleichzeitig bemüht man sich in Peking um den Erhalt des chinesischen Einflusses auf Nordkorea – im Wettbewerb zu Russland. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, dass es ein Versprechen Chinas geben wird, Russland im Jahr 2026 zu einem militärischen Sieg in der Ukraine zu verhelfen, wie immer dieser aussehen mag.

China will Russland nicht verlieren – aber Europa auch nicht. Zu wichtig ist der europäische Absatzmarkt, zu entscheidend die Spaltung zwischen Washington und Brüssel für die geopolitischen Ambitionen Pekings. Wenig hilfreich für diese Ambition ist dabei, dass die US-Zollpolitik China dazu zwingt, andere Märkte zu erschließen, die sich ihrerseits gegen eine Schwemme chinesischer Produkte zu erwehren versuchen.

Europa im Schatten wirtschaftlicher Rivalität

Die Beziehungen zwischen China und der Europäischen Union sind daher angespannt und werden es voraussichtlich auch im Jahr 2026 bleiben. Die Debatte um Zölle auf chinesische Elektroautos stellt dabei lediglich ein Symptom struktureller Reibungspunkte des staatsgeleiteten Wirtschaftsmodells Chinas dar. Strategische Industrien werden subventioniert, um die USA zu übertrumpfen und Regionen und Städte haben den politischen Vorgaben aus Peking zu folgen. Die Folge sind Fehlallokationen von Kapital und Ressourcen sowie Überkapazitäten, die weder in Europa noch in Asien willkommen sind.

Doch Peking führt den Wettbewerb mit Europa auch mit illegitimen Mitteln. Cyberangriffe dienen immer noch primär der Wirtschaftsspionage und auf Kritik reagiert man mit Desinformationskampagnen und der digitalen Verfolgung von Oppositionellen. Die EU hat bis dato keine robusten Gegenmaßnahmen hervorgebracht, da sie als friedlicher Verbund von Demokratien nur begrenzt fähig ist, die Sprache der Groß-

mächte zu sprechen. Das dürfte sich voraussichtlich auch im Jahr 2026 nicht ändern.

Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“

China bekennt sich offiziell zur Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (Women, Peace and Security, WPS) der Vereinten Nationen, ebenso wie zur UN-Resolution 1325. Deren Umsetzung bedarf allerdings einer sorgfältigen Betrachtung. China richtete bereits im Jahr 1995 die vierte UN-Weltfrauenkonferenz aus und war im Jahr 2025 erneut Gastgeber eines globalen Frauengipfels. Die innenpolitische Realität zeigt indes Rückschritte bei der Gleichstellung. Erstmals seit zwanzig Jahren ist keine Frau im Politbüro, dem Machtzentrum der Kommunistischen Partei.

Weiters geht die Regierung systematisch gegen die Zivilgesellschaft und unabhängige Frauenrechtsbewegungen vor. Noch schwerwiegender sind allerdings Berichte über systematische Menschenrechtsverletzungen an der uighurischen und anderen muslimischen Minderheiten in Xinjiang. Zwangssterilisationen und sexualisierte Gewalt in Internierungslagern stehen im starken Gegensatz zur offiziellen Selbstbeschreibung Chinas als Unterstützer der WPS-Agenda.

Keynotes

- China wird in seinem außenpolitischen Kurs innenpolitische Erwartungen und außenpolitische Ansprüche balancieren müssen und sich anderen Staaten als neuer verlässlicher Partner neben den USA präsentieren.
- Der Handelskrieg hat die Schmerzgrenzen der zweiten Trump-Administration aufgezeigt. Es kann davon ausgegangen werden, dass China auf Druck weiter mit kalkulierter Gegenwehr reagiert.
- Sowohl in der Taiwanstraße als auch im Südchinesischen Meer wird China mit kontrollierten Konfrontationen die Schwelle zum offenen Konflikt nicht überschreiten. Gleichzeitig wächst der Widerstand in der Region.
- Das Verhältnis mit Russland wird enger, dennoch wird China das Verhältnis zu Nordkorea oder zur EU nicht aufs Spiel setzen.
- Die Reibungspunkte mit der EU durch Chinas staatgeleitetes Wirtschaftsmodell nehmen zu. Auch auf wirtschaftlich motivierte Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und digitale Verfolgung von Oppositionellen muss Europa eine Antwort finden.
- Indes sollte Chinas Unterstützung der WPS-Agenda im Hinblick auf die Rückschritte in der chinesischen Zivilgesellschaft und den Vorwürfen der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang hinterfragt werden.



Tudoran Andrei/Shutterstock.com

Der Konflikt im Südchinesischen Meer

Thomas Eder

Für China bietet sich aufgrund der Handelspolitik der zweiten Trump-Administration im Südchinesischen Meer eine günstige Gelegenheit. Peking versucht, die südostasiatischen Staaten in seine neue Ordnung einzugliedern und von seiner Sicht auf die Spielregeln im Südchinesischen Meer zu überzeugen. Drohen Europa durch voraussichtlich fortgesetzte Spannungen höhere Transportkosten, leidet vor allem der Fischereisektor der Anrainerstaaten als auch die Umwelt im Südchinesischen Meer.

Mit Blick auf die hohen Zölle und den Entwurf der nationalen Verteidigungsstrategie der zweiten Trump-Administration bietet sich China in den Jahren 2025 bis 2029 ein sprichwörtliches „Fenster der Möglichkeiten“ mit Blick auf das Südchinesische Meer. Nach dem „Pivot“ der USA von Europa und dem Nahen Osten in Richtung Indo-Pazifik unter Präsident Barack Obama folgt nun unter Donald Trump der „Pivot“ zum amerikanischen Kontinent, und gar ins eigene Land. Konflikte im Inne-

ren drohen die USA zu paralysieren, während Washingtons Handelskonflikte mit den Staaten Südostasiens die regionale Stimmungslage in Richtung China verschieben. Gleichzeitig sind die USA weiterhin bestrebt, sich in der Machtkonkurrenz mit China durchzusetzen. Insgesamt bleibt ihre eingeschränkte Berechenbarkeit bestehen.

Chinas Möglichkeiten und neue Ansätze

China fokussiert sich im Jahr 2026 auf neue Anreize, um die Staaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) in seine neue Ordnung einzugliedern. Zugleich versucht es, sie von seiner Sicht auf das Südchinesische Meer und dem damit verbundenen angestrebten Verhaltenskodex zu überzeugen. So begab sich Xi Jinping im April 2025 auf Staatsreise nach Vietnam, Malaysia und Kambodscha, um sich unter dem Druck durch US-verhängte Zölle der jeweiligen Beziehungen zu versichern. Im Mai folgte der erste trilaterale Gipfel zwischen China, den ASEAN-Mitgliedsstaaten und den Staaten des Golf-Kooperationsrats (Gulf Cooperation Council, GCC). Im Juni folgte die Erklärung Pekings, sich umfassend für den Beitritt zum transpazifischen Handelsabkommen CPTPP vorbereitet zu haben. Indes trat Indonesien der Staatengruppe BRICS+ bei.

Die ASEAN stellt bereits den wichtigsten Handelspartner Chinas dar, und mit den neuen Anreizen vermittelt Peking, dass Südostasien durch Kooperation mit einem chinesisch geführten „Globalen Süden“ noch deutlich mehr wirtschaftlich und diplomatisch profitieren kann. Mit Blick auf die geänderte US-Politik in dieser Region ein offenbar überzeugendes Argument: Das Handelsvolumen zwischen China und dem ASEAN-Raum wuchs bereits in den ersten acht Monaten des Jahres 2025 um 8,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies half den südostasiatischen Staaten, den einbrechenden Handel mit den USA aufzufangen.

Anhaltender Druck

China verfügt im Südchinesischen Meer über drei „Flotten“: die Marine der Volksbefreiungsarmee (People's Liberation Army Navy, PLAN), die chinesische Küstenwache (Chinese Coast Guard, CCG) und die Maritime Volksmiliz. In ihrer jeweiligen Kategorie handelt es sich um

die jeweils größten Kräfte der Welt, die China das flexible Operieren innerhalb der Grauzone und unterhalb der Schwelle des Militäreinsatzes ermöglichen. Die CCG wird bei Training, Führung und Material umfassend von der Marine unterstützt und verfügt über die größten Küstenwachschiffe der Welt. Wenngleich sich die Maritime Volksmiliz aus zivilen Fischern zusammensetzt, erhalten diese jedoch staatliches Training und Subventionen, auch sind sie in Milizstrukturen eingegliedert. Deren Fischerboote verfügen oft über eine beachtliche Größe, verstärkte Schiffsrümpfe und modernes Kommunikations- und Navigationsequipment sowie Wasserkanonen und angeblich sogar Handfeuerwaffen. Das ermöglicht ihnen, ergänzend Anti-Access- und Area-Denial-Missionen zu erfüllen.

Satellitenaufnahmen zufolge setzte China die Maritime Volksmiliz im Jahr 2024 in Rekordzahl ein. Große diplomatische Zwischenfälle wie etwa im Jahr 2021, als über 200 chinesische Fischerboote beim auch von den Philippinen beanspruchten Whitsun Reef ankerten, blieben jedoch aus. Auch nach wiederholten Zusammenstößen zwischen Schiffen der chinesischen und philippinischen Küstenwachen, die Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten grundverschieden beurteilen, war dies nicht der Fall – anders als etwa beim Zwischenfall am Sabina-Shoal-Atoll im Jahr 2024. Auch der Zusammenstoß zweier chinesischer Schiffe bei der Verfolgung der philippinischen Küstenwache im August 2025 zeigt, dass die Spannungen weiter bestehen, aber größere regionale Folgen bis dato ausgeblieben sind.

Künstliche Inseln, Überfischung und Ernährungssicherheit

Um seine Interessen auch gegenüber diesen chinesischen Flotten zu behaupten, holt Vietnam bei der Errichtung künstlicher Inseln in Hinblick auf die erschlossene Fläche gegenüber China immer weiter auf. Ebenso wie davor China, beschädigt es massiv Korallenriffe, die tausenden Arten Nahrung und Schutz bieten. Auch durch Befischung bedrohter Arten, etwa Riesenmuscheln, werden diese Riffe zerstört. Gleichzeitig überfischen die Anrainerstaaten dieses Fischfanggebiet, das für zwölf Prozent des globalen Fangs aufkommt.

Grund dafür ist eine fehlende Einigung, welche Staaten in welchem Gebiet Fischerei betreiben dürfen. Durch diese Überfischung wird sowohl eine weltweit fast einzigartige maritime Biodiversität als auch die regionale Ernährungssicherheit gefährdet. Laut Klimastudien wird die Erderwärmung auch im Südchinesischen Meer zu weniger produktivem Fischfang führen, was Fischereikonflikte nur weiter anheizen dürfte. Während allerdings der Wert des philippinischen Fischfangs im Südchinesischen Meer bereits stark zurückgegangen ist, wächst der Druck in China aufgrund des rasant steigenden Fisch- und Fleischkonsums, sowie der beschränkten Ackerfläche und wachsenden Importabhängigkeit.

Fazit und Folgen für Europa

Eine nachhaltige Beruhigung der Situation im Südchinesischen Meer ist auch im Jahr 2026 unwahrscheinlich. Grund dafür ist die Uneinigkeit über die Frage, ob ein Verhaltenskodex rechtlich bindend sein soll, wie er unter anderem „Zurückhaltung“ definieren soll und welche Gebiete umstritten sind. Gleichzeitig bestehen für China keine Anreize aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Probleme und den neuen Möglichkeiten vertiefter Beziehungen zu den ASEAN-Staaten, militärische Eskalationen zuzulassen. Wahrscheinlicher ist die Fortsetzung des Drucks auf die Philippinen unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt.

Trotz zahlreicher Zusammenstöße und militärischer Übungen war auch bisher keine Seite daran interessiert, die Handelsschifffahrt durch militärische Eskalation zu beschränken. Dennoch könnten Transportversicherungen das Risiko höher einschätzen und mit Preissteigerungen in geringerem Ausmaß als beispielsweise im Roten Meer reagieren. Schifffahrtsunternehmen geben diese dann an ihre Kundinnen und Kunden weiter. Da die großen europäischen Volkswirtschaften etwa acht bis zwölf Prozent ihres Warenhandels über das Südchinesische Meer abwickeln, sind derartige Kostensteigerungen womöglich für die Inflation relevant. Der Möglichkeit limitierter bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Anrainerstaaten zum Trotz wären kritische Rohstoffe und industrielle Güter weiterhin zugänglich.

Keynotes

- Die zweite Trump-Administration eröffnet China durch hohe Zölle auf südostasiatische Staaten und die Konzentration auf Konflikte im eigenen Land mit Blick auf das Südchinesische Meer eine neue Gelegenheit.
- China versucht durch die Aussicht auf wirtschaftliche und diplomatische Vorteile Südostasien für eine Eingliederung in den von China geführten „Globalen Süden“ zu gewinnen.
- China hält gleichzeitig den Druck im Südchinesischen Meer durch seine drei „Flotten“ – Marine, Küstenwache, Maritime Volksmiliz – aufrecht, ohne die Schwelle von der Grauzone zum militärischen Konflikt zu überschreiten.
- Die Errichtung künstlicher Inseln und Überfischung, nach China auch verstärkt durch Vietnam, zerstört die Korallenriffe und gefährdet die Ernährungssicherheit in der Region.
- Europa wird 2026 nicht durch Konflikte im Südchinesischen Meer von kritischen Rohstoffen und Industriegütern abgeschnitten werden, aber höhere Transportkosten könnten die Inflation erhöhen.



Dmitry Drozd/Shutterstock.com

Russlands flexible Partnerschaften

Netzwerke jenseits westlicher Isolation

Sarah Pagung

Russland verfügt über ein flexibles Netz an Partnerschaften. Dazu zählen enge Verbündete wie Belarus, Nordkorea und der Iran sowie strategische Partner wie China. Diese Beziehungen sichern Handel, militärische Kooperation und Sanktionsumgehung – und stützen eine autoritäre Gegenagenda, die traditionelle Werte betont und das westlich dominierte internationale System herausfordert.

Mit der Vollinvasion in der Ukraine im Jahr 2022 verlor Russland zahlreiche seiner internationalen Partner. Dennoch ist Moskau nicht isoliert, sondern pflegt ein Netz heterogener Beziehungen, geprägt durch transaktionale Logiken. Anstelle eines geschlossenen Bündnissystems verfügt Russland über flexible, interessenbasierte Partnerschaften, die teilweise verknüpft, teilweise parallel bestehen. Ziel ist die Erosion der

US-dominierten Weltordnung, die Sicherung militärischer Kooperation, wachsende Handelsbeziehungen, Sanktionsumgehung und De-Dollarisierung. Partnerschaften mit autoritären Staaten dienen der wechselseitigen Herrschaftsstabilisierung. Neben diesen Zielen wird auch im Jahr 2026 die Sicherung von Ressourcen für den Krieg gegen die Ukraine das maßgebliche Ziel Russlands bleiben.

Diese Partnerschaften variieren in ihrer Intensität. Belarus, Nordkorea und der Iran zählen zu den engsten Verbündeten Russlands, mit jeweils unterschiedlichen Graden der Abhängigkeit. China ist der wichtigste strategische Partner, verfügt jedoch über erheblich größere Machtressourcen, um die Beziehungen eigenständiger gestalten zu können. Dies gilt ebenso für Indien, das zwar nicht das autoritäre Herrschaftssystem teilt, jedoch ebenso interessenbasiert mit Moskau kooperiert.

Autoritäre Gegenagenda

Die Mehrzahl dieser Partner Russlands eint nicht nur ein antiwestliches Narrativ, sondern auch der damit verbundene Widerstand gegen Gleichstellungspolitik, Rechte für LGBTQIA+ oder feministische Bewegungen. Staaten wie der Iran, Belarus, China und Russland betrachten diese sowohl als Bedrohung für vermeintlich traditionelle Werte als auch als Risiko für den Machterhalt.

Die Verbindung der innen- und außenpolitischen Debatte wird auch anhand der Positionierung zur Resolution 1325 mit der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ der Vereinten Nationen deutlich. Russland lehnt zwar sexualisierte Gewalt ab, weigert sich jedoch, deren gesellschaftliche Ursachen zu adressieren, da es dies als Gefahr für das eigene Herrschaftssystem betrachtet. Russland, der Iran und andere autoritäre Staaten vertreten eine reaktionäre globale Gegenagenda, die sie als legitimen Ausdruck kultureller Werte und zugleich als Instrument gegen das westlich dominierte internationale System betrachten.

Russlands strategische Partnerschaften

Im Jahr 2022 vertieften Russland und China ihre „Partnerschaft ohne Grenzen“ mit einem Abkommen, das politische, ideologische und wirt-

schaftliche Rahmenbedingungen festlegt. Die Kooperation umfasst gemeinsame Manöver, Technologietransfer, intensiven Handel und abgestimmte Positionen in internationalen Organisationen. Chinesische Lieferungen von Mikrochips und Maschinenkomponenten sind kriegsentscheidend für Moskau, ebenso die Unterstützung bei der Sanktionsumgehung. Peking agiert jedoch vorsichtig, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa und den USA nicht zu gefährden. Die ökonomische Imbalance zugunsten Chinas verstärkt sich durch den russischen Handelseinbruch mit Europa infolge der Sanktionen. Auch militärisch schließt China auf, profitiert jedoch nach wie vor von der Rüstungskooperation mit Russland. Die chinesischen Kopien russischer Rüstungstechnologie, ebenso wie die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit und die Konkurrenz um Einfluss in Zentralasien, stellen potenzielle Konfliktfelder zwischen Moskau und Peking dar.

Indien und Russland verbindet eine langjährige Kooperation, die seit der Sowjetzeit besteht. Es bleibt ein wesentlicher Abnehmer russischer Rüstungsgüter und russischen Öls und damit eine bedeutende Einnahmequelle. Inwiefern dies auch im Jahr 2026 der Fall sein wird, hängt vor allem von der Zoll- und Sanktionspolitik der USA ab. Die engen Beziehungen Indiens zu Europa und den USA verdeutlichen jedoch, dass die Beziehungen zwischen Moskau und Neu-Delhi vor allem wirtschaftlich motiviert und weniger ideologisch geprägt sind.

Abhängige Verbündete

Unter den engen Verbündeten nimmt Belarus aufgrund seiner Integration in den gemeinsamen Unionsstaat eine Sonderrolle ein. Minsk ist politisch, wirtschaftlich und militärisch von Moskau abhängig, das Belarus als verlängerte Werkbank und vorgeschobene Verteidigungslinie betrachtet. Mit der Stationierung russischer Nuklearwaffen und der Nutzung des belarussischen Territoriums als Aufmarschgebiet für den Krieg gegen die Ukraine schrumpfte der Bewegungsspielraum Minsks weiter. Bereits infolge der Massenproteste gegen den Präsidenten Aleksandr Lukaschenka im Jahr 2020 hatte sich dieser vermindert. Beide Staaten betrachten sich als Teil der Russischen Welt (Russkij Mir) und teilen eine dezidiert antiwestliche Politik.

Im Jahr 2024 unterzeichneten Nordkorea und Russland ein Verteidigungsabkommen mit gegenseitiger Beistandsgarantie. Nordkorea entsendet zudem mehrere tausend Soldatinnen und Soldaten in den Krieg gegen die Ukraine und liefert ballistische Raketen und Artilleriemunition. Während die Partnerschaft für Pjöngjang vor allem ein Weg aus der Isolation und ein Mittel zum Technologietransfer darstellt, dient sie Russland als Entlastung und Ressourcensicherung für den Krieg.

Auch der Iran nimmt mit der Lieferung von Drohnen und Waffensystemen eine zentrale Rolle für Russlands Krieg gegen die Ukraine ein. Teheran ist von einem noch umfassenderen Sanktionsregime als Russland betroffen, was beide zu natürlichen Verbündeten bei der Sanktionsumgehung und in der Abkopplung vom US-Dollar macht. Die Ablehnung des westlich dominierten internationalen Systems und das Feindbild USA prägen das Weltbild beider Staaten. Trotzdem zeigt sich Russland in einigen Bereichen der Partnerschaft, u.a. der Unterstützung des iranischen Atomprogramms und der Lieferung von Rüstungsgütern, zurückhaltend, um die Beziehungen zu anderen Staaten der Region nicht zu gefährden.

Keynotes

- Trotz westlicher Sanktionen nach der russischen Invasion in der Ukraine ist Russland nicht international isoliert, sondern pflegt ein flexibles Netz von Allianzen.
- Während Belarus, Nordkorea und Iran in unterschiedlichem Maße von Russland abhängig sind, bestimmen China und Indien die Spielregeln weitgehend selbst.
- Russland und seine Partner eint eine autoritäre Gegenagenda und ein antiwestliches Narrativ, das „traditionelle Werte“ betont und Gleichstellungspolitiken aktiv bekämpft.
- Kooperationen folgen einer transaktionalen Logik und dienen der pragmatischen Sicherung von Handel, militärischen Ressourcen, Sanktionsumgehung und De-Dollarisierung.
- Russland nutzt seine Beziehungen zur Aufrechterhaltung der eigenen Kriegsfähigkeit, aber auch zum Aufbrechen der westlich dominierten internationalen Ordnung.



Butenkov Aleksei/Shutterstock.com

Indien als Global Player

Heinz Nissel

Indien wird bis 2030 als Big Player im globalen Ranking ökonomisch und militärisch an die dritte Position aufrücken, aber mit großem Abstand zu China und den USA. Schwächer dürften seine politischen Ambitionen greifen, trotz steigender geopolitischer Präsenz. Wird die künftige Weltordnung multipolar oder bipolar sein? Kann Indien seine „strategische Autonomie“ als neue Weltmacht bewahren oder muss es sich einem der beiden Gegner unterordnen?

Im Jahr 2022 feierte Indien 75 Jahre Unabhängigkeit. Tiefer verwurzelt im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung ist der Stolz auf die Einzigartigkeit seiner ca. 4000 Jahre andauernden Zivilisation, Kultur und Tradition. Dieser Exzessionalismus eines indozentrischen Weltbilds, das sich anderen Nationen überlegen fühlt, ist zugleich Ausdruck von Selbstüberschätzung und Triebfeder für Indiens Anspruch auf eine Führungsrolle in der Welt. Offiziell strebt Indien weder in Asien noch weltweit nach der Vorherrschaft, sondern betont das „Recht auf einen angemessenen Platz“ in der internationalen Staatengemeinschaft. Konkret geht es um Anerkennung, Status und Respekt für den eigenen Weg.

Indiens Aufstieg zum Global Player

Indiens Aufstieg gründet vor allem auf der wirtschaftlichen Dynamik. Indien öffnete sich erst 1991 dem Welthandel, blieb aber lange weit hinter der Entwicklung Chinas zurück. Allerdings übertreffen Indiens Wachstumsraten bereits seit 2015 jene Chinas, ausgenommen von der Pandemiephase und wenn auch auf deutlich niedrigerem Ausgangsniveau. Mit einem BIP-Wachstum von 8,2 Prozent im Fiskaljahr 2023/24 und jährlich zu erwartenden Steigerungen von 6 bis 7 Prozent, gilt Indien als die neue Wachstumslokomotive der Welt. Kein anderer Staat der G-20 erreicht solche Wachstumswerte. Nominal liegt Indien mit ca. 4,19 Bio. US-Dollar Wirtschaftsleistung an weltweit fünfter Stelle, mit 14,6 Mrd. US-Dollar nach Kaufkraftparität auf Rang drei. Indien investiert jährlich 130 Mrd. US-Dollar in die Infrastruktur. Es wird erwartet, dass Indien spätestens 2030 Deutschland überholt, dann Japan und bis 2050 ganze 15 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung generiert.

Auch die indische Demografie und sein Militär tragen zu diesem Aufstieg bei. Im April 2023 löste Indien China als bevölkerungsreichstes Land der Erde ab. In Indien leben aktuell etwa 1,46 Mrd. Menschen, in China hingegen etwa 1,42 Mrd. Menschen – das Dreifache aller 27 EU-Mitgliedsstaaten und mehr als auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Die Bevölkerung ist vergleichsweise jung. So liegt das Durchschnittsalter bei 28 Jahren und 41 Prozent der Bevölkerung sind unter 18 Jahren. Aufgrund dieser Altersstruktur bleibt die indische Bevölkerung bis 2050 jung. Das stellt ein „Window of Opportunity“ für die Wirtschaft dar. Nichtsdestotrotz bestehen große Probleme wie „Jobless Growth“ und „Missing Girls“. Prognosen zeigen, dass in Indien bis zum Jahr 2050 1,7 Mrd. Menschen leben werden – in China hingegen bloß 1,35 Mrd. Personen. Der seit 2021 verschobene Zensus soll nunmehr im März des Jahres 2027 erfolgen.

Mit einer Stärke von etwa 1,5 Mio. Soldatinnen und Soldaten rangiert Indien auf Platz 2 hinter China, im Global Firepower Index an vierter Stelle. Mit Rüstungsausgaben in Höhe von 86,1 Mrd. US-Dollar im Jahr 2024 liegt Indien an fünfter Stelle, hinter den USA, China, Russland und Deutschland. Indien ist Nuklearmacht und verfügt mit etwa 180 Sprengköpfen und entsprechenden Trägersystemen über Zweitschlagskapazität. Weiters ist Indien einer der Top-5-Truppensteller der Vereinten Nationen, neben Nepal, Rwanda, Bangladesch und Indonesien.

Geopolitische Ziele

Indische Politikerinnen und Politiker stützten sich im Geiste Gandhis und Nehrus über Jahrzehnte hinweg auf die Prinzipien der Gewaltlosigkeit, der Blockfreiheit und der paktlosen Eigenständigkeit, woher auch der Ruf Indiens als „verhinderte Großmacht“ rührte. Inzwischen setzten sich in Neu-Delhi Vertreterinnen bzw. Vertreter einer Realpolitik durch, die Indiens Rolle in der Welt proaktiv neu zu gestalten suchen. Im Unterschied zu anderen geopolitischen Akteuren wie den USA, China oder Russland verfügt Indien bis heute über kein geopolitisches „Grand Design“. Der „Neighbourhood-First-Policy“ folgend, sind insbesondere erhöhte Anstrengungen gegenüber den Nachbarn in Südasien erkennbar. Diese misstrauen und fürchten jedoch die Macht des Hegemons mehr, als sie ihn schätzen.

Das ungelöste Kardinalproblem ist und bleibt seit der Teilung 1947 das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan. Mit Pakistan wurden drei Kriege und unzählige Konflikte ausgefochten, wie gerade erst im Beinahe-Krieg im Mai 2025. Überwiegend ging es dabei um die Kontrolle über das Territorium Kaschmir. Die „ewige Freundschaft“ zwischen China und Pakistan bedroht indes Indiens Sicherheit durch die Möglichkeit eines Zweifrontenkriegs.

Die tradierte West-Orientierung Indiens wurde im Jahr 1992 um eine „Look-East-Policy“ erweitert. Diese wurde im Jahr 2015 durch eine „Act-East-Policy“ ersetzt, die Kooperationen vor allem mit Japan und den Staaten Südostasiens vorsieht. Indien richtet sich geopolitisch allerdings insgesamt neu aus: vom tradierten „Non-Alignment“ in seiner „Self-Reliance“ zum „Multi-Alignment“ als „Big Player“ in einem polyzentrischen Weltsystem. So profiliert es sich als demokratische Führungsmacht des Globalen Südens gegen China, etwa beim Global South Summit, der Erweiterung auf BRICS+ und beim 18. Gipfel der G20. Dabei nimmt es sehr geschickt eine Vermittlungsposition zwischen dem „Westen“ und dem „Süden“ der Welt ein, dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten für globale Herausforderungen folgend.

Partnerschaften und Konflikte

Indien pflegt eine Vielzahl an Partnerschaften unterschiedlicher Intensität, lehnt aber rechtsverbindliche Bündnisse weiterhin ab. Seit Jahrzehnten besteht eine Freundschaft zu Russland (bzw. bestand zur Sowjetunion), was sich auch etwa in der Stimmenthaltung bei den Resolutionen zur Ukraine niederschlug. Gegenüber den USA wechselten Bewunderung und Ablehnung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mehrmals. Die USA versuchen, Indien als asiatisches Gegengewicht zu China aufzubauen, jedoch ohne dessen Zustimmung. Die jüngst durch die Trump-Administration verhängten Strafzölle in Höhe von 50 Prozent könnten eine Zäsur für die indisch-US-amerikanischen Beziehungen bedeuten. Das macht die Zusammenarbeit mit der EU umso relevanter; zuletzt wurde die Kooperation von beiden Seiten verstärkt.

Besonders schwierig gestaltet sich das Verhältnis zum systemischen Rivalen China. Dieses ist vielschichtig, kompliziert und in den ProblemLAGEN polygonal. Auf globaler, regionaler und lokaler Ebene sind sowohl Konfrontationen und Konflikte als auch Kooperationen erkennbar. Angesichts der Kämpfe um Territorien und Landgrenzen im Himalaya als auch der Rivalität im Indischen Ozean und im Indo-Pazifik kann von einem „Kalten Frieden“ gesprochen werden. Indien ist ein erklärter Gegner des „Seidenstraßen“-Projekts; es betrachtet den Indischen Ozean als Indiens Ozean und strebt nach der Etablierung einer „Pax Indica“ zwischen den Straßen von Hormuz und Malakka. Im Indo-Pazifik wurde der quadrilaterale Sicherheitsdialog zwischen den USA, Japan, Australien und Indien (kurz Quad) wiederbelebt. Dessen Ziel ist die Eindämmung chinesischer Ambitionen.

Innenpolitik

Indiens Innenpolitik wird seit 2014 durch die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) unter ihrem charismatischen Anführer, Premierminister Narendra Modi, dominiert. Er ist sowohl ökonomischer Modernisierer des Landes als auch strenggläubiger Verfechter der Hindutva-Ideologie, der zufolge nur ein Hindu ein „wahrer“ Inder sein könne. Für seine Anhängerinnen und Anhänger ist Modi bereits der „Vishwaguru“ oder „Weltenlenker“.

Die „größte Demokratie der Welt“ steht jedoch unter verstärktem Druck durch autokratische Tendenzen und ausgehöhlte Rechte religiöser, ethnischer und sozialer Minderheiten. Entgegen aller Prognosen verlor die BJP trotz ihrer medialen Propagandaschlacht bei den Parlamentswahlen 2024 die absolute Mehrheit – ein starkes Lebenszeichen der indischen Demokratie.

Ausblick

Am 31. August 2025 betrat Indiens Premierminister Modi zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder chinesisches Territorium. Anlass dafür bot der Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Bei der Begrüßung sagte Chinas Präsident Xi Jinping, dass es nur richtig sei, wenn der „Drache und der Elefant gemeinsam tanzen“ würden. Politisches Tauwetter? Der sprichwörtliche indische Elefant verfügt über ein ausgeprägtes Langzeitgedächtnis und das Motto Narendra Modis lautet: „Let the world know our time has come“.

Keynotes

- Indien ist bereits jetzt das bevölkerungsreichste Land der Erde. Seine Bevölkerung wird bis 2050 vergleichsweise jung bleiben.
- Es ist zu erwarten, dass Indien bis spätestens 2030 zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt wird.
- Geopolitisch wechselte Indien vom „Non-Alignment“ zum „Multi-Alignment“ und strebt nach internationaler Verantwortung.
- Die „größte Demokratie der Welt“ sieht sich als demokratischen Anführer des Globalen Südens und gleichzeitig als Vermittler und Brückenbauer zum „Westen“.



Mister Din/Shutterstock.com

Die Bedrohungslage für Österreichs maritime Lieferketten

Jan Stockbrügger

Maritime Lieferketten bilden das Fundament der Weltwirtschaft. Daher hängen auch Binnenländer wie Österreich stark vom Seehandel ab. Die Erosion der liberalen Weltordnung sorgte jüngst für eine Verschärfung der maritimen Bedrohungslage. Zu den größten Sicherheitsrisiken gehören russische Angriffe auf Handelsschiffe im Schwarzen Meer, die Aktivitäten seiner Schattenflotte in europäischen Gewässern, die iranische Bedrohung von Erdöllieferungen durch die Straße von Hormuz und die Blockade wichtiger Handelsrouten im Roten Meer durch die jemenitischen Houthis. Im Südchinesischen Meer bedrohen Spannungen zwischen China und den USA globale Handelsflüsse. Österreich sollte verstärkt mit seinen europäischen Partnern kooperieren, um die Resilienz seiner Lieferketten zu stärken.

Maritime Lieferketten bilden das Fundament der Weltwirtschaft. Bis zu 80 Prozent des internationalen Waren- und Rohstoffhandels verlaufen über die Weltmeere. Selbst ein Binnenland wie Österreich ist daher tief in maritime Transportketten verstrickt. So ist Österreich nicht nur vom Seehandel mit den USA, Großbritannien und China abhängig, sondern auch von maritimen Rohstoff- und Finanzmärkten, etwa dem globalen Handel mit Erdöl.

Grundsätzlich sind maritime Lieferketten äußerst effizient und können sich rasch auf Störungen im Schiffsverkehr einstellen. Ihre Anpassungsfähigkeit ist jedoch nicht uneingeschränkt vorhanden und mit hohen Kosten verbunden. Beeinträchtigungen im Schiffsverkehr können beispielsweise zu Lieferengpässen und steigenden Transportkosten führen. So schätzen Expertinnen und Experten die gesamtwirtschaftlichen Kosten der nur sechstägigen Schließung des Suezkanals aufgrund eines Schiffsunglücks im Jahr 2021 auf mehrere Milliarden Euro. Anhaltende Störungen im maritimen Handelsnetzwerk können zudem die Inflation anheizen und die Wirtschaft eines Staates nachhaltig destabilisieren – wie die Auswirkungen des Lieferkettenchaos während der COVID-19-Pandemie gezeigt haben.

Verschlechterung der Bedrohungslage

In der Tat hat sich die Bedrohungslage auf den Weltmeeren – und damit auch für Österreich – in den letzten Jahren rapide verschlechtert. Grund hierfür ist die sich verstärkende Erosion der liberalen Weltordnung. Noch vor kurzem herrschte allgemein die Ansicht, dass alle Staaten von offenen Märkten und Handelsrouten profitieren. So unterstützten beispielsweise China, Russland und der Iran europäische und US-amerikanische Bemühungen, die Piraterie vor Somalia zu bekämpfen und den globalen Seehandel vor Angriffen zu schützen.

Heute scheint von diesem Konsens jedoch nicht mehr viel übrig zu sein. Stattdessen instrumentalisieren Staaten maritime Lieferketten zunehmend, um ihre geopolitischen Ziele und Interessen zu verfolgen. Die USA und die EU setzen immer häufiger auf Schiffssanktionen, um ihren Rivalen den Zugang zu globalen Märkten zu erschweren. So wurden in den letzten Jahren hunderte iranische und russische Öltanker sanktionsiert. Iran und Russland wiederum greifen im Gegenzug immer wieder

wichtige Seehandelsrouten an, und China bemüht sich zunehmend um die Kontrolle seiner Handelsrouten.

Russlands maritime Bedrohung

Eine große Gefahr für maritime Lieferketten geht heutzutage vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aus. Zwar ist es der Ukraine gelungen, die russische Blockade seiner Häfen im Schwarzen Meer zu durchbrechen, jedoch bombardiert Russland weiterhin ukrainische Hafenanlagen und Handelsschiffe. Diese Angriffe schaden nicht nur der Ukraine. Die Ukraine ist einer der größten Getreidelieferanten der Welt und die russischen Angriffe haben daher bereits zu hohen Nahrungsmittelpreisen insbesondere in ärmeren Staaten geführt.

Eine weitere Gefahr für maritime Lieferketten geht von Russlands Schattenflotte aus – alte, schlecht gewartete und unzureichend versicherte Öltanker, mit denen der Kreml internationale Sanktionen zu umgehen versucht. Schiffe der Schattenflotte werden verdächtigt, Europas Untersee-Energieinfrastrukturen mutwillig beschädigt zu haben. Es ist zu befürchten, dass Russland die Tanker auch einsetzen könnte, um Schiffsunglücke und Ölkatastrophen in europäischen Gewässern zu verursachen. Außerdem patrouillieren russische Kriegsschiffe vermehrt in der Ostsee, um Tanker der Schattenflotte vor europäischen Sicherheits- und Umweltkontrollen zu schützen. Das Risiko einer Escalation des Konflikts zwischen Russland und der NATO sollte daher nicht unterschätzt werden.

Krisenherde im Roten Meer und im Südchinesischen Meer

Der vielleicht größte Gefahrenherd für den Seehandel befindet sich derzeit jedoch im Roten Meer, wo die vom Iran unterstützte Houthi-Miliz Handelsschiffe aus Protest gegen Israels Krieg im Gazastreifen attackiert. Seit Dezember 2023 wurden bei Raketen- und Drohnenangriffen bereits vier Schiffe versenkt und mehrere Seefahrer getötet. Viele Handelsschiffe umfahren daher diese Region und nehmen stattdessen die längere Route um den afrikanischen Kontinent, was die Handelskosten zwischen Europa und Asien erhöht.

Die Kriege im Nahen Osten gefährden auch immer wieder die Straße von Hormuz, eine lediglich 55 Kilometer weite Meerenge vor der Küste des Irans, durch die knapp ein Fünftel des auf den globalen Märkten gehandelten Öls fließt. So führten die israelisch-US-amerikanischen Luftangriffe gegen den Iran im Juni 2025 zu starken Turbulenzen auf den Ölmarkten und einer rapiden Erhöhung der Energiepreise – insbesondere nachdem der Iran damit drohte, die Straße von Hormuz zu blockieren.

Auch im Südchinesischen Meer nimmt das Kriegsrisiko zu. Mit fast einem Fünftel des globalen Seehandels ist diese Region eines der wichtigsten Zentren internationaler Lieferketten. China hängt stark von diesen Lieferketten ab und bezieht fast seine gesamten Rohölimporte über die angrenzende Meeresenge von Malakka. Peking versucht daher, die USA militärisch aus der Region zu verdrängen, und seinen Anspruch auf Souveränität über Taiwan und Inseln im Südchinesischen Meer auf Kosten der USA und seiner Verbündeten auszubauen. Eine Eskalation der daraus resultierenden Territorialkonflikte und militärischen Spannungen hätte enorme Auswirkungen auf den Seehandel und würde den globalen Wirtschaftskreislauf zerstören.

Handlungsoptionen für Österreich

Als Binnenland ohne Marine verfügt Österreich nur über geringe Möglichkeiten, seine Handelsrouten vor Angriffen zu schützen. Österreich sollte daher in erster Linie mit seinen europäischen Verbündeten zusammenarbeiten, um die Resilienz seiner Lieferketten zu stärken und seine Absatzmärkte und Rohstoffversorger zu diversifizieren. Zudem sollte es versuchen, die Vereinten Nationen und andere Organisationen darin zu unterstützen, die internationale und normenbasierte Zusammenarbeit zum Schutz maritimer Lieferketten zu stärken.

Keynotes

- Österreich ist ein Binnenland, das stark vom Seehandel mit den USA, Großbritannien und China sowie von maritimen Rohstoff- und Finanzmärkten abhängt.
- Die Auflösung der liberalen Weltordnung hat zu einer Verschärfung der Bedrohungslage auf den Weltmeeren geführt.
- Zu den größten maritimen Sicherheitsrisiken zählen derzeit Russlands „Schattenflotte“ und seine Angriffe auf Handelsschiffe im Schwarzen Meer, Irans Bedrohung der Ölhandelsrouten in der Straße von Hormuz sowie die Blockade wichtiger Handelswege im Roten Meer durch die Houthi-Miliz.
- Künftig könnte die größte Gefahr für maritime Lieferketten von einem militärischen Konflikt zwischen China und den USA sowie deren Verbündeten im Südchinesischen Meer ausgehen.
- Österreich sollte gemeinsam mit seinen europäischen Partnern daran arbeiten, die Resilienz seiner Lieferketten zu stärken und die internationale, regelbasierte Zusammenarbeit zum Schutz maritimer Handelsrouten zu fördern.



Zur Gefahr einer neuen Weltwirtschaftskrise

Gabriel Felbermayr

Eine neue Weltwirtschaftskrise liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Ausgelöst werden könnte diese durch explodierende globale Schulden, strukturelle Handelsungleichgewichte, insbesondere zwischen den USA und China, sowie durch eine fehlgeleitete Wirtschaftspolitik – insbesondere Zölle. Das Ganze wird durch den fehlenden politischen Willen, notwendige Strukturreformen umzusetzen, verschärft. Einzig internationale Zusammenarbeit und teilweise schmerzhafte wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen könnten die Lage stabilisieren. Das erscheint derzeit jedoch wenig wahrscheinlich.

Der Goldpreis ist ein verlässlicher Indikator bei Veränderungen von Erwartungshaltungen für die Zukunft. Steigt er, spricht das für wachsende Zukunftsängste. In den letzten 12 Monaten ist der Goldpreis um 54% gestiegen, in den letzten drei Jahren sogar um unglaubliche 150%. Zwar wirft Gold per se keinen eigentlichen Ertrag ab, und es ist

umständlich zu lagern. Aber es bietet den ultimativen sicheren Hafen für die Ersparnisse verunsicherter Menschen.

Es gibt durchaus Gründe, die globale wirtschaftliche Situation mit Sorge zu betrachten. Der zweifellos wichtigste ist der globale Schuldenstand: die Welt ächzt unter einem Schuldenstand von Staaten, Unternehmen und Haushalten, der nach Angaben des Weltwährungsfonds im Jahr 2024 ca. 235 % des weltweiten BIP betrug. Das sind unglaubliche 251000 Mrd. US-Dollar, ca. 31 000 US-Dollar pro Person, bei einem globalen Durchschnittseinkommen von etwa 14 000 US-Dollar. Diese Schuldenberge müssen bedient und regelmäßig refinanziert werden.

Globale Schuldentreiber

Vor allem China und die USA fallen durch extreme Verschuldung auf, wobei China vor allem bei sich selbst in der Kreide steht. Die USA allerdings haben 210 % ihres BIP an Auslandsverbindlichkeiten angehäuft. Darüber hinaus sind viele Entwicklungs- und Schwellenländer ebenfalls heftig überschuldet. Trotz steigender Staatsverschuldung ist die Lage in Europa vergleichsweise tragfähig, da hier die private und unternehmerische Verschuldung nicht so hoch gelegen ist. Allerdings würde Europa von einer globalen Schuldenkrise gleichwohl mitgerissen werden.

Vor allem die USA machen hier Sorgen. Im ersten Quartal 2025 lag deren Leistungsbilanzdefizit bei fast 440 Mrd. US-Dollar, also fast 6 % des BIP. Das zweite Quartal wies zwar ein kleineres Defizit auf, aber die USA generieren seit mittlerweile 200 Quartalen immer weitere Auslandsverbindlichkeiten. Neu ist, dass die USA seit etwa zwei Jahren nicht mehr ausreichend Erträge aus den Auslandsguthaben generieren können, um damit die Kosten der Auslandsverbindlichkeiten auszugleichen. Die Zeiten, in denen die USA der „Venture Capitalist“ der Welt war, der sich zu günstigen Konditionen im Ausland verschuldet, renditenstarke Auslandsinvestments tätigt und daraus positive Leistungsbilanzerträge schöpft, scheinen vorbei. Der Grund dafür sind höhere Zinsen auf dem immer größer werdenden Bestand von Bruttoauslandsschulden.

Die USA müssen also dringend ihren Leistungsbilanzsaldo unter Kontrolle bekommen und hier vor allem das überbordende Defizit im Güterhandel. Man könnte die von US-Präsident Donald Trump verhängten

Zölle in diesem Licht als einen – durchaus verzweifelten – Versuch werten, eine Verbesserung herbeizuführen. Ob dies gelingt ist allerdings fraglich. Jedem Defizit muss logischerweise ein Überschuss eines anderen Staats gegenüberstehen. Im Falle der USA ist hier in erster Linie China zu nennen, das in den letzten Jahren durch eine extrem stark wachsende Industrieproduktion bei gleichzeitig schwacher heimischer Nachfrage große Leistungsbilanzüberschüsse erzeugt. Würden die beiden größten Volkswirtschaften der Welt kooperativ am Abbau der Ungleichgewichte arbeiten, würde die Stabilität der Weltwirtschaft entscheidend profitieren.

Schuldenspirale?

Der Fokus der US-Administration auf Zölle ist fehlgeleitet. Das US-Leistungsbilanzdefizit resultiert vor allem aus dem Umstand, dass die heimische Produktion nicht ausreicht, um den Verbrauch zu decken. In anderen Worten: die USA leben über ihre Verhältnisse. Neue Zölle können dies nicht direkt bekämpfen, und wenn überhaupt, dann nicht ohne erhebliche Verwerfungen. Die USA müssten dafür weniger konsumieren und mehr sparen, um die Lage zu verbessern – sowohl die privaten Haushalte als auch der Staat, der unverändert sehr hohe Budgetdefizite anhäuft. Für einen solchen Schritt scheint es allerdings weder politische noch gesellschaftliche Mehrheiten zu geben. Gäbe es sie, wäre die Korrektur der makroökonomischen Ungleichgewichte mit einer heftigen Rezession verbunden, die wiederum Schockwellen durch die Weltwirtschaft senden würde.

Was würde geschehen, wenn die USA ihre Verschuldung nicht ein-dämmen können? Die Zinslasten in den staatlichen und privaten Haushalten als auch in den Firmen würden weiter steigen. Bei adversen Schocks würden Fragen zur Refinanzierbarkeit der Schuldenberge immer dringender, was wiederum die Zinsen steigen ließe. Die USA sind fast ausschließlich in eigener Währung verschuldet, sodass der Schuldendienst mithilfe der Notenbank immer möglich ist, wenn dies politisch gewünscht wäre. Selbst wenn also kein Zahlungsausfall droht, wäre mit einem starken Anstieg der Inflation zu rechnen. Dieser würde wiederum höhere Zinsen erfordern, um ihn zu bekämpfen. Eine Stellungnahme von Stephen Miran, Vorstandsmitglied der US-Notenbank,

bringt auch einen Zwangsumtausch von US-Schuldverschreibungen zu günstigeren Konditionen ins Spiel.

Die US-Schuldenspirale ist in jedem Fall eine Gefahr für die Weltwirtschaft, vor allem für ihrerseits hoch verschuldete Länder, die ihre staatlichen Aufgaben nicht mehr volumnfänglich zu erfüllen imstande sind. Daraus würde diesen Staaten erhebliche politische Instabilität erwachsen, die zu Konflikten und auch unkontrollierten Wanderungsbewegungen führen kann.

Zoll – Gegenzoll

Auch die Zollpolitik der USA, die eigentlich das Außenhandels- und Budgetdefizit reduzieren soll, birgt große Risiken für die Weltwirtschaft. Den gängigen volkswirtschaftlichen Modellen entsprechend werden die Zölle zwar neben den Konsumentinnen und Konsumenten in den USA zum Teil auch von den Produzenten in den Partnerländern getragen, da diese aufgrund der Zölle eine andere Preispolitik wählen. Handelspartner könnten sich mit Gegenzöllen wehren und so auf Kosten der US-Produzenten Steuereinnahmen generieren. Durch eine solche Eskalation würden sich die angegriffenen Staaten zwar besserstellen, aber die globalen ökonomischen Turbulenzen würden verstärkt.

Es ist daher nicht selbstverständlich, dass die meisten Staaten auf Gegenmaßnahmen verzichtet haben. Diese Strategie sollte es den USA erleichtern, auf die eigentlich verfehlte Zollpolitik wieder zu verzichten, wenn sich die Nachteile deutlicher zeigen. Um die globale Schuldenproblematik und die makroökonomischen Ungleichgewichte wirksam zu adressieren, bräuchte es ein globales Übereinkommen. Dieses müsste vermutlich unter anderem die Konvertibilität des chinesischen Renminbis beinhalten – ein Schritt, den zu akzeptieren sowohl Peking als auch Washington schwerfallen würde. Bleiben die großen globalen Ungleichgewichte unverändert bestehen, sorgt dies allerdings dauerhaft für wirtschaftliche Verwerfungen. Damit verbunden sind auch immer sicherheitspolitische Risiken.

Keynotes

- Der massive Anstieg des Goldpreises signalisiert ein wachsendes Misstrauen in die Stabilität der Weltwirtschaft. Trotz fehlender Erträge dient Gold als sicherer Hafen in Krisenzeiten.
- Die globale Verschuldung erreicht gefährliche Ausmaße. Mit weltweit 235% des globalen BIP und über 250 Bio. US-Dollar Schulden drohen Refinanzierungsprobleme, insbesondere für Staaten mit schwacher wirtschaftlicher Basis.
- Hohe Leistungsbilanzdefizite, wachsende Auslandsverbindlichkeiten und fehlende politische Bereitschaft zur Konsolidierung verschärfen die US-Schuldenpirale, was potenziell globale Folgen hat.
- Zölle stellen keine nachhaltige Lösung für das US-Handelsdefizit dar. Die US-Zollpolitik adressiert nicht die strukturellen Ursachen des Defizits und gefährdet stattdessen die Stabilität des Welthandels. So wird die Wahrscheinlichkeit wirtschaftlicher Eskalationen erhöht.
- Nur internationale Kooperation und globale Abkommen – etwa zur Konvertibilität des Renminbis – können systemische Risiken entschärfen. Bleiben Strukturprobleme bestehen, drohen langfristig wirtschaftliche und geopolitische Krisen.



Faraways/Shutterstock.com

Militarisierte Meere

Europas maritime Verwundbarkeit

Michael Zinkanell

Etwa 70 Prozent der Erdoberfläche sind von Meeren bedeckt und mehr als 80 Prozent des internationalen Warenverkehrs erfolgt über Seewege. Die Ozeane sind weit mehr als geografische Räume; sie bilden das Rückgrat der globalen Wirtschaft und sind von elementarer Bedeutung für globale Lieferketten, Datentransfers, Energieversorgung und Handelsströme. Ihre Sicherheit ist daher untrennbar mit globalem Wohlstand und politischer Stabilität verbunden. Die geopolitische und geoökonomische Relevanz der Weltmeere darf daher auch von Binnenstaaten wie Österreich keinesfalls unterschätzt werden.

Die völkerrechtlich geregelte Nutzung und Bewirtschaftung der Meere sowie die Freiheit und Sicherheit der Schifffahrt beruhen maßgeblich auf dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), das den zentralen Rahmen der globalen maritimen Ordnung bildet. Die

gehemmte Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit der UN und zunehmende geopolitische Spannungen stellen bestehende Normen und Rechtsprinzipien der regelbasierten Weltordnung allerdings regelrecht auf die Zerreißprobe. Die Erosion dieser regelbasierten Ordnung drückt sich im Bereich des Seerechts besonders prekär in der Verschiebung maritimer Grenzen, der Störung von Navigationssystemen, der Sabotage kritischer Infrastruktur und der wachsenden Militarisierung ziviler Schifffahrt aus. Dadurch werden die maritimen Lebensadern globaler Lieferketten und Konnektivität nicht nur zum Raum wirtschaftlicher Konkurrenz, sondern zunehmend auch zum Schauplatz strategischer Konfrontation unter Einsatz konventioneller und unkonventioneller Mittel.

Maritime Verwundbarkeiten

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 haben sich maritime Verwundbarkeiten der EU-Mitgliedsstaaten vor allem in der Ostsee zunehmend intensiviert. Dort mehren sich hybride Angriffe auf kritische Infrastrukturen, insbesondere Unterwasser-Strom- und Datenkabel sowie Gaspipelines. In den meisten dokumentierten Fällen handelte es sich dabei um physische Sabotageakte, die bewusst auf eine Beeinträchtigung bzw. Zerstörung der europäischen Energie- und Kommunikationsnetze abzielten. Neben submarinen Versorgungslinien sind küstennahe kritische Infrastrukturen besonders exponiert, z.B. Übertragungsnetze etwa von Windparks und Hafenanlagen. Deren Störung kann erhebliche sicherheits- und wirtschaftspolitische Folgewirkungen für die gesamte EU nach sich ziehen.

Sabotageakte

Maritime Sabotageakte werden häufig bewusst als Unfälle getarnt, um Attribution und forensische Aufklärung zu beeinträchtigen, was die Entwicklung von Schutzmaßnahmen zusätzlich erschwert. Zu den gebräuchlichsten physischen Taktiken gehören u.a. das Schleifen von Ankern oder Ketten über den Meeresboden, um Kabel oder Leitungen gezielt zu beschädigen. Hinzu kommen Sprengstoffanschläge durch platzierte Sprengladungen an Pipelines oder Kabeln, der Einsatz unbemannter maritimer Systeme sowohl über als auch unter Wasser, sowie die Verlegung von Seeminen.

Zu den folgenschwersten und bekanntesten Fällen physischer Beschädigungen maritimer Infrastruktur zählt der Sprengstoffanschlag auf die Nord-Stream-Pipelines im Jahr 2022, der als Zäsur in der Wahrnehmung maritimer Verwundbarkeiten Europas gilt. Im Jahr 2023 kam es dann in der Ostsee zum sogenannten „Balticconnector“-Vorfall, bei dem sowohl eine Gasleitung als auch mindestens ein Telekommunikationskabel beschädigt wurden. Im Zentrum dieses Vorfalls, der aufgrund der grob fahrlässigen Anker- bzw. Schleppspur-Beschädigung als vorsätzliche Sabotage eingestuft wurde, stand das unter der Flagge Hongkongs fahrende Containerschiff „Newnew Polar Bear“.

Auch im November 2024 wurden mit der „BCS East-West Interlink“ zwischen Litauen und Schweden und der „C-Lion1“-Verbindung zwischen Finnland und Deutschland zwei weitere Unterseekabel in der Ostsee nahezu zeitgleich beschädigt. Beide Fälle lösten Untersuchungen aufgrund von Spionageverdacht aus, nachdem sich Hinweise auf externe physische Einwirkung verdichtet hatten. Im Fokus der Ermittlungen: das chinesische Frachtschiff „Yi Peng 3“. Ebenfalls Ende des Jahres 2024 wurde das Hochspannungs-Seekabel „Estlink 2“, das Finnland und Estland verbindet, erheblich beschädigt. Als Ursache wird der Anker des russischen Tankers „Eagle S“ vermutet, der über eine Strecke von rund 100 Kilometern über den Meeresboden geschliffen wurde. Dieser Vorfall führte zu einer zeitweisen Unterbrechung der Stromverbindung zwischen beiden Staaten.

Hybride Bedrohungsformen

Diese aufeinanderfolgenden Ereignisse verdeutlichen eine systematische Verwundbarkeit europäischer maritimer Infrastruktur und lassen auf ein Muster gezielter physischer Eingriffe schließen, das zunehmend hybride Bedrohungsformen annimmt. Neben physischen Angriffen zeigt sich diese schädliche Einflussnahme zunehmend auch in systematischer Aufklärung und Überwachung maritimer Infrastrukturen, die in Zukunft als Grundlage für potenzielle Sabotageakte dienen können. Häufig werden hierfür Forschungsschiffe eingesetzt, die unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Vermessungen detaillierte Kartierungen vornehmen, optische und akustische Aufnahmen machen sowie Positionsdaten erheben.

Parallel dazu steigt der Einsatz unbemannter Unterwasserfahrzeuge und Tauchroboter die Effektivität und Effizienz der Aufklärung. Diese können Geolokationen verifizieren, Kabel und Anlagen inspizieren und manipulative Werkzeuge platzieren. Außerdem wird durch das Positionieren von Sensoren die Langzeitüberwachungen von U-Boot- und Schiffsbewegungen ermöglicht, die für die Angriffsplanung und Ausnutzung von Schwachstellen förderlich sind.

Als ausführende Kraft jener physischen Angriffe und gezielten Spionageoperationen tritt vermehrt die sogenannte Schattenflotte in Erscheinung. Dabei handelt es sich um ein verschleiertes Netzwerk an meist älteren, schlecht gewarteten, nicht registrierten oder umgeflaggten Schiffen, zu meist Tankern. Mit diesen Schiffen ist es möglich, internationale Kontrollsysteme zu umgehen. Während im Jahr 2022 weltweit noch rund 200 Schiffe in diese Kategorie fielen, ist die Zahl bis 2025 auf mehr als 1000 angestiegen, was Schätzungen zufolge knapp 20 Prozent aller Öltanker ausmacht. Ungefähr die Hälfte aller Schiffe der Schattenflotte werden von Russland betrieben, gefolgt vom Iran, Venezuela und Nordkorea. Es ist evident, dass diese Schiffe nicht nur gegen internationales Regelwerk verstößen, sondern auch ein zunehmendes Risiko für europäische Sicherheit und Wohlstand darstellen.

Ausblick

Die Sicherheit des maritimen Raums in europäischen Gewässern kann längst nicht mehr als gegeben betrachtet werden. Angriffe und Einflussoperationen im Spektrum hybrider Bedrohungen richten sich zunehmend gegen maritime Ziele oder beinhalten Elemente, die zur schlechrenden Militarisierung der Schifffahrt beitragen. Auch Drohensichtungen über dänischen Flughäfen deuten auf eine potenzielle maritime Komponente hin, da die Systeme möglicherweise von Schiffen aus gestartet wurden.

Solche Entwicklungen unterstreichen die zunehmende Verwischung operativer Grenzen und die wachsende Verwundbarkeit kritischer Infrastrukturen gegenüber schwer lokalisierbaren hybriden Angriffen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind demnach gefordert, ihre maritimen Überwachungs- und Abwehrfähigkeiten sowie Frühwarnsysteme aus-

zubauen, als auch umfassende Resilienzstrategien zu entwickeln, die militärische, zivile und technologische Maßnahmen integrieren.

Keynotes

- Die zunehmende Militarisierung der Meere bedroht globale Handelsrouten, Datenströme und Energieversorgung und untergräbt die regelbasierte internationale maritime Ordnung.
- Hybride Angriffe auf maritime Infrastruktur, insbesondere in der Ostsee, nehmen seit 2022 stark zu und zielen auf die Sabotage von Energie- und Kommunikationsnetzen ab.
- Sabotageakte wie bei „Nord Stream“, „Balticconnector“ oder „Estlink 2“ zeigen ein Muster systematischer physischer Eingriffe und gezielter Verschleierungstaktiken.
- Die Nutzung unbemannter Systeme, Forschungsschiffe und die Ausbreitung der „Schattenflotte“ verstärken Überwachung, Spionage und Manipulation maritimer Anlagen.
- Europas maritime Sicherheit ist massiv gefährdet, weshalb die EU ihre Überwachungs-, Abwehr- und Resilienzfähigkeiten dringend ausbauen muss.



Geopolitik in der Arktis

Von Kooperation zu Konflikt

Kristina Spohr

Die Arktis ist zum geopolitischen Brennpunkt geworden, in dem Klimawandel, Ressourceninteressen und Machtpolitik aufeinandertreffen. Der frühere Geist multilateraler Kooperation ist seit Russlands Angriffskrieg und Chinas wachsenden Ambitionen einer „polaren Seidenstraße“ verloren gegangen. Russland remilitarisiert, China drängt mit Investitionen und Forschung in den Norden, und die NATO reagiert mit verstärkter Präsenz, Überwachung und Ver- teidigungsstrategien. Die Region gilt nun als strategischer Schau- platz globaler Rivalität und sicherheitspolitischer Neuordnung.

„Verlieren wir die Arktis, verlieren wir die gesamte Welt“, bemerkte der damalige finnische Präsident Sauli Niinistö im Jahr 2017. Was er meinte, war offensichtlich: der Klimawandel, im nördlichen Teil des Globus vier bis sieben Mal schwerwiegender als überall anders, wird die gesamte Menschheit betreffen. Die Menschheit allerdings bleibt in Staaten ge-

teilt, die in der neuen multipolaren Weltordnung zunehmend konkurrierende Interessen verfolgen. Dies wiederum resultiert in einer intensiven Rivalität um die natürlichen Ressourcen dieser Region.

Die Beziehungen zwischen den acht Arktis-Anrainerstaaten sind zurzeit weniger harmonisch als zu jedem beliebigen anderen Zeitpunkt seit dem Ende des Kalten Krieges. Neben Russland, den USA, Kanada, Dänemark, Island, Norwegen, Schweden und Finnland drängen auch exogene Akteure in Richtung Norden. Insbesondere China unter seinem Präsidenten Xi Jinping ist hier zu erwähnen. Vor dem Hintergrund seiner engen ökonomischen und militärischen Partnerschaft mit dem Kreml, fordert Peking die US-geführte Weltordnung zunehmend heraus, was in der Region bestehende Unsicherheiten vertieft.

In den vergangenen Jahren war ein starker Anstieg an militärischen Investitionen und strategischem Wettbewerb in der gesamten Region zu beobachten. Das Resultat: der genuin kollaborative Geist, der zur Gründung des Arktischen Rats im Jahr 1996 führte, wird nun negiert.

Ein Blick in die Vergangenheit

Die Arktis wurde zuerst von politischen Anführern in weit entfernten Hauptstädten kartografiert – und dann beansprucht, kontrolliert und militarisiert. Der ursprüngliche Wettkampf um die Suche nach nördlichen Seewegen, die den Atlantik mit dem Pazifik verbinden, wurde zu einem regelrechten Goldrausch um die Güter der Region: Felle, Tran, Fisch, fossile Brennstoffe, Edelmetalle und Mineralien. Auf die Händlerinnen und Händler folgte eine Welle von Siedlerinnen und Siedlern, die feste Grenzen absteckten. Im Zuge dieses Prozesses wurden die halbnomadischen Ureinwohner dieser Region zu glücklosen Opfern der gewalttamen Raubgierigkeit der ausländischen Eindringlinge.

Erachteten die Großmächte die Arktis einst als peripher, nahm die Region einen essenziellen Platz im großen Spiel der nuklearen Abschreckung während des Kalten Krieges ein. Mit wachsender Sorge um den Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung und wissenschaftliche Kollaboration wurde die Arktis nur noch relevanter. Sie wurde zu einer Spezialzone sowohl für internationale politische Kooperation als auch für die zunehmend effektive Durchsetzung indigener Rechte.

Die Auflösung des „arktischen Exzeptionalismus“

Trotz massiver Machtgefälle, politisch-ideologischer Divergenzen und konkurrierender Interessen der acht Arktis-Anrainerstaaten bestand von Beginn der 1990er-Jahre bis zu Beginn der aktuellen Dekade ein multilaterales Einverständnis auf allen Ebenen – lokal, regional und national. Diese Kooperation, die ausdrücklich Verteidigungs- und Sicherheitsfragen außen vor ließ, wurde sowohl durch intergouvernementale als auch transnationale Nicht-Regierungs-Kooperation vermittelt. In der Arktis bestand das geteilte Bekenntnis zum Frieden und zum fortgesetzten Dialog im Vordergrund. Es gelang dem Arktischen Rat, diese fruchtbare regionale Kooperation vor negativen globalen Dynamiken abzuschirmen.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hing dieses Kennzeichen des „arktischen Exzeptionalismus“ am sprichwörtlichen seidenen Faden – wenn sie nicht gänzlich ausgesetzt wurden. Nicht zu vergessen, die Obsession des US-Präsidenten Trump mit den Seltenen Erden Grönlands hat das wechselseitige Vertrauen und den Eindruck der Zuverlässigkeit unter den sieben „westlichen“ Arktis-Anrainerstaaten noch weiter unterminiert. Der „arktische Exzeptionalismus“ ist vorbei. Der offensichtlichste Grund ist das Verhalten von US-Präsident Trump und des russischen Präsidenten Vladimir Putin, allerdings verbergen sich tiefergehende Entwicklungen hinter deren Handlungen.

Russische Re-Militarisierung

Russland, der bei weitem größte Arktis-Anrainerstaat, begann in den späten 2000er-Jahren seine nördlichsten Regionen zu militarisieren. Dies war ein Teil von Präsident Putins Versuch, Russland wieder als Großmacht zu etablieren. Er nutzte das Paradigma des „arktischen Exzeptionalismus“ systematisch als Deckmantel, um den Westen auszumanövrieren. Während er einen relativen militärischen Vorteil in der Region zu erreichen versuchte, hoffte er gleichzeitig, den militärischen Aufbau des Westens zu begrenzen. Seit dem Jahr 2008 reaktivierte der Kreml über 50 ehemalige sowjetische Arktis-Basen und baute gleichzeitig seine Nordflotte wieder auf, errichtete Flugfelder und stationierte fortgeschrittene Raketen und Verteidigungssysteme an strategischen Punkten nahe der Polarregion.

Regionale Zusammenarbeit und Energiepolitik

Die kleinen nordischen Nachbarn setzten zunächst auf leise Diplomatie anstelle von Konfrontation. Sie versuchten, Spannungen zu minimieren und möglichst neutral aufzutreten, während sie gleichzeitig Handel und das kollaborative Umfeld zum wechselseitigen Vorteil aufrecht-erhielten. Sie halfen Russland ebenfalls dabei, Zugang zu internationa- len Forschungsprojekten und westlichen Geldmitteln zu erhalten, um sowohl die Infrastruktur in der Arktis als auch die dortigen Lebensbe- dingungen zu verbessern.

Diese regionale Kooperation stellte einen regelrechten Katalysator für den Energiesektor dar, indem der Eindruck einer stabilen Umgebung für Investitionen geschaffen wurde. Ausländisches Kapital floss in staatli- che Mega-Projekte in der Arktis, beispielsweise in Novateks Hafen Sa- betta oder Gazproms Gasabbau auf der Jamal-Halbinsel. Russland war es dadurch möglich, seine Position als Energie-Supermacht aufrecht zu erhalten. Dies ist auch im Zusammenhang mit der Nutzung seiner Ener- gielieferungen als Waffe gegen den Westen, z.B. gegen Deutschland, zu sehen. Die Hoffnung, Interdependenz als politischen Stabilitätsfak- tor zu nutzen, wurde spätestens im Jahr 2022 zunichte gemacht, als Putin den Westen kollektiv als „strategischen Feind“ bezeichnete.

Der China-Faktor

Die Volksrepublik China indes offenbarte ihre eigenen nördlichen Am- bitionen und proklamierte sich selbst zu einem „arktisnahen Staat“, be- vor es sein Projekt der „polaren Seidenstraße“ präsentierte. Seit 2013 ist China ein Beobachterstaat des Arktischen Rats. Peking hat zudem versucht, die Regierungsstrukturen in der Arktis in seinem Interesse zu gestalten, indem es für die „Internationalisierung“ der Region eintrat. Ende August 2022 warnte der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg vor der Bedrohung der regionalen Sicherheit durch Pekings Vorhaben in der Arktis. Er unterstrich, dass China Milliarden in Dual- Use-Energieinfrastruktur und wissenschaftliche Forschungsprojekte steckte, während es gleichzeitig den Bau der weltgrößten Eisbrecher- Flotte plante. Aus NATO-Perspektive ist noch schlimmer, dass Peking und Moskau vereinbart hatten, ihre praktische Kooperation in der Ark-

tis zu intensivieren – unmittelbar bevor Putin seinen Krieg gegen die Ukraine begann.

Pekings wachsender Einfluss wird in der chinesischen Handelsschiff-fahrt entlang der Nordseeroute ersichtlich, zusätzlich zu seinen Investitionen in Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar zur Verbesserung der Hafeninfrastruktur von Archangelsk. Er manifestiert sich ebenfalls in zunehmend großen, gemeinsamen chinesisch-russischen Militärübungen und der Kooperation zwischen deren beiden Küstenwachen in der Beringstraße und der Tschuktschensee. In der Arktisregion sind wirtschaftliche Staatsführung und Sicherheitspolitik offensichtlich zunehmend verstrickt.

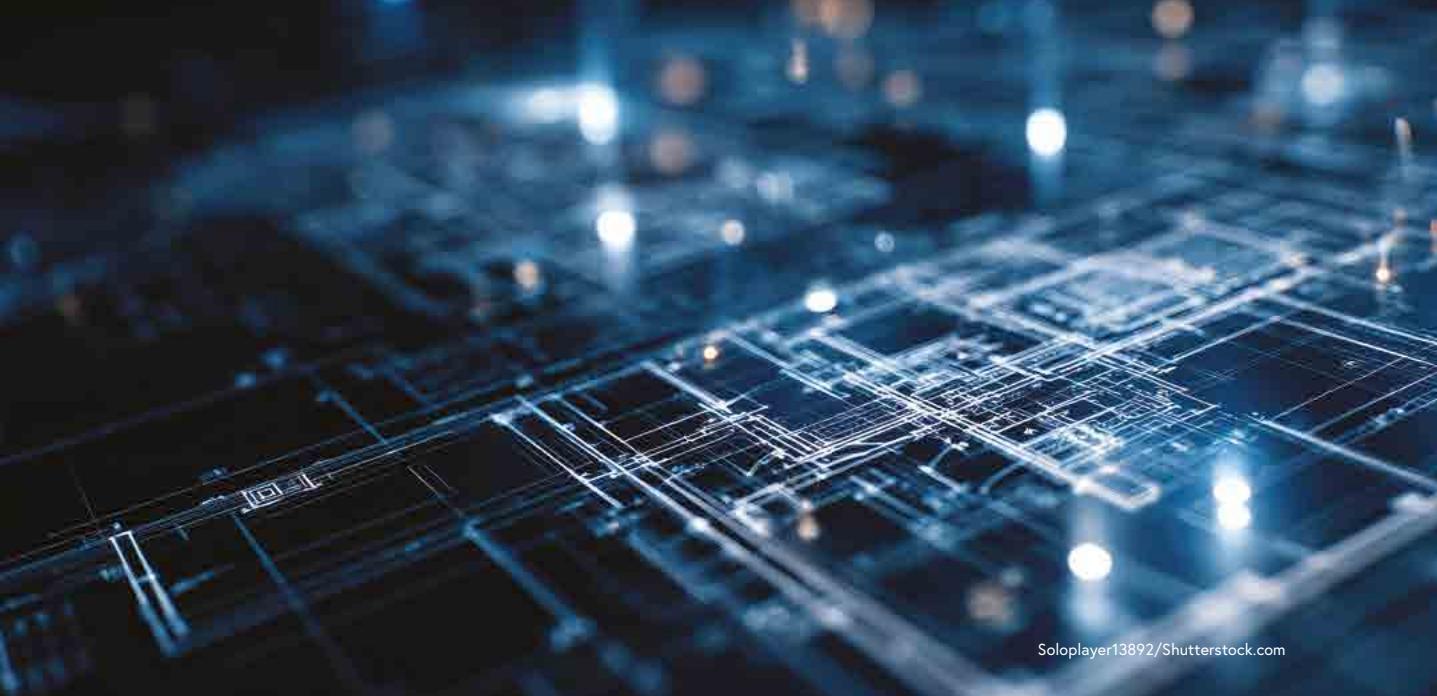
Die Antwort der NATO

Seit Finnlands und Schwedens Beitritt zur NATO nach Beginn der russischen Vollinvasion in der Ukraine hat die Allianz ihre Arktisstrategie rekalibriert. Das Ziel: militärische Fähigkeiten durch zunehmende Übungen und Überwachungstätigkeit erhöhen, Partnerschaften stärken und kritische Infrastrukturen wie Unterseekabel und Handelsrouten sichern. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der zunehmend feindlich gesinnten strategischen Landschaft und den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels, einschließlich immer längerer Perioden eisfreien Wassers in der Arktis. Die NATO-Mitgliedsstaaten verstehen, dass in diesem Fall Präsenz gleichbedeutend mit Souveränität ist.

In gleicher Weise kündigte das US-Verteidigungsministerium im Jahr 2024 einen 4,1 Mrd. US-Dollar schweren Plan an, um die US-Sicherheit durch eine gestiegene Präsenz in der Arktis zu erhöhen. Im Jahr 2025 stellte Dänemark ein Investitionsprogramm für seine Marine in Höhe von 614 Mio. US-Dollar vor. Gleichzeitig entwickelt die NATO fortschrittliche Drohnen- und Satellitentechnologie, um die „grauen Zonen“ in der Arktis zu überwachen. Um „Stabilität zu wahren, die Freiheit der Schiff-fahrt zu gewährleisten“ und sicherzustellen, dass die zirkumpolare Region – ihr Land, ihre Gewässer und ihre natürlichen Ressourcen – weiterhin „vom Völkerrecht geregelt“ bleibt, ist die Verteidigung der Arktis nun zu einem erklärten strategischen Imperativ der NATO geworden.

Keynotes

- Der Klimawandel wirkt in der Arktis vier- bis siebenmal stärker als im globalen Durchschnitt und verschärft geopolitische Rivalitäten um Ressourcen.
- Das frühere kooperative Klima des Arktischen Rats ist seit Russlands Angriffskrieg und wachsender Großmachtrivalität zerbrochen.
- Russland betreibt seit den 2000er-Jahren eine massive Remilitarisierung seiner arktischen Gebiete und nutzt Energiepolitik als geopolitisches Druckmittel.
- China hat sich zum „arktisnahen Staat“ erklärt, verfolgt mit der „polaren Seidenstraße“ wirtschaftliche und strategische Interessen und intensiviert die Kooperation mit Russland.
- Die wachsende Verflechtung von Wirtschaft, Forschung und Sicherheitspolitik erhöht die strategische Bedeutung der Region.
- Die NATO hat ihre Arktisstrategie nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens neu ausgerichtet, mit Fokus auf Abschreckung, Überwachung und Schutz kritischer Infrastruktur.
- Die Verteidigung der Arktis gilt nun als strategischer Imperativ der NATO, um Stabilität, freie Schifffahrt und Völkerrechtsordnung zu sichern.



Soloplayer13892/Shutterstock.com

Big Tech als Machtfaktor

Risiken für Staat und Sicherheit

Johannes Späth

Der zunehmende Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in staatlichen Strukturen, insbesondere in den USA, führt zu einer wachsenden Machtverschiebung von Regierungen zu privaten Technologiekonzernen. Schleichend entsteht eine strukturelle Abhängigkeit, die politische Entscheidungsprozesse und Datenkontrolle maßgeblich beeinflusst. Durch den transatlantischen Deregulierungsdruck bedeutet das für Europa eine doppelte Verwundbarkeit. Einerseits die Abhängigkeit von US-Anbietern, andererseits der Import algorithmischer Verzerrungen, die gesellschaftliche Spaltungen und Menschenrechtsprobleme verschärfen können.

Im Jahr 2025 sind Regierungen weltweit von vereinzelten Pilotprojekten zu groß angelegten Experimenten mit Künstlicher Intelligenz in der Regierungsarbeit übergegangen. Dies spiegelt die wachsende Rolle algorithmischer Systeme in zentralen Staatsfunktionen wider. Insbesondere

die USA haben während der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps ihre Haltung gegenüber Big Tech geändert. Setzte die Regierung von US-Präsident Joe Biden auf das Kartellrecht und regulatorische Schutzmaßnahmen, forciert die Trump-Administration die Deregulierung der Branche und die rasche Einführung von KI in allen Bundesbehörden. So schloss etwa die General Services Administration Verträge mit den KI-Unternehmen Anthropic und OpenAI, um allen Behörden führende KI-Modelle zum symbolischen Preis von einem Dollar pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Dabei handelt es sich um ein unmissverständliches Signal für das Bestreben der Branche, sich im Governance-Bereich zu etablieren.

Am deutlichsten sichtbar ist der Einsatz von KI im jüngst umbenannten Kriegsministerium und im Ministerium für Innere Sicherheit („Homeland Security“), die Aufträge in Milliardenhöhe für die Entwicklung von Protopyten „agentischer KI“ vergeben haben. Diese Systeme bilden bereits die Grundlage für Nachrichtenanalyse, automatisierte Überwachung, Profilerstellung im Migrationsbereich, Schlachtfeldanalysen sowie zunehmend auch für die Bewertung und Gewichtung diplomatischer und militärischer Handlungsoptionen. Somit ist Big Tech nicht mehr ausschließlich als Auftragnehmer zu sehen, sondern als struktureller Bestandteil der Entscheidungsfindung in den USA – ein Trend, der sich im Jahr 2026 voraussichtlich noch verstärken wird.

Daten-Macht

Diese Verflechtung schafft potenziell Abhängigkeiten und deutet auf eine schleichende Machtverschiebung von Staaten zu privaten Akteuren hin. Sobald Regierungsabläufe auf proprietären Systemen basieren, wird ein Wechsel problematisch: Die Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Neuformatierung von Daten und die Neugestaltung von Prozessen stellen gewaltige Hindernisse dar. Eingespeiste sensible Informationen binden Institutionen noch stärker an ihre Anbieter.

KI-Modelle bleiben das Eigentum privater Unternehmen, wodurch diese über die Kontrolle von Software-Updates und grundlegende Designentscheidungen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung nehmen können. Werden Algorithmen zur primären Schnittstelle für die Analyse von Handlungsoptionen und die Festlegung von Prioritäten, bestimmen diejenigen, die sie kontrollieren, die Grenzen der politischen Entschei-

dung. Hier zeichnet sich nicht nur ein neues Governance-Instrument ab, sondern eine vorgelagerte Machtebene: die Macht der Daten. Eine (infra-)strukturelle Kraft, die prädeterminiert, was Staaten als rational, möglich oder relevant empfinden, und die auf dem Weg ist, traditionellen Formen politischer Autorität Konkurrenz zu machen.

Das aktuelle politische Klima scheint dieses Risiko noch zu verstärken. Der Fokus auf Geschwindigkeit, um mit China im technologischen Bereich konkurrieren zu können, führt in Verbindung mit einer allgemein optimistischen Haltung gegenüber Technologie zu Entscheidungen, den Erwerb unmittelbarer Kapazitäten der strategischen Autonomie vorzuziehen.

Implikationen für Europa

Die Entwicklungen in den USA stellen Europa vor unmittelbare Herausforderungen. Die Big-Tech-freundliche Politik Washingtons führt dazu, dass EU-Vorschriften wie der AI Act oder der Digital Markets Act (DMA) zunehmend als feindselige Maßnahmen gegen US-amerikanische „nationale Champions“ angesehen werden. Trumps Vergeltungsdrohungen unterstreichen, wie sehr Unternehmensinteressen zu Instrumenten und Inhalten geopolitischen Drucks mutiert sind. Der weltweite Export US-amerikanischer KI-Systeme wurde zudem als strategische Priorität deklariert. Die USA drängen Partnerstaaten dazu, US-Modelle zu übernehmen, während regulatorische Abweichungen minimiert werden sollen.

Aufgrund seiner eklatanten digitalen Abhängigkeit gegenüber den USA befindet sich Europa gegenüber diesen Machtprojektionen in einer schlechten Verhandlungsposition. Etwa 85 Prozent der Produktivitätssoftware europäischer Regierungen wird vom US-Unternehmen Microsoft gestellt, während kritische Infrastrukturen – einschließlich der militärischen Kommunikation – auf US-Cloud-Dienste angewiesen sind. Österreich und andere kleinere EU-Mitgliedsstaaten sind besonders anfällig für einseitige Technologieabschaltungen oder Zwangsmaßnahmen.

Darüber hinaus importiert Europa mit US-amerikanischer KI und US-basierten Social-Media-Plattformen auch deren algorithmische Verzerrungen. KI-Modelle spiegeln unweigerlich sowohl die Vorurteile wider, die in ihren Trainingsdaten verankert sind, als auch die Designentscheidungen ihrer Entwicklerinnen und Entwickler. Bei verstärktem Einsatz

würden diese auch die europäische Regierungsführung beeinflussen. Interessensunterschiede zwischen US-Technologieunternehmen und europäischen Regierungen gäbe es durchaus. Solche Unternehmen bevorzugen oft maximale Meinungsfreiheit auf Kosten der Regulierung von Hassreden oder diskriminierenden Inhalten, während europäische Normen einen stärkeren Schwerpunkt auf den Schutz vulnerable Gruppen legen.

Kritisch dabei ist, dass systematische Diskriminierungen und polarisierte Meinungsbilder durch algorithmische Verzerrungen nicht nur ein Menschenrechtsproblem darstellen. Sie bergen das Risiko, als strategisches Instrument hybrider Kriegsführung genutzt zu werden, indem sie gezielt gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und das Vertrauen in staatliche Institutionen untergraben. Europa ist somit durch technologische Abhängigkeit von US-Anbietern sowie den Import algorithmischer Verzerrungen doppelt verwundbar.

Wege aus der Souveränitätsfalle

Um diesen Anfälligkeiten und Abhängigkeiten zu begegnen, sind gezielte Investitionen in die digitale Souveränität Europas erforderlich. Europa muss seine eigene KI- und Cloud-Industrie ausbauen, unabhängige Rechenzentren stärken und Open-Source-Alternativen erweitern, um die Abhängigkeit von US-Anbietern zu verringern. Entscheidungen, wie jene Dänemarks oder auch des Österreichischen Bundesheeres, digitale Systeme von Microsoft auf Open-Source-Infrastrukturen umzustellen, zeigen mögliche Wege auf. Gerade für kleinere EU-Staaten, darunter auch Österreich, sind solche Initiativen nicht optional, sondern unerlässlich, um demokratische Autonomie und Sicherheit im Zeitalter der Algorithmen zu gewährleisten.

Keynotes

- Big Tech wird zunehmend zu einem strukturellen Machtfaktor in staatlichen Entscheidungsprozessen. Dies schafft potenzielle Abhängigkeiten und deutet auf eine schleichende Machtverschiebung von staatlichen zu privaten Akteuren hin.
- Der wachsende Einfluss von Big Tech auf Washington führt zu einer strukturellen Verschmelzung von Unternehmensinteressen und US-amerikanischer Außenpolitik.
- US-Technologiekonzerne werden zu Instrumenten geopolitischer Strategie und setzen insbesondere europäische Regulierungen sowie die transatlantischen Beziehungen insgesamt unter Druck.
- Europa ist durch technologische Abhängigkeit von US-Anbietern sowie den Import algorithmischer Verzerrungen, die Risiken für Gesellschaft und Menschenrechte bergen, doppelt verwundbar.
- Wege aus der digitalen Souveränitätsfalle stellen Investitionen in eigene KI-, Cloud- und Open-Source-Infrastrukturen dar.



Oliver de la Haye/Shutterstock.com

Aktuelle Herausforderungen an das internationale Recht

Alexandra Duca

Das internationale Recht steht gegenwärtig unter erheblichem Druck. Aus europäischer Perspektive prägen vor allem vier Entwicklungen die aktuelle Bedrohungslage und bringen neue Herausforderungen mit sich. Hierzu zählen geopolitische Machtverschiebungen, hybride Konfliktformen und der Einsatz neuer Technologien, die Instrumentalisierung des Rechts für politische Zwecke sowie die Fragmentierung multilateraler Strukturen. Die zentrale Frage lautet, ob das bestehende Völkerrecht den neuen Formen staatlichen und zwischenstaatlichen Handelns gerecht werden kann.

Autoritäre Staaten wie Russland und China stellen die bisherige regelbasierte Weltordnung durch die selektive Anwendung des Völkerrechts zunehmend infrage. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, der einen eklatanten Bruch des in Artikel 2 Absatz 4 der

Charta der Vereinten Nationen verankerten Gewaltverbots darstellt, ist bei europäischen Staaten ein deutlicher Aufrüstungstrend zu beobachten. Das äußert sich beispielsweise in steigenden Verteidigungsausgaben, aber auch im Ausstieg mehrerer Staaten aus bedeutenden völkerrechtlichen Abrüstungsverträgen wie der Ottawa-Konvention zum Verbot von Antipersonenminen.

Bewährungsprobe für das Völkerrecht

Zwar befinden sich EU- und NATO-Mitgliedsstaaten rechtlich betrachtet in keinem bewaffneten Konflikt, sind aber sehr wohl mit hybriden Konfliktformen konfrontiert, die die Grenze zwischen Krieg und Frieden zunehmend verschwimmen lassen. Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und Beeinflussungsoperationen sowie Luftraumverletzungen durch Drohnenüberflüge stellen Staaten vor die Herausforderung, zwar auf Bedrohungen reagieren zu müssen, die aber die Kriterien eines bewaffneten Angriffs nicht erfüllen. Daher sind sie nicht zur Ausübung des Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der UN-Charta ermächtigt.

Das bestehende Völkerrecht wird zudem aufgrund fortschreitender technologischer Entwicklungen auf die Probe gestellt. Innerhalb der Staatengemeinschaft besteht grundsätzlich Konsens darüber, dass das Völkerrecht auf neue Technologien wie KI und Cyber-Aktivitäten Anwendung findet, aber die konkrete Umsetzung und der allfällige Bedarf an zusätzlichen Regeln und Normen bleibt weiterhin ungeklärt.

Hinzu kommt, dass internationale Spannungen und geopolitische Blockbildungen die Handlungsfähigkeit multilateraler Institutionen schwächen. Internationale Organisationen wie die UN werden zunehmend zum Schauspielplatz politischer Rivalitäten. Das führt auch dazu, dass Entscheidungen oft nur noch auf Basis strategischer Interessen getroffen und auf Minimalkompromisse reduziert werden. Der UN-Sicherheitsrat ist in vielen Agenden blockiert und nicht handlungsfähig. Das beeinträchtigt nicht nur die Fähigkeit der Staatengemeinschaft, auf globale Krisen und Sicherheitsbedrohungen effektiv zu reagieren, sondern birgt auch die Gefahr, dass diese Institution ihre zentrale Rolle bei der Friedenssicherung verliert.

Rolle der Vereinigten Staaten

Die USA gelten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs als eine tragende Säule der internationalen Ordnung. Ihre wirtschaftliche, militärische und politische Macht hat nicht nur Institutionen wie die UN, die NATO oder die Welthandelsorganisation wesentlich geprägt, sondern machte die USA zur wichtigsten Stütze des internationalen Rechts. Angesichts rezenter Ereignisse wie der inkonsistenten Haltung der USA in bewaffneten Konflikten, dem Wiedererstarken der „America-First“-Bewegung und der rückläufigen Bereitschaft zu multilateraler Kooperation wird diese Rolle zunehmend infrage gestellt.

Ohne US-Finanzierung und -Engagement verlieren viele internationale Organisationen ihre Handlungsfähigkeit. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass andere Großmächte wie China und Russland die dabei entstehende Lücke nutzen, um ihren Einfluss weiter auszubauen, was eine Fragmentierung der globalen Ordnung beschleunigen würde. Diese Fragmentierung birgt die Gefahr, dass internationale Organisationen ihre einheitliche Handlungsgrundlage verlieren und Konflikte zunehmend bilateral ausgetragen werden.

Eine abnehmende Beteiligung der USA an multilateralen Foren könnte zudem einen Dominoeffekt auslösen und die Gefahr einer strukturellen Schwächung der internationalen Rechtsordnung mit sich bringen. Wenn Washington als „Hüterin der westlichen Weltordnung“ internationale Institutionen delegitimiert oder deren Entscheidungen ignorieren, liefert das anderen Staaten ein politisches Alibi, es ihnen gleich zu tun. Dies könnte eine Erosion des Vertrauens sowohl in die USA als auch den Multilateralismus insgesamt nach sich ziehen.

Stärkung des Völkerrechts durch regionale Kooperation

Aktuelle Entwicklungen zeigen jedoch auch, dass sich jenseits hegemональer Strukturen neue Wege eröffnen, um die normative und praktische Wirksamkeit des Völkerrechts sowie die internationale Ordnung an sich zu festigen. Einerseits besitzt das Völkerrecht eigene normative Autorität, die über Machtpolitik hinauswirkt. Selbst völkerrechtswidrig agierende Staaten versuchen oft, ihr Verhalten durch rechtliche Argu-

mente zu legitimieren. Das zeigt, dass das Völkerrecht gemeinsamer Bezugspunkt der internationalen Politik bleibt. Um seine Wirksamkeit aber auch in Krisenzeiten zu gewährleisten, bedarf es in erster Linie der Stärkung regionaler Organisationen.

Hierbei kommt der EU besondere Bedeutung zu. Sie kann nicht nur die Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung unterstützen, sondern auch aktiv zu ihrer Weiterentwicklung beitragen. Die EU ist durch verbindliche Rechtsnormen und durchsetzbare Verpflichtungen geprägt und zeigt vor allem, dass dauerhafte Stabilität nicht auf Zwang oder Macht, sondern auf gemeinsamen Regeln, institutioneller Kontrolle und Vertrauen beruhen kann. In Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen fungiert die EU auch als vermittelnde Kraft und bleibt ein Stabilitätsanker, der auf die Einhaltung des Völkerrechts pocht und auf diplomatische Konfliktlösung setzt.

Europa kann das Vertrauen in das Völkerrecht durch glaubwürdige Wertepolitik stärken. Das bedeutet, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz sollten nicht nur rhetorisch verteidigt, sondern in Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik konsequent umgesetzt werden. Nur wenn Europa selbst als glaubwürdiger und verlässlicher Akteur wahrgenommen wird, kann es über seine geografischen Grenzen hinaus als Motor einer regelbasierten, multilateralen Weltordnung wirken.

Keynotes

- Machtpolitik, technologische Umbrüche und institutionelle Lähmung stellen das Völkerrecht vor neue Herausforderungen.
- Der Rückzug der USA aus internationalen Institutionen schwächt deren Autorität und Handlungsfähigkeit.
- Das Völkerrecht bleibt gemeinsamer Bezugspunkt der Staatengemeinschaft und trotz wiederkehrender Krisen eine Konstante.
- Regionale Zusammenschlüsse können dabei helfen, die Lage zu stabilisieren.
- Europa kann zum Impulsgeber einer neuen regelbasierten Ordnung werden und durch die Einnahme einer Vorbildfunktion die Wirksamkeit des Völkerrechts stärken.

3

Krisen und Konflikte im Umfeld Europas





ImageBank4u/Shutterstock.com

Das sicherheitspolitische Umfeld Europas im Jahr 2026

Günther Barnet

Der „Krisenbogen“ um Europa bleibt im Jahr 2026 von Kriegen, Vertreibung, Hunger und Armut nicht verschont. Der weitgehende Rückzug des Westens verschlechtert die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort und gleichermaßen die Stabilität des europäischen Umfelds. Der globale Aufstand der „Generation Z“ rückt näher und verstärkt Umfeldrisiken sowie Risiken im Inneren Europas. Terrorismus in und Flucht nach Europa werden mittelfristig sichtbar ansteigen. Aufgrund der effektiveren Machtposition außereuropäischer Rivalen sowie der ansteigenden ökonomischen Schwäche wird es für die EU immer schwieriger, Risiken einzudämmen.

Der Nahe und Mittlere Osten: Chaos oder Konfliktberuhigung?

Zwei Jahre des Krieges zwischen Israel und seinen Feinden und der Umsturz in Syrien haben die Konfliktlinien drastisch verändert, ohne dauerhaften Frieden herbeizuführen. Sowohl an der Palästina-Frage als auch am Libanon und an Syrien zeigt sich die Schwäche der internationalen Gemeinschaft sowie die Inkohärenz der EU. Der durch die USA erzwungene Abzug der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) bis spätestens Ende des Jahres 2027 ermöglicht im schlechtesten Fall die Rückkehr zum Bürgerkrieg. Der völkerrechtswidrige Einmarsch ostwärts des Golan durch die israelische Armee (IDF) führt das Mandat der United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF) ad absurdum und der „Trump Plan“ für Gaza ist, trotz Integration wesentlicher arabischer Staaten, bis auf weiteres kein Konzept zur Koexistenz.

Weite Teile des politischen Israels setzen auf die Verhinderung eines souveränen palästinensischen Staates und die Annexion aller Gebiete. Die illegale Siedlungstätigkeit im Westjordanland schreitet brutal voran und verhindert sowohl die Rückkehr zum Oslo-Status als auch den Ausgleich mit und zwischen den palästinensischen Gruppen. Israel setzt auf die „Clanisierung“ und bewaffnete Auseinandersetzung unter der palästinensischen Bevölkerung sowie mit allfälligen Stabilisierungskräften. Aus der inner-palästinensisch-arabischen Uneinigkeit soll Legitimation für das eigene Handeln auch gegenüber kritischen Kräften westlicher Verbündeter gewonnen werden – vor allem aber Zeit vor dem nächsten Waffengang.

In Syrien stehen sich die Kräfte unversöhnlich und entschlossen gegenüber. Die Unterstützung diverser Gruppen durch alle regionalen Mächte sowie die USA ist der bestimmende Faktor, ob es zur Beruhigung oder Eskalation kommt. Sollte die Unterstützung der syrischen Kurden durch die USA deutlich abnehmen, ohne Ausgleich mit Damaskus und Ankara und zu deren Ungunsten, ergibt sich daraus die Möglichkeit für neue Allianzen, einschließlich des Irans, und des allgemeinen Wiedererstarkens terroristischer Kräfte. Der Landweg zur Unterstützung der ehemaligen „Achse des Widerstandes“ ist für den Iran weitgehend unterbrochen und seine Luftabwehrfähigkeit dauerhaft eliminiert. Das Ausscheren aus den Atom-Verhandlungen macht Angriffe durch Israel wieder wahrscheinlich. Von De-Eskalation bis neuerlichen Flächen-

brand ist alles möglich. Die Türkei ist Nutznießer dieser Entwicklung und betreibt gezielte Rücksiedelungen nach Syrien sowie den Ausbau ihres Einflusses im östlichen Mittelmeer.

Bürgerkriege und Machtkämpfe beiderseits des Roten Meeres

Sowohl für die Stabilität der Ankerstaaten Jordanien und Ägypten, als auch für den fragilen Irak stehen die Zeichen auf Unsicherheit. Langfristig gilt das auch für die Golfstaaten, deren wirtschaftliche Expansion von den Entwicklungen in der Region und insbesondere von den Meerengen beeinflusst wird, die für Europa von ebenso hoher Bedeutung sind. Ihre Konsolidierung mit dem Iran und das ausgewogene Verhältnis v.a. zwischen China und den USA bestimmen daher ihr Handeln. Der Angriff Israels auf die Hamas in Qatar hat eine weitgehend gemeinsame Linie der Golfstaaten zur Konfliktreduktion im Nahen und Mittleren Osten erzeugt. Ihre Furcht vor Massenflucht aufgrund von Krieg, Wasserknappheit und Verarmung ist hoch.

Das Streben nach regionaler, militärischer Machtprojektion hat beiderseits des Roten Meeres zur Eskalation beigetragen. Sowohl im jemenitischen Bürgerkrieg als auch im Sudan – der aktuell größten humanitären Krise weltweit – und den Kriegen von Äthiopien bis Somalia wird in inkohärenter Weise Einfluss genommen und es ist kein Ende dessen absehbar. Im Gegenteil kämpfen zahllose Söldnergruppen und Banden, deren Grenzen zu „terroristischen Organisationen“ fließend sind, in den verschiedensten Konfliktzonen mit Hilfe und im Auftrag verschiedener Regionalmächte. Russland nutzt diese Situation für seine Interessen und unterhält zu vielen arabischen und afrikanischen Staaten, trotz des Rückschlags in Syrien, gute und von beiderseitigem Interesse geprägte Beziehungen. Der ökonomische Nutzen ist für alle Seiten hoch, weshalb der Druck des Westens weitgehend ins Leere geht. Zumeist ist dieser kontraproduktiv und treibt v.a. Putsch-Regime in die Hände Russlands, aber auch Chinas, der Türkei und anderer Mächte.

Chaos im Sahel und Autoritarismus in (Nord-)Afrika

Das gilt auch für weite Teile des restlichen Afrikas. Das Chaos im Sahel, durch den militärischen Rückzug von EU und UN katalysiert, fordert fragile Staaten wie Ghana und den Senegal, aber auch nordafrikanische Staaten heraus. Die sich verschlechternde Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtslage wird zu Recht kritisiert. Zugleich setzt Europa auf Migrationssteuerung an der südlichen Mittelmeerküste und auf Eindämmung des Konglomerats aus organisierter Kriminalität und terroristischer Netzwerke. Dabei arbeitet es mit „liebsamen“ Regimen zusammen. Der, u.a. von Russland aufgegriffene, Vorwurf der „Doppelbödigkeit“ verstärkt die Entfremdung von Europa und verringert dessen Einfluss.

Die Angebote der EU sind kurzfristig weniger effektiv als jene Russlands oder der Türkei. Die auf Machterhalt ausgerichteten Systeme stehen im „Überlebenskampf“ gegen immer erfolgreichere Aufstandsgruppen, weshalb sie mit diesen nach Verhandlungslösungen suchen. Arbeitslosigkeit, Klimawandel, extensive Landwirtschaftsformen, illegaler Rohstoffabbau sowie extreme Umweltverschmutzung treiben in allen Regionen junge Menschen auf die Straßen – zuletzt in Marokko, Madagaskar oder Kenia. Gewaltexzesse zwischen Polizei, Opposition und Demonstrantinnen und Demonstranten werden voraussichtlich zunehmen. Ein durch soziale Netzwerke verstärkter, überregionaler „Generation-Z-Aufstand“ als neues Risiko ist möglich, kann weitere Systeme stürzen und durch Diaspora- und ideologische Solidaritätsgruppen auch in Europa auftreten.

Der östliche Krisenbogen

In den ostwärtigen Regionen bleiben bewaffnete Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung. Zwischen Afghanistan und Pakistan bestehen große Spannungen, die wieder ausbrechen können. Die Ausbreitung jihadistischer Gruppierungen wie etwa des Islamischen Staats in der Khorasan-Provinz (ISKP) in andere Teile Zentralasiens konnte v.a. durch die Einflussnahme Chinas bisher verhindert werden. Die Kriegsgefahr zwischen Aserbaidschan und Armenien wurde durch Vermittlung der USA und der Türkei weitgehend eingedämmt und zu Lasten des Irans durch wirtschaftliche Bestrebungen eingehetzt. Die georgische und armenische Politik wird zunehmend autoritär, was auch zur Distanzierung dieser bei-

den Staaten gegenüber NATO und EU beträgt. Die Unzuverlässigkeit Russlands und dessen schwindender Einfluss würden Chancen für Europa ermöglichen. Die Ausrichtung auf Energielieferungen aus Kasachstan und Aserbaidschan bestimmt jedoch das Verhalten vieler EU-Staaten unter Inkaufnahme der Stärkung der Türkei und neuer Abhängigkeiten.

Die gewaltsame Ausweitung des Ukraine-Krieges auf die Republik Moldau hat sich nicht manifestiert. Das Land bleibt nach den Wahlen tief gespalten, was hybride Destabilisierungsversuche Russlands weiterhin erwarten lässt. Ähnliche Methoden werden sich vermehrt auch gegen europäische Staaten richten und provokative Konfrontationen, analog zu jenen des Kalten Krieges, stehen auf der Tagesordnung – auch, um die Reaktionsfähigkeit und Solidarität des Westens zu testen. Ob mittelfristig ein Angriff auf den Westen realistisch in Erwägung gezogen wird, ist umstritten. Das Risiko steigt mit der Angst Russlands vor dem inneren Zerfall durch Erschöpfung. Die Anzeichen dafür sind schwer einschätzbar, wenngleich sich die verbale und reale Hochrüstung auf beiden Seiten fortsetzt und bis in die Arktis ausweitet. Die Eindämmung russischer Bedrohungen ist nur aus einer Position der Stärke zu erzielen. Die zeitgleiche Erhöhung der Kriegsfähigkeit und die Einflussnahme auf realistische Verhandlungslösungen reduzieren damit die Wahrscheinlichkeit jeder Form der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland.

Ein Waffenstillstand oder gar Frieden zwischen der Ukraine und Russland wird auch von der Ernsthaftigkeit US-amerikanischer Einflussnahmen abhängen. Die Dominanz der USA über Entscheidungen der Konfliktlösung bleibt in negativer, gleich wie in positiver Weise in allen Räumen aufrecht. Hingegen sind Europas wirtschaftliche Schwäche und geringe Bereitschaft zum Einsatz eigener, robuster Kräfte in allen Konfliktregionen das größte Risiko.

Keynotes

- Ein Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten ist trotz Waffenruhe jederzeit möglich. Chaotische Zustände werden sich verfestigen.
- Israels Strategie umfasst Abschreckung, Vorwärtsverteidigung, Zersplitterung der palästinensisch-arabischen Einheit und Beeinflussung des Meinungsraums. Palästinensische Staatlichkeit soll verhindert und Zeit für weitere Waffengänge gewonnen werden.
- Die Türkei nutzt ihre gestiegenen Chancen sorgsam, während der Iran und seine Verbündeten versuchen, sich zu konsolidieren. Neue Allianzen sind möglich.
- Europa wird voraussichtlich keine kohärente Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten entwickeln und verliert durch die Akzeptanz von Völkerrechtsbrüchen und durch doppelbödige Toleranz gegenüber autoritär-islamistischen Regimen an Glaubwürdigkeit. Die dadurch erhoffte Chance auf Rückkehr von Migrantinnen und Migranten ist jedoch gering.
- Bewaffnete Konflikte beiderseits des Roten Meeres breiten sich, auch durch den Einfluss regionaler Mächte, weiter aus. Die Störung globaler Handelsrouten bleibt bestehen und destabilisiert fragile Staaten. Auch im Sahel weitet sich das Chaos aus, ermöglicht neue Umstürze und fördert autoritäre Strukturen in den umliegenden Regionen.
- Der Einflussverlust Europas setzt sich in nahezu allen Krisenregionen fort und wird durch wirtschaftliche Schwäche, strategische Abhängigkeiten, geringe Risikobereitschaft zum robusten Streitkräfteeinsatz und Inkohärenz verstärkt. Maßstab für die Handlungsfähigkeit im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit wird u.a. die effektive Unterstützung des Libanon nach Abzug von UNIFIL sein. Provokationen zwischen Europa und Russland werden im Jahr 2026 ansteigen, jedoch nicht bis zur Kriegsschwelle.
- Die Dominanz der USA auf Entscheidungen der Konfliktresolution oder Stabilisierung bleibt bestehen. Für den Ausgang des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist dieser Einfluss entscheidend.



Der Krieg in der Ukraine

Europa in der Ära des Unfriedens

Loïc Simonet

Der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine jährt sich zum vierten Mal. Seit dem Ende des erfolglosen Gipfels zwischen Donald Trump und Vladimir Putin in Alaska am 15. August 2025 erachtet der Kreml es als vorteilhaft, den Krieg in die Länge zu ziehen. Gleichzeitig scheint Russland an Fahrt aufzunehmen.

Putins Regime hat zunächst nicht damit gerechnet, dass sich sein Angriffskrieg gegen die Ukraine derart in die Länge ziehen würde. Mittlerweile hat Russland jedoch Interesse daran, dass er andauert. Die politischen Eliten sind mittlerweile so sehr vom Kreml abhängig wie noch nie zuvor. Für viele Russinnen und Russen wurde der Krieg auch zu einer Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, da er das Wohlstandsgefälle zwischen den Städten und der Peripherie in Teilen ausgleicht. Indem der militärisch-industrielle Komplex gefördert wird, werden regionale Industriezentren zumindest indirekt revitalisiert. Zugleich erhalten

hunderttausende Männer an der Front und deren Familien in den ärmsten Regionen Russlands großzügige Entlohnungen.

Russlands langer Krieg

Seit dem Jahr 2022 verzahnt Moskau das generierte Wissen der verteidigungsindustriellen Basis, der Universitäten und von Soldatinnen und Soldaten der gesamten Kommandokette. Das Militär institutionalisiert sein Know-How, und die Hersteller von Verteidigungsgütern und Forschungseinrichtungen werden auf die Unterstützung der Kriegsbemühungen ausgerichtet. Diese „Stabilität“ wäre durch ein Ende der Kämpfe gefährdet – und Stabilität ist die Parole von Russlands Präsident Putin, der seit über einem Vierteljahrhundert an der Macht ist. Dennoch intensiviert sich der Abnützungskrieg an allen Fronten. Russland greift die ukrainische zivile Infrastruktur konstant an. Drohnen- und Raketenangriffe erreichten im September 2025 ein Rekordniveau. Indem Russland über einen längeren Zeitraum kontinuierlichen Schaden verursacht und die Ukraine zermürbt, will es seine strategischen Ziele graduell erreichen.

Russischen Truppen ist es jedoch nicht gelungen, Kontrolle über die Ukraine zu erringen. Der langsame Vorstoß an gewissen Frontabschnitten entpuppte sich als noch schwieriger als erwartet, und die Verluste gegen die zahlenmäßig unterlegene Ukraine sind schwerer als erwartet. Weder ist es Russland gelungen, die strategisch relevant gelegene Stadt Pokrovsk einzunehmen, noch irgendeinen wesentlichen Durchbruch zu erzielen. Im Gegenteil: Weite Teile des ukrainischen Territoriums konnten nicht erobert werden, und beim jetzigen Tempo würde es etwa 38 Monate dauern, die von Russland beanspruchten Gebiete zu erobern. Angesichts der eingesetzten Ressourcen und der erlittenen Verluste stellt Russlands Unfähigkeit, weiter vorzudringen, bereits jetzt eine Form der Niederlage dar.

Obgleich die russische Wirtschaft von den insgesamt 19 Runden internationaler Sanktionen nicht in die Knie gezwungen wurde, wiegen die Kriegsanstrengungen schwer. Das Land tritt in eine Phase des ökonomischen Abschwungs ein und musste sein Verteidigungsbudget des Jahres 2026 etwas reduzieren. Dieses bleibt allerdings bei enormen acht Prozent des BIP. Das Budgetdefizit nimmt gefährlich zu. Auch Russlands Ölrevenuen schrumpfen. Trotz der Umgehung internationaler Sanktio-

nen fielen diese in den ersten Monaten des Jahres 2025 um 19 Prozent, auch durch ukrainische Drohnenangriffe auf russische Raffinerieanlagen. Im August 2025 lag die jährliche Inflationsrate bei 8,1 Prozent. Insgesamt steht die russische Wirtschaft kurz vor einer Rezession, wie auch der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maxim Reshetnikov einräumte.

Ukrainische Überraschungen sind möglich

Im Donbas halten die ukrainischen Streitkräfte stand. Ende September 2025 gelang es ukrainischen Kräften, bescheidene Erfolge in der Region Sumy zu erringen und damit das russische Narrativ zu widerlegen, dass dessen Vorstöße „unaufhaltsam“ seien. Die ukrainischen Drohnenangriffe, wie beispielsweise auf russische Ölraffinerien, zeigen auf, dass Kyiv dazu bereit ist, ein Ausmaß an „strategischem Leid“ zu verursachen, das es für den Gegner zu kostspielig macht, den Krieg fortzusetzen. Ohne selbst über eine große Flotte zu verfügen, gelang es der Ukraine, die russische Marine im Schwarzen Meer zurückzuschlagen – wiederum dank seiner Drohnenkapazitäten. Die „Operation Spinnennetz“, ein verdeckter Drohnenangriff tief in Russland am 1. Juni 2025 wurde zu einem Lehrbuchbeispiel für Spezialeinsatzkräfte weltweit.

Nichtsdestoweniger sind die ukrainischen Truppen erschöpft und die Streitkräfte würden dreimal so viele Soldatinnen und Soldaten benötigen, um sie entsprechend von der Frontlinie rotieren zu können. Beim gegenwärtigen Tempo der Mobilisierung werden die durch Verluste erzeugten Lücken nicht aufgefüllt werden können. Darüber hinaus zerfasert der ukrainische Zusammenhalt. Im Juli 2025 füllten sich die Straßen Kyivs mit Demonstrantinnen und Demonstranten, die gegen den Versuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj protestierten, die unabhängigen Antikorruptions-Agenturen des Landes zu schwächen. Die ukrainische Demokratie ist damit in einen fragilen Zustand geraten, was es der russischen Seite erleichtert, Chaos zu stiften – als Abkürzung zum Sieg.

US-Position

Die Politik der US-Regierung während der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump ist unvorhersehbar. Einmal heißt es aus dem Weißen

Haus, die Ukraine habe „kein Blatt in der Hand“, dann, dass die Ukraine durchaus in der Lage sein könnte, all sein Territorium von Russland zurückzuerobern und vielleicht sogar darüber hinaus. Die von US-Präsident Trump gesetzte Frist für ein Treffen zwischen Putin und Selenskyj ist am 1. September 2025 ohne Ergebnis verstrichen. Sodann erfolgte Trumps Kehrtwende. Plötzlich schloss er auch nicht mehr aus, dass die USA hochmoderne Waffen an Kyiv liefern könnten. Tomahawk-Marschflugkörper würden es der Ukraine erlauben, die meisten militärischen Ziele im westlichen Russland zu treffen.

Wird Trumps Erfolg in Gaza ihn dazu anspornen, einen Waffenstillstand in der Ukraine herbeizuführen? Der Gaza-Waffenstillstand erwecke die Hoffnung auf Frieden in der Ukraine zum Leben, so Selenskyj. In des drängte der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz Donald Trump dazu, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Aber ohne greifbaren Fortschritt wird es zunehmend schwer werden, Trumps Aufmerksamkeit weiterhin auf die Ukraine zu lenken. Zumal ihn dieses Thema einiges an politischem Kapital kosten könnte und er bei einem Fehlschlag an Glaubwürdigkeit einbüßen würde. In diesem Lichte ist Trumps Statement vom 23. September 2025 besorgniserregend, in dem er „beiden Staaten“ alles Gute ausrichtete und ankündigte, Waffen an die NATO zu liefern, die damit tun könne, was sie wolle. Ignoriert Trump die Thematik hinkünftig?

Europa in der Grauzone

Die Spannungen auf dem europäischen Kontinent stiegen aufgrund zahlreicher Luftraumverletzungen durch Russland sprunghaft an. Mitte September 2025 wurden mindestens 19 russische Drohnen gesichtet, die in polnischen Luftraum eindrangen. Ein noch schwerwiegenderer Vorfall ereignete sich am 13. September 2025, als drei russische Kampfflugzeuge für über zehn Minuten in estnischen Luftraum eindrangen, bevor sie von einem NATO-Verband aus dem Luftraum eskortiert wurden. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Lettland, Norwegen und Rumänien. Anfang Oktober 2025 legten Dronensichtungen den Flughafen München für mehrere Stunden lahm. Zeitgleich führte Russland eine beispiellose Desinformationskampagne in Polen durch, in der behauptet wurde, die Ukraine oder die NATO selbst stecke hinter diesen Vorfällen.

Obwohl Moskau jede Verwicklung abstreitet, wirken diese Vorfälle, als teste Russland die Einsatzbereitschaft des kollektiven Verteidigungsmechanismus der NATO. Putin will angesichts der ambivalenten außenpolitischen Haltung der USA wissen, wie weit Europa bei der Verteidigung der Ukraine zu gehen bereit ist. Russland operiert wissentlich und willentlich in der „Grauzone“ der hybriden Kriegsführung, jenem Raum zwischen Frieden und Krieg. So unterstrich auch Deutschlands Bundeskanzler Merz: „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden“.

Keynotes

- Russland zieht seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine bewusst in die Länge, um politische Kontrolle zu sichern und ökonomische sowie soziale Strukturen über den militärisch-industriellen Komplex zu stabilisieren.
- Trotz hoher Verluste bleibt Russland militärisch ohne entscheidenden Durchbruch und steht wirtschaftlich vor einer Rezession.
- Die Ukraine erzielt begrenzte taktische Erfolge, nutzt Drohnenangriffe effektiv, leidet aber unter Erschöpfung, Personalmangel und innerer politischer Spannung.
- Die Trump-Administration bleibt unberechenbar, schwankt zwischen Druck auf Verhandlungen und möglichen Waffenlieferungen.
- Russland testet Europas und NATOs Reaktionsfähigkeit durch hybride Angriffe und Luftraumverletzungen; Europa befindet sich in einer „Grauzone“ zwischen Krieg und Frieden.



Der Westbalkan zwischen Integration und Enteuropäisierung

Marie-Janine Calic

Die Südosterweiterung der EU stagniert seit Jahren. Die transformative Kraft der „europäischen Perspektive“ lässt nach. So konnte auf dem Westbalkan ein gefährliches sicherheitspolitisches Vakuum entstehen. Wenngleich die Staaten der Region immer noch den Beitritt zur EU wünschen, suchen sie auch nach Alternativen. Geopolitische Mitbewerber – vor allem China, Russland, die Türkei und die Golfstaaten – haben Einfluss gewonnen. Reformen, wie beispielsweise die Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“, stehen häufig nur auf dem Papier.

Die Europäische Union verspricht seit einem Vierteljahrhundert immer wieder, allen Westbalkan-Staaten unter bestimmten Bedingungen den EU-Beitritt zu ermöglichen. Allerdings stagniert die Südosterweiterung seit dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013. Serbien und Montenegro

verhandeln bereits seit Jahren, Nordmazedonien und Albanien haben erst im Jahr 2022 Beitrittsverhandlungen begonnen, und Bosnien und Herzegowina stehen seit dem Jahr 2024 immerhin welche in Aussicht. Lediglich der Kosovo hat mangels Anerkennung durch fünf Mitgliedsstaaten den Kandidatenstatus noch nicht erhalten. Die „europäische Perspektive“ hat infolge dessen an Glaubwürdigkeit und transformativer Kraft eingebüßt. Laut Umfragen fühlt sich nur noch etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf dem Westbalkan der EU verbunden – im Jahr 2024 waren es 54 Prozent.

Geopolitische Mitbewerber

Derweil haben geopolitische Mitbewerber der EU, vor allem China, Russland, die Türkei und die Golfstaaten, mittels billiger Kredite, medialer Desinformation und religiöser Mission an politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Einfluss gewonnen. Russland betont die slawisch-orthodoxe Solidarität, nutzt den Balkan aber vor allem als Bühne, um seine Rolle als Gestalter der Weltpolitik zu demonstrieren bzw. westliche Stabilisierungsbemühungen, vor allem in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, zu hintertreiben. Die Türkei und die Golfstaaten fördern die Islamisierung, während China im Rahmen seiner Belt-and-Road-Initiative milliardenschwere Infrastrukturprojekte umsetzt. Da diese mit Krediten finanziert werden, sind gefährliche Abhängigkeiten entstanden. Die EU mag immer noch der bedeutendste Handelspartner der Westbalkan-Staaten sein, aber China könnte es mittelfristig gelingen, sie auf seinen Markt und möglicherweise auch seine Politik umzuorientieren.

Innerhalb der EU sind die Vorbehalte groß, neue Mitglieder aufzunehmen, solange institutionelle Reformen ausbleiben. Beispielhaft zu nennen wären etwa Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik. Aus politischen Gründen hat Brüssel im Jahr 2022 die Ukraine, Moldau und Georgien unter Umgehung der Konditionalität zu Beitrittskandidaten erklärt und damit kritische Fragen in Bezug auf Funktionalität und Finalität der Union aufgeworfen.

Stockendes Reformtempo

Allerdings hat auch das Reformtempo in den Westbalkanländern nachgelassen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat erhebliche politische, wirtschaftliche und psychologische Auswirkungen in der Region. Die politische Klasse und die öffentliche Meinung zerfallen in pro-europäische und pro-russische Lager, was die Regierungen hindert, die häufig schmerzhafte EU-Konditionalität zu bedienen. Energie- und Lebensmittelpreise sind stark gestiegen. Populistische und nationalistische Kräfte machen sich die Existenzängste der Menschen zunutze, indem sie aus Konflikten mit Nachbarn politisches Kapital zu schlagen versuchen, zum Beispiel in Serbien und dem Kosovo oder auch in Nordmazedonien.

Aus all diesen Gründen ist an der Schnittstelle zwischen EU, NATO, Russland und der Türkei ein gefährliches sicherheitspolitisches Vakuum auf dem Westbalkan entstanden. Interessierte Mächte haben zudem ein Einfallstor für Propaganda, Desinformation und Cyber-Angriffe aufgestoßen. Organisierte Kriminalität, illegale Migration und extremistische Netzwerke bleiben unbehelligt. Nicht zuletzt: fehlende wirtschaftliche Perspektiven treiben viele junge, gut ausgebildete Menschen in die Emigration. Der Brain-Drain aber schwächt Innovationskraft, Wertorientierung und Reformfähigkeit der Herkunftsländer – und damit wiederum den EU-Integrationsprozess.

Gegenmaßnahmen?

Die EU hat diese Problematik zwar erkannt, jedoch fehlt es ihr an effektiven Gegenmitteln. Genauer: Es fehlt ihr an politischer Einigkeit. Die EU müsste, um Abhängigkeiten von Russland und den USA abzubauen, die Vertiefung ihrer Strukturen vorantreiben, wie beispielsweise im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder auch in der Energiemarktpolitik. Zudem müsste sie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken, wozu auch eine glaubwürdige Nachbarschafts- bzw. Erweiterungspolitik gehört.

Denkbar wäre auch, vor einem EU-Beitritt erst die Integration bestimmter Sektoren, wie Energie, Verkehr, Digitalmarkt, Cyber-Abwehr, Grenzschutz und Bildungsaustausch voranzutreiben. Werden aufgrund der selektiven Integration europäische Rechtsstaats- und Governance-Krite-

rien vernachlässigt, stünden die Funktionalität und die Glaubwürdigkeit der EU allerdings noch stärker in Frage. Wie aber lassen sich pro-europäische Orientierungen in den Westbalkan-Staaten stabilisieren, ohne eigene Werte und Standards den geopolitischen Zwängen unterzuordnen?

Aktuelle Entwicklungen

Während neue Bürgerinnen- und Bürgerbewegungen wie „Protestiram“ in Nordmazedonien oder die „#1od5miliona“-Proteste in Serbien entstanden sind, bleibt der Einfluss der Zivilgesellschaft begrenzt. Die genannten Bewegungen sind in ihren Forderungen heterogen. Auch mag es in allen Westbalkan-Staaten Nichtregierungsorganisationen geben, die für Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption kämpfen oder sich für europäische Annäherung, Demokratieförderung, Bildung, regionale Zusammenarbeit, interethnischen Dialog und Konfliktprävention einzusetzen. Viele sind jedoch von ausländischen Gebern abhängig, darunter auch solchen, die antieuropäische oder nationalistische Agenden in die Zivilgesellschaften hineinragen.

Die Westbalkan-Staaten haben allesamt mindestens einen nationalen Aktionsplan (NAP) zur Implementierung von UN-Resolution 1325 verabschiedet. In Serbien und Bosnien-Herzegowina geschah dies im Jahr 2010, in Nordmazedonien 2013, im Kosovo 2014, in Montenegro 2017 und in Albanien 2018. Sie haben sich dazu verpflichtet, den Anteil von Frauen in den Sicherheitskräften zu erhöhen, sie an Friedensmissionen zu beteiligen, vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikten zu schützen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Die Gender-Perspektive wird auch in die Polizeiausbildung und die militärische Einsatzplanung integriert. Allerdings gibt es Umsetzungslücken. Die Zuständigkeiten sind diffus, es fehlen Finanzierungszusagen und klare Indikatoren, um die Umsetzung der NAPs zu überprüfen. Die Gender-Perspektive gilt häufig als vom Westen oktroyiert und in der Tat werden zahlreiche NAP-Projekte von ausländischen Geldgebern angeleitet und finanziert.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Die EU zeigt sich der komplexen Risikolage auf dem Westbalkan derzeit kaum gewachsen. Während die EU-Beitrittsperspektive an Glaubwürdigkeit verliert, erstarken ihre geopolitischen Mitbewerber.

Keynotes

- Die EU muss Glaubwürdigkeit bei der Südosterweiterung zurückgewinnen, um geopolitisch handlungsfähig zu bleiben.
- EU-Reformen und Erweiterungspolitik müssen Hand in Hand gehen.
- Die Zivilgesellschaft kann notwendige Reformen nur erwirken, wenn Regierungen und EU-Mitgliedsländer sie dabei unterstützen.
- Bei der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ fehlt es in der Region am politischen Willen, an finanzieller Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz.



Nik Yurginson/Shutterstock.com

Tendenzen zur Destabilisierung in Südosteuropa

Florian Bieber

Tiefgreifende politische Krisen in Bosnien-Herzegowina und in Serbien schaffen eine hohe Unsicherheit in der Region, die zu einer Verschärfung der Lage führen können. Gleichzeitig bieten sie die Gelegenheit zu strukturellen Verbesserungen. Während einige Staaten, darunter Montenegro und Albanien, Fortschritte in Hinblick auf ihre EU-Mitgliedschaft machen, haben die anderen Westbalkan-Staaten keine realistische EU-Perspektive. Indes gibt es keine Anzeichen, dass die grundlegenden Herausforderungen der Region – autoritäre Herrschaft, schwache Rechtsstaatlichkeit und ungelöste Konflikte – bearbeitet werden.

Die politische Lage auf dem Westbalkan ist von Instabilität und einer Institutionenkrise geprägt. Während Montenegro und Albanien große Fortschritte hinsichtlich ihres EU-Beitritts machen, stagniert der EU-

Erweiterungsprozess in den anderen Staaten. Doch auch wenn in den Fällen Montenegros und Albaniens ein EU-Beitritt vor Ende des Jahrzehnts denkbar ist, stellt die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten eine hohe und zum Teil unvorhersehbare Hürde dar. Auch bedeutet dies nicht, dass in beiden Staaten Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gleichermaßen vorankommen.

Reformen zwischen Unregelmäßigkeit und Stillstand

In Albanien wird der Beitrittsprozess von Premierminister Edi Rama angetrieben, was einerseits die Beschleunigung des Prozesses erklärt, andererseits aber die Herrschaft Ramas zunehmend in eine autoritäre Richtung lenkt. Die Kontrolle der Institutionen liegt fest in seiner Hand, und es gibt wenig Raum für eine kritische Diskussion. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren verschärft, sodass der EU-Beitrittsprozess autoritäres Gebaren eher verstärkt hat.

Auch in Montenegro ist der Reformprozess unregelmäßig, obwohl hier keine einzelne Person das politische System so stark dominiert wie in Albanien. Der Beitrittsprozess ist somit derzeit eher von der Überzeugung der Kommission getrieben, durch erfolgreiche Beitrittsprozesse die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Westbalkan aufrechtzuerhalten. Außerdem spielen geopolitische Überlegungen in den Prozess hinein, was zulasten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geht.

In den anderen Staaten der Region ist der EU-Erweiterungsprozess zum Stillstand gekommen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger glauben nicht mehr an den Prozess, auch wenn überall – mit Ausnahme Serbiens – eine deutliche Mehrheit für die Mitgliedschaft in der EU besteht. Nordmazedonien wird durch Bulgarien blockiert, denn die geforderte Verfassungsänderung hat keine Unterstützung im Land und ist ein Produkt nationalistischer Forderungen aus Bulgarien. Diese haben die Machtübernahme der konservativ-nationalistischen Demokratischen Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE) beschleunigt. Somit wird Nordmazedonien nach Beilegung der Streitigkeiten mit Griechenland erneut durch die nationalistische Position eines Nachbarstaates daran gehindert, der EU beizutreten.

Entwicklungen in Serbien

Die Entwicklungen in Serbien haben starke Auswirkungen auf die Region. Die Protestbewegung, die im November 2024 wegen des Einsturzes des Bahnhofsvordachs in Novi Sad begann, hat eine beeindruckende Dynamik entfaltet. Dies nicht nur aufgrund der Dauer, sondern auch aufgrund der Mobilisierung von hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern, selbst in kleinen Gemeinden. Die Protestbewegung zeigt damit die tiefgreifende Unzufriedenheit mit dem Regime. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung unterstützt laut Umfragen die Proteste, die neben der Aufklärung des Unfalls auch Neuwahlen fordern.

Das Regime setzt zunehmend auf Gewalt und Repression bei der Bekämpfung der Proteste, die sich neben Demonstrationen in Streiks, Blockaden und zahlreichen anderen täglichen Aktionen manifestieren. Serbien befindet sich de facto seit November 2024 in einem Ausnahmezustand. Unabhängig vom Ausgang der Proteste ist das Regime von Aleksandar Vučić angeschlagen. Gelingt es dem Regime, die Proteste zu beenden, ist mit einem repressiveren Klima in Serbien zu rechnen. Derzeit bemüht sich Belgrad bereits, die verbleibenden kritischen Medien und NGOs unter seine Kontrolle zu bringen und selbst den Anschein politischen Pluralismus' zu zerstören. Dies ist durch die Proteste motiviert und wird durch das globale politische Klima erleichtert. Dabei erhält das Regime Rückendeckung aus Russland und China.

Die Position der EU ist bisher ambivalent, und die USA unter Trump sind eher abgelenkt, könnten aber als potenzielle Stütze des Regimes dienen, da Trumps Schwiegersohn Jared Kushner Geschäftsinteressen in Belgrad hat, die mit dem Vučić-Regime verknüpft sind. Ein Erfolg der Proteste ist ungewiss und es ist nicht klar, was das für die politische Zukunft in Serbien bedeutet, da die Protestbewegung ideologisch heterogen ist und es keine klaren Anführer gibt. Zugleich setzt sich eine Mehrheit für liberal-demokratische Werte ein und sucht eine Annäherung an die EU.

Beziehungen zum Kosovo und Bosnien-Herzegowina

Die Beziehungen zum Kosovo stellen für Serbien die größte Herausforderung dar. Der Verhandlungsprozess zwischen beiden Staaten ist

völlig zum Stillstand gekommen. Die politische Instabilität in Serbien, aber nach den Wahlen im Jahr 2025 auch im Kosovo, bedeutet, dass es derzeit auf beiden Seiten kein Interesse und keinen politischen Willen für einen Dialog gibt. Die Regierung von Albin Kurti hat durch ihre konfrontative Linie gegenüber EU und USA sowie die innenpolitische Polarisierung im Kosovo seit den Wahlen viel an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Ein Durchbruch zwischen beiden Staaten liegt in weiter Ferne. Im Kosovo fehlt eine Regierung mit klarem Mandat, und in Serbien ist Vučić politisch zu schwach, um Kompromisse eingehen zu können.

In Bosnien und Herzegowina hat sich die politische Krise verschärft, nachdem der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, verurteilt wurde und für sechs Jahre kein öffentliches Amt ausüben darf. Es folgte eine Eskalation, als Dodik versuchte, das Urteil zu missachten und den Staat weiter zu schwächen. Der endgültige Ausgang des Kräftemes-sens zwischen Dodik und den gesamtstaatlichen Institutionen Bosnien und Herzegowinas ist noch unklar, aber Dodik verfügt über weniger Rückhalt als noch vor einigen Jahren, und ein Ende seiner 20-jährigen Dominanz in der Republika Srpska zeichnet sich ab. Auch wenn sich die anderen politischen Akteure in der Republika Srpska hinsichtlich nationalistischer Positionen kaum von Dodik unterscheiden, würde ein Ende der Dodik-Ära neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen. So hat die dominante Partei der Kroaten in Bosnien und Herzegowina lange Zeit auf eine enge Kooperation mit Dodik gesetzt, die dadurch ebenfalls infrage gestellt wäre. Somit könnte sowohl der Einfluss Russlands in Bosnien und Herzegowina als auch die totale Blockade pragmatischer Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene schwinden.

Geopolitische Folgen

Aufgrund der gegenwärtigen Entwicklungen hat Russland derzeit am meisten in der Region zu verlieren. Mit einem Ende der Herrschaft von Dodik und Vučić würde Russland wichtige Partner verlieren. Auch wenn die Beziehungen über Kirche und andere kulturelle Bande aufrechterhalten blieben, würde der Einfluss und Ruf Russlands Schaden nehmen. Der Einfluss Chinas würde am stärksten durch einen Machtverlust Vučićs leiden. Serbien war das wichtigste Zielland chinesischen Engagements in der Region. Ohne gute Beziehungen zu Serbien würde Chi-

na zwar weiterhin wirtschaftlich präsent bleiben, doch der politische Einfluss würde schwinden.

Die größte geopolitische Unsicherheit stellen die USA unter Trump dar. Derzeit hat die Trump-Präsidentschaft kaum Zeichen gesetzt, doch die wirtschaftlichen Interessen in Albanien und Serbien bestärken eher autoritäre Entwicklungen in der Region. Die Konfrontation mit der EU bedeutet, dass die USA unter Trump nicht nur ein negatives Vorbild für die Region sind, sondern auch zu einem Störfaktor bei Reformprozessen werden können.

Keynotes

- Tiefe politische Krisen in Serbien und Bosnien-Herzegowina erhöhen die Unsicherheit auf dem Westbalkan, bergen aber auch Chancen für Reformen.
- Während Albanien und Montenegro Fortschritte machen, fehlt den übrigen Staaten eine realistische EU-Beitrittsperspektive; die Rechtsstaatlichkeit bleibt schwach.
- In Albanien und Serbien führen Machtzentration und Repression zu einer Verschärfung demokratischer Defizite.
- Massenproteste gegen den serbischen Präsidenten Vučić erschüttern das Regime in Belgrad, das mit Gewalt reagiert und Unterstützung aus Russland und China erhält.
- Weder im Verhältnis Serbien–Kosovo noch in Bosnien-Herzegowina zeichnen sich Fortschritte ab; Dodiks Machtverlust könnte neue Chancen eröffnen.
- Ein Ende der autoritären Regime würde Russlands und Chinas Einfluss schwächen, während die USA unter Trump einen unberechenbaren Faktor darstellen.



Neuordnungsversuche im Nahen Osten

Gudrun Harrer

Am 7. Oktober 2025, dem zweiten Jahrestag des Überfalls der Hamas auf Israel, der den Krieg im Gazastreifen ausgelöst hat, hatten alte Ordnungen und Gewissheiten im Nahen Osten bereits aufgehört, zu existieren. Israel begann im Jahr 2025 damit, den Iran und seine Stellvertreter in der arabischen Welt nicht mehr nur einzudämmen, sondern direkt anzugreifen. Das iranische Urananreicherungsprogramm wurde durch den von Israel begonnenen sogenannten Zwölftagekrieg, in den auch die USA eingriffen, schwer degradiert. Seitdem hat die US-Regierung unter Präsident Donald Trump ihr politisches Engagement im Nahen Osten massiv verstärkt. Im Oktober 2025 zwang Washington die Hamas und Israel in einen Gaza-Plan, in den auch andere Staaten innerhalb und außerhalb der Region aktiv eingebunden sind.

Im Jahr 2026 wird sich weisen, ob der bei seiner Präsentation Anfang Oktober noch sehr skizzenhafte US-Entwurf zur Beendigung des Ga-

za-Krieges und zum Wiederaufbau des Gazastreifens weiterentwickelt werden kann. Dabei scheinen völlig konträre Szenarien nahe aneinander zu liegen. Vorstellbar ist einerseits eine Befriedung der Region durch Interessensaustausch zwischen Partnern und Gegnern der USA mit starken ökonomischen Anreizen, auch für die international agierende private Business-Community. Andererseits liegt ein Scheitern des Plans und ein Abgleiten der Region in noch größere Destabilisierung ebenso im Bereich des Möglichen.

Unvorhersehbar war Israels schwerer taktischer Fehler, am 9. September 2025 ein Gebäude in Qatars Hauptstadt Doha anzugreifen, in dem sich Hamas-Kader aufhielten. Israel, das im Jahr 2025 zur unbestritten dominierenden militärischen Kraft in der Region aufgestiegen war, verfehlte nicht nur sein Ziel, diese Hamas-Vertreter zu eliminieren. Dieses Vorgehen erlaubte US-Präsident Trump auch, im Sinne seiner arabischen Partner Druck auf Israels Premier Benjamin Netanyahu auszuüben. Qatars Rolle als sicherer Hafen für radikal-islamische Gruppen wie die Hamas wird zwar durch andere arabische Staaten seit jeher kritisch gesehen, ebenso wie andere Teile der qatarischen Politik. Aber Israels Angriff auf einen „Major Non-NATO Ally“ der USA, die mit al-Udeid ihren größten Luftwaffenstützpunkt in der Region in Qatar haben, rief bei anderen arabischen US-Verbündeten Empörung hervor, was letztlich Trumps Durchsetzungskraft gegenüber Netanyahu stärkte.

Stolpersteine für den Gaza-Plan

Wie bereits erwartet, vertraute Trump die Arbeit am Gaza-Plan nicht nur dem US-Sondergesandten Steve Witkoff, sondern auch seinem Schwiegersohn Jared Kushner an, der massive Geschäftsinteressen und gute Beziehungen in arabischen Golfstaaten hat. Etliche Elemente des Plans werden im Jahr 2026 krisenanfällig bleiben. Etwa die Administration des Gazastreifens, die die Palästinenserinnen und Palästinenser wieder zum Stakeholder machen sollte, die „International Stabilization Force“ sowie die Entwaffnung der Terrororganisation Hamas und die Zerstörung von deren Infrastruktur.

Zwar verfügte der US-Präsident im Herbst 2025 über genügend Autorität, das offene Zusammenbrechen des Waffenstillstands zu verhindern, das war aber nicht gleichbedeutend mit einem Ende der Gewalt. Für

Trump paradox: sein Plan ist bei der Umsetzung auf die Kooperationen von UN-Institutionen angewiesen, sowohl im humanitären als auch im politischen Bereich, etwa durch den UN-Sicherheitsrat. Auch die im Nahen Osten über Strecken gelähmt erscheinende EU wird im Jahr 2026 mit ihren Missionen EUBAM Rafah und EU POL COPPS in den palästinensischen Gebieten eingebunden sein. Mehr ist zu erwarten, wenn sich der Plan entwickelt.

Sollte Trumps Gaza-Plan stocken, ist für den Gazastreifen ein Szenario denkbar, das mit jenem im Südlibanon nach der Waffenruhe-Vereinbarung im November 2024 vergleichbar ist: Stillstand. Das würde bedeuten, dass weder die Entwaffnung und Ausschaltung der jeweiligen Terrormiliz – im Libanon die Hisbollah, im Gazastreifen die Hamas – erfolgen kann, noch der zugesagte israelische Rückzug stattfindet. Das birgt das Potenzial regelmäßiger israelischer „Strafaktionen“, parallel zu wachsendem Aktivismus der Milizen, und damit ständiger Eskalationsgefahr.

Diese wuchs im Herbst 2025 im Libanon zusehends. Die Regierung in Beirut bekannte sich zwar politisch eindeutig zur Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols und der Reduktion der Hisbollah zur politischen Partei, konnte dieses Vorhaben jedoch kaum durchsetzen. Ein Grund dafür war die wachsende Polarisierung, in der man eine ethnisch-konfessionelle Bürgerkriegsgefahr orten könnte. Seit der islamistisch-geführten Machtübernahme in Syrien im Dezember 2024 fühlen sich auch sunnitische Islamisten im Libanon bestärkt, was wiederum Schiiten außerhalb der Hisbollah anfällig für Radikalisierung macht.

Aktuelle Entwicklungen in Syrien

Der syrische Interimspräsident Ahmed al-Sharaa, ein ehemaliger Kämpfer der al-Qaida im Irak, wurde im November 2025 von Trump im Weißen Haus empfangen. Die Lage des syrischen Regimes ein Jahr nach der Einnahme von Damaskus und dessen Zukunftsaussichten sind zwiespältig: Auf der einen Seite war Sharaa zu Beginn des Jahres 2026 international deutlich konsolidiert. Dazu haben die USA stark beigetragen. Auf der anderen Seite hat er intern an Vertrauen verloren, insbesondere durch anhaltende massive Probleme beim Wiederaufbau und der Stabilisierung der syrischen Wirtschaft, die durch den Klimawandel, besonders die Wasserknappheit, verschärft werden. Die Minderheiten sind nach

islamistischer Gewalt gegen Alawiten, Drusen und sogar Christen verunsichert. Die kurdischen Syrian Democratic Forces (SDF), von den USA gegen den Islamischen Staat (IS) aufgebaut, können sich bei ihrem Ringen um eine Form der Autonomie der Unterstützung Washingtons nicht mehr so sicher sein. Das liegt auch daran, dass Trump türkischen und arabischen Argumenten stark zugänglich ist.

Zu Trumps Ambition einer Neuordnung der Region gehört auch, in Syrien die Interessen zwischen externen Akteuren und Damaskus, aber auch untereinander auszugleichen. Israel hat nach dem Umsturz in Syrien das Entflechtungsabkommen von 1974 aufgekündigt und Teile des Südens besetzt, wobei der Schutz der syrischen Drusen als Vorwand für die Durchsetzung eigener Sicherheitsinteressen dient. Trump versucht nicht nur einen Kompromiss zwischen Israel und Syrien herbeizuführen, sondern auch zwischen Israel und der Türkei, der Schutzmacht Sharaas, sowie zwischen der Türkei und den arabischen Staaten. Doch Sharaa hat auch Schwierigkeiten, eigene jihadistische Kräfte im Zaum zu halten, die von seiner nach außen moderaten und syrisch-nationalen Haltung irritiert sind. Es besteht daher die Gefahr, dass die Abwanderung aus Sharaas ehemaliger Organisation HTS zum IS an Fahrt aufnimmt. Die IS-Aktivitäten werden im Jahr 2026 voraussichtlich nicht nur in Syrien, sondern auch im Irak zunehmen.

(De-)Stabilitätsfaktoren in der Region

Die irakischen Parlamentswahlen im November 2025 könnten sich möglicherweise als destabilisierender Faktor erweisen. Die Regierungsbildung nach Wahlen ist im Irak in der Regel schwierig und langwierig. Jene schiitischen Milizen im Irak, die eine Nähe zu Ali Khamenei, dem obersten Anführer des Irans, haben, wurden vom Niedergang der iranischen „Achse des Widerstands“ geschwächt und haben sich aus dem israelisch-iranischen Konflikt weitgehend herausgehalten. Das könnte sich im Falle einer neuen regionalen Eskalation ändern, aber auch, wenn ihre internen Machtansprüche nach den Wahlen infrage gestellt werden.

US-Präsident Trump dürfte im Jahr 2026 seine Bemühungen verstärken, weitere Staaten in die „Abraham Accords“ einzubeziehen, wobei das große Ziel Saudi-Arabien bleibt. Ein noch so umfassendes US-saudisches Sicherheitsabkommen, womöglich sogar inklusive F-35-Kampf-

jets und sicher mit zivilem Atomprogramm, wird Riad nicht genügen, wenn die in Trumps 20-Punkte-Plan vage angesprochene palästinensische Staatlichkeit nicht in glaubhafter Form weiterverfolgt wird.

Solange Trump seine Pläne aufrechterhält, wird er bei der kategorischen Ablehnung israelischer Annexionen im Westjordanland bleiben, die das bestehende Normalisierungsabkommen zumindest zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) gefährden würden. Für das jordanische Königshaus bleibt die physische Gefahr bei einem solchen Schritt Israels bestehen, während Ägyptens Regime durch die ihm durch Trump zugesetzte Rolle beim Gaza-Plan wieder etwas gestärkt wurde. Für Ägypten gilt jedoch auch, was in hohem Maße auf Saudi-Arabien, die VAE und gleichermaßen auf Israel zutrifft: die Irritation über das Erstarken des türkischen Einflusses im Nahen Osten. Konkret in Syrien an der Seite Sharaas und durch die führenden Aufgaben, die Trump Ankara bei der Verwirklichung seines Gaza-Plans zugesetzt hat.

Keynotes

- US-Präsident Donald Trump will nicht nur eine Lösung für den Gaza-Krieg durchsetzen, sondern die gesamte Region neu ordnen. Dazu gehört eine offizielle Einbindung Saudi-Arabiens in eine Sicherheitsarchitektur mit Israel.
- Die direkten Angriffe Israels auf den Iran und dessen Stellvertreter degradierten, zerstörten aber dessen Urananreicherungsprogramm nicht.
- Der Gaza-Waffenstillstand könnte sich, wenn die nur vage skizzierten Punkte zur Verwaltung und Sicherung des Gazastreifens nicht ausgearbeitet und umgesetzt werden, in eine Pattstellung mit Eskalationspotenzial verwandeln, vergleichbar der Situation im Südlibanon im Jahr 2025.
- Der IS profitiert von der internen Fragilität Syriens und könnte im Jahr 2026 weiteren Zulauf durch frustrierte Jihadisten bekommen, denen Interimspräsident Sharaa zu moderat agiert. Dies könnte auch Auswirkungen auf die Region und darüber hinaus haben.



Israels Sicherheit

Innenpolitische, regionale und internationale Trends

Stephan Stetter

Zwei Jahre nach dem Überfall der Hamas auf Israel und dem seitdem von Israel geführten Krieg in Gaza bleibt die Lage im Nahen Osten instabil und hoch dynamisch. Israel ist weiterhin von einem Machtkampf zwischen der Regierung und Teilen der israelischen Bevölkerung geprägt, während sich keine dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts abzeichnet. Der Gaza-Krieg ist weiterhin ein zentrales Element, ebenso die weltweit zu beobachtende Polarisierung infolge der Terroranschläge vom 7. Oktober 2023 als auch des Gaza-Krieges. Europas Rolle bleibt diplomatisch wichtig, aber limitiert.

Zwei Jahre nach dem Überfall der Hamas auf Israel und dem Beginn des seitdem von Israel geführten Krieges in Gaza bleibt die Lage im Nahen Osten instabil und hoch dynamisch. Ende September 2025 hat US-Präsident

Donald Trump einen Plan zur Beendigung des Krieges vorgelegt, dessen Umsetzung allerdings zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch in einigen Punkten ungewiss ist. Dieser vorgeschlagene Plan kann auch scheitern, wie bereits viele Friedensbemühungen zuvor. Mit Blick auf Israel zeichnen sich vier zentrale sicherheitspolitische Trends ab.

Innenpolitischer Machtkampf

Erstens wird seit Jahren ein innenpolitischer Machtkampf zwischen der nationalistisch-religiös fundamentalistischen Regierung und Teilen der israelischen Bevölkerung geführt. Letztere demonstrierte zunächst gegen eine die Gewaltenteilung infrage stellende Justizreform, und in weiterer Folge für ein Ende des Gaza-Krieges, ein Ende des Einsatzes der eigenen Soldatinnen und Soldaten, und vor allem für die Rückkehr der von der Hamas gefangen genommenen Geiseln. Israel ist innenpolitisch tief von den Anschlägen des 7. Oktober 2023 und deren Folgen gekennzeichnet. Das liegt daran, dass in der Folge der regionalen Ausweitung der Kämpfe im Norden mit der Hisbollah 2023 und 2024 mehrere zehntausende Israelis ihre Heimatorte verlassen und im Inneren des Landes temporären, teilweise bis heute andauernden, Schutz suchen mussten.

Umfragen zeigen, dass die Unzufriedenheit mit und das Misstrauen gegenüber der Regierung Netanyahu in größeren Teilen der Bevölkerung hoch ist. Gleichzeitig fehlt es der politischen Opposition jedoch an einer klaren Botschaft und an der Darlegung (sicherheits-)politischer Alternativen. Für das Jahr 2026, wenn die Wahl zur Knesset ansteht, ist eine Zuspitzung dieses innenpolitischen Machtkampfs zu erwarten – auch, weil die Regierung und der Premierminister persönlich einen Machtverlust zu befürchten haben. Es drohen Korruptionsprozesse, eine für die Regierung nachteilige Aufklärung der Versäumnisse um den 7. Oktober sowie der Verlust politischer Macht zur Durchsetzung der territorialen Ambitionen der Regierung und ihrer Anhängerinnen und Anhänger in Gaza und dem Westjordanland.

Dynamische regionale Trends

Diese angespannte innenpolitische Lage verläuft vor dem Hintergrund hochgradig dynamischer regionaler und globaler Trends. Hier ist, zweitens, die weiter anhaltende Verhärtung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu beobachten. Sowohl die Terroranschläge vom 7. Oktober 2023 als auch der Gaza-Krieg haben in beiden Gesellschaften tiefen Spuren hinterlassen, nicht nur was das aktuelle Konfliktgeschehen betrifft. Sowohl der brutale Überfall der Hamas auf Israel als auch die durch die israelische Kriegsführung entstandene dramatische humanitäre Lage in Gaza traumatisieren große Teile beider Bevölkerungen.

Hierdurch hat das Misstrauen gegenüber der jeweils anderen Seite noch zugenommen. Weder in Israel noch in den palästinensischen Gebieten wird eine innenpolitische Debatte über die Parameter eines möglichen Friedensprozesses und Ausgleichs mit der anderen Seite geführt. Die Hamas stellt zweifellos weiterhin eine strategische Bedrohung Israels dar, auch, wenn sie geschwächt ist. Mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zeichnen sich daher für das Jahr 2026 auch wenig Veränderungen vor Ort ab – selbst im Idealfall eines von außen durchgesetzten Kriegsendes und einer Rückkehr der Geiseln.

Eine israelische Besiedelung des Gazastreifens, die in der derzeitigen israelischen Regierung zahlreiche Anhängerinnen bzw. Anhänger hat, scheint vorerst vom Tisch zu sein. Allerdings betrifft das nicht die weitere Zuspitzung des Konflikts mit Blick auf territoriale Ansprüche im Westjordanland. Ohne einen umfassenden Friedensprozess, der vorerst jedoch nicht zu erwarten ist, bliebe die Sicherheitslage selbst im besten Szenario – dem Ende des Gaza-Krieges – voraussichtlich weiterhin angespannt. In dieser fühlen sich Israelis von der palästinensischen Seite und Palästinenserinnen bzw. Palästinenser von Israel oftmals zurecht bedroht.

Regionale Entwicklungen

In Hinblick auf die regionale Lage hat Israel, drittens, einige militärische Erfolge zu verbuchen. Der Iran wurde durch den Krieg im Jahr 2025 geschwächt, die Hisbollah im Libanon durch israelische Angriffe noch weitaus mehr. Arabischer Kritik am Gaza-Krieg zum Trotz hat kein Staat

die mit Israel bestehenden diplomatischen Beziehungen beendet. Im Gegenteil, arabische Staaten haben mit dem Westen zusammen in einer „liquiden Allianz“ zur Abwehr zweier iranischer Raketenangriffe auf Israel beigetragen und sich etwa an der saudisch-französischen Initiative für eine Zweistaatenlösung interessiert gezeigt. Ein Grund hierfür ist auch, dass sich Israels regionale strategische Position durch die Schwächung der Hisbollah und aufgrund des Sturzes des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad Ende 2024 deutlich gebessert hat.

Die Frage wird sein, ob Israel diese vor allem militärisch begründete Stärkung in politisches und diplomatisches Kapital wird umwandeln können. Ohne eine Beendigung des Gaza-Krieges wäre das ohnedies nur begrenzt möglich; in diesem Falle ist eher von einer Fortsetzung der Abstimmung zwischen Israel und der Mehrzahl der Staaten der Region, die weiterhin unterhalb der Schwelle enger Kooperation verbleibt, auszugehen. All diese Staaten eint immerhin ein geopolitisches Interesse daran, dass sich der israelisch-palästinensische Konflikt nicht in einen regionalen Staatenkonflikt wandelt.

Israels internationale Position

Auch davon wird, viertens, abhängen, wie sich Israels internationale Position entwickeln wird. Der Gaza-Krieg ist auch hier ein zentrales Element. Israel steht weltweit im Zentrum teilweise stark polarisierender Proteste. Diese sind einerseits von menschenrechtlich bedingter – und berechtigter – Sorge um die Menschen in Gaza getragen, andererseits in Teilen von einer grundsätzlichen Ablehnung Israels und sogar Antisemitismus begleitet. Israels Regierung wiederum versucht, jegliche Kritik an seinem Vorgehen als Antisemitismus zu brandmarken, was letztlich ein Teil dieser starken, weltweiten Polarisierungstendenzen ist.

Ohne ein Ende des Gaza-Krieges ist jedenfalls eine Zunahme dieser Polarisierung zu erwarten. Mit Blick auf die internationale Politik sieht das jedoch etwas anders aus: Auch hier besteht, etwa innerhalb der Region, Kritik am Vorgehen Israels in Gaza, aber auch der Wunsch nach Stabilität. Geopolitische und geoökonomische Interessen an einer weiterhin engen Zusammenarbeit mit Israel sind stark, inklusive des Ausbaus der Beziehungen im Rahmen der Abraham Accords. Hier wird insbesondere die Rolle der USA zentral sein, und ob diese, wie es sich

im Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Qatar aus dem September 2025 andeutet, ihre strategischen Interessen stärker mit anderen Staaten in der Region verbinden – etwa der Türkei, Saudi-Arabien, Qatar oder der Vereinigten Arabischen Emirate. Zwar stellt dies kein grundsätzliches Abrücken von Israel dar, verweist aber doch auf gewisse US-israelische Spannungen, die selbst innerhalb der Republikanischen Partei zu beobachten sind.

Für Europa besteht im diplomatischen Szenario bloß ein begrenzter, aber potenziell wichtiger Platz. Frankreich ist es im Bündnis mit Saudi-Arabien gelungen, Gehör zu finden. Das unterstreicht die Bedeutung einer engen strategischen Kooperation zwischen Europa und den Golfstaaten. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten können im Falle einer Beendigung des Gaza-Krieges vor allem finanziell und in sicherheitspolitischen Nischen eine Rolle spielen, etwa auch bei der internationalen Koordination der avisierten und äußerst relevanten Entwaffnung der Hamas und der Zerstörung der Tunnelsysteme in Gaza. Die Frage der Anerkennung eines palästinensischen Staates wird weiterhin auf der Tagesordnung bleiben.

Keynotes

- Zwei Jahre nach dem Überfall der Hamas auf Israel und dem seither von Israel geführten Krieg in Gaza bleibt die Lage im Nahen Osten instabil und hoch dynamisch.
- Für das Jahr 2026, wenn die Wahl zur Knesset ansteht, ist eine Zuspiitung des innenpolitischen Machtkampfs in Israel zu erwarten.
- Sowohl die Terroranschläge vom 7. Oktober 2023 als auch der Gaza-Krieg haben jeweils in der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen.
- Ohne einen umfassenden und vorerst nicht zu erwartenden Friedensprozess ist eine weiterhin anhaltend angespannte Sicherheitslage zu erwarten.
- Israel hat zahlreiche militärische Erfolge zu verbuchen, etwa gegen den Iran und die Hisbollah.
- Die Rolle der USA wird in Zukunft zentral sein. Ebenso relevant ist, ob die USA ihre strategischen Interessen stärker mit anderen Staaten der Region verbinden.
- Für Europa ist im diplomatischen Szenario nur ein begrenzter, aber potenziell wichtiger Platz.



Mohammad Bash/Shutterstock.com

Regionales Kräftemessen im Nahen Osten

Walter Posch

Nach dem Sturz des Assad-Regimes verschieben sich die Machtverhältnisse im Nahen Osten. Der Iran verliert an Einfluss, die Türkei stärkt ihre Position in Syrien, während Israel eine ambivalente Haltung einnimmt und den Druck auf verschiedene Akteure in der Region aufrechterhält. Der regionale Konflikt bleibt ungelöst und vielschichtig.

Mit dem Fall des syrischen Assad-Regimes veränderte sich die strategische Gleichung im Nahen Osten. Der Einfluss des Irans wurde reduziert, während der Einfluss der Türkei nun bis Damaskus und somit an die israelische Einflusszone heranreicht. Die neue syrische Regierung unter Ahmad al-Sharaa wurde anstandslos anerkannt – ihrer jihadistischen Wurzeln und der gültigen Terrorlistung in allen internationalen sowie nationalen Terroristen westlicher Staaten, der Türkei, Russlands und der arabischen Staaten zum Trotz. Selbst die Islamische Republik Iran versucht, normale diplomatische Beziehungen mit Damaskus zu unterhalten.

Die neue syrische Regierung ist auf sich alleine gestellt nicht in der Lage, die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen das Land steht. Unterstützung kommt vor allem aus Qatar und aus der Türkei. Letztere fungiert als Schutzmacht und will ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Syrien verstetigen. Gleichzeitig ist man in Ankara darum bemüht, die kurdische Entität „Rojava“ einzuhegen, wobei eine friedliche Auflösung und eine Integration dieser in den syrischen Staat angestrebt wird. Vor diesem Hintergrund ist auch der Friedensprozess mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in der Türkei zu sehen. Vor allem aber ist die Türkei dazu bereit, die neue syrische Armee aufzubauen. Dagegen stellt sich Israel, das bereits unmittelbar nach dem Sturz Assads die strategischen Waffensysteme Syriens ausschaltete.

Im Zwiespalt

Israels Haltung gegenüber den neuen Machthabern in Syrien ist zweiseitig. Einerseits hegt man die nicht unbegründete Hoffnung, dass Jihadisten aus dem Umfeld Sharaas ihren Einfluss im Libanon geltend machen und dort eine neue Front gegen die Hisbollah, den wichtigsten Verbündeten des Irans, eröffnen. Andererseits hat Israel den strategisch wichtigen Golan annexiert und beansprucht Südsyrien als permanente Pufferzone. Eingedenk ihrer Schwäche scheute die syrische Regierung die Konfrontation mit Israel, wofür sie von ihren Anhängerinnen und Anhängern kritisiert wurde. Erst nach dem Gewaltausbruch gegen die Drusen und die anschließende israelische Intervention im Sommer 2025 kritisierte Sharaa Israel und beschwore die Einheit des Landes.

Sharaas Versuch, sich als Präsident aller Syrerinnen und Syrer sowie als Beschützer der Minderheiten zu inszenieren, scheiterte. Denn der aus dem Jihadismus hervorgegangenen Regierung fällt es schwer, die Rechte der christlichen, drusischen und alawitischen Minderheiten zu schützen – das zeigen die Massaker im Frühjahr 2025 in Latakiya und im Sommer 2025 in Suwaida deutlich. Sharaa befindet sich damit in einer Zwickmühle: Dem Westen gegenüber muss er sich aus wirtschaftlichen Gründen minderheitenfreundlich zeigen, was von seiner Basis abgelehnt wird, da diese das Assad-Regime mit Alawitinnen und Alawiten gleichsetzt. Es ist davon auszugehen, dass die notwendigen Versöhnungs- und Reformprozesse durch unterschwellige und eruptiv ausbrechende Identitätskonflikte verschleppt oder verhindert werden.

Zwischen Kalkül und Kontrolle

Für Israel stellt das gegenwärtige Syrien keine akute Bedrohung dar. Das kann sich ändern, sollte sich Israel dazu entscheiden, mit Bodentruppen zu intervenieren. Trotz Waffenstillstands wird Israel den militärischen Druck auf die Hisbollah weiter aufrechterhalten und versuchen, mit internationaler Hilfe die Entmachtung und vielleicht sogar Entwaffnung der Organisation im Libanon zu erreichen. Gleichzeitig bleiben Gaza und die West Bank im Zentrum der israelischen Politik. Teilweise scharfer internationaler Kritik zum Trotz setzt Israel seine harte Politik gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser in Gaza fort, in der Hoffnung, diese mögen „freiwillig“ das Land verlassen. Bisher sträuben sich potenzielle Aufnahmestaaten dagegen, diese aufzunehmen, woran auch die Bilder von Hungersnot und massenweisem Elend nichts ändern.

Militärisch sind die Hamas und ihre Verbündeten noch immer dazu in der Lage, israelische Truppen im Gazastreifen anzugreifen, ohne jedoch eine Entscheidung auf dem Gefechtsfeld herbeiführen zu können. Neben Gaza eskaliert die Lage in der West Bank, wo radikale Siedler im Verbund mit rechtsextremen Milizen regelmäßig palästinensische Dörfer angreifen und auch die Konfrontation mit israelischen Sicherheitskräften nicht scheuen, wenn diese intervenieren. Der beständige Druck der Siedlungsbewegung wird sich politisch in der Annexion weiterer Gebiete in der West Bank manifestieren. Dadurch wird die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) sowohl für die palästinensische als auch die israelische Bevölkerung immer uninteressanter. Das erklärt israelische Überlegungen, die PA durch kleinere, regionale Herrschaftsformen einflussreicher Clans und Stammesführer zu ersetzen.

Hauptfeind: Iran

Auf strategischer Ebene bleibt der Iran der Hauptfeind Israels. Der militärische Schlagabtausch zwischen Israel und Iran im Juni 2025 führte zu keiner Entscheidung. Israel nahm über tausend unbeteiligte iranische Opfer in Kauf, um wichtige Nuklearanlagen zu zerstören und die gesamte Führungsebene der iranischen Streitkräfte und führende Nuklearwissenschaftler zu töten. Iran wiederum traf wichtige Elemente der kritischen Infrastruktur Israels wie Raffinerien, militärische Anlagen und Forschungseinrichtungen. Aufgrund des effizient ausgebauten Zi-

vilschutzes kamen in Israel jedoch weniger als 30 Personen zu Schaden. Die Auseinandersetzung endete nach dem Eingreifen der USA, die drei Nuklearanlagen zerstörten, und dem iranischen Gegenschlag auf den US-Luftwaffenstützpunkt al-Udeid in Qatar, bei dem keine Todesopfer zu beklagen waren.

Unmittelbar vor dem israelischen Angriff hatten die USA und der Iran Gespräche über das iranische Nuklearprogramm geführt. Dabei sollte die Möglichkeit einer Wiederbelebung des gemeinsamen Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) erwogen werden, der 2015 auf EU-Initiative hin beschlossen und 2018 von den USA einseitig aufgekündigt worden war. Dieser Plan regelte die Umsetzung von Sanktionserleichterungen; im Gegenzug erlaubte der Iran Inspektionen der in Wien ansässigen internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

Hintergrund ist das zivile Nuklearprogramm des Irans, das mit russischer Hilfe im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags betrieben wird. Stein des Anstoßes ist dabei das Urananreicherungsprogramm, das internationalen Expertinnen und Experten zufolge nicht in diesem Umfang für ein rein ziviles Programm notwendig ist. Es wird befürchtet, dass dieses Programm das technologische Tor zur Entwicklung von Nuklearwaffen darstellen könnte. Der israelische – und später US-amerikanische – Angriff auf die iranischen Nuklearanlagen sollte die Entwicklung eines potenziellen Nuklearwaffenprogramms bereits im Keim ersticken.

Aus israelischer Sicht muss der Iran weiterhin international isoliert bleiben. Vor allem sollen wichtige Wirtschaftspartner wie die EU ihre Beziehungen zum Iran begrenzen und das Land dadurch einen Schritt näher an den Staatskollaps gebracht werden. Die Nuklearfrage ist dabei nur ein Element, mindestens ebenso relevant ist die Tatsache, dass der Iran der letzte verbliebene Staat ist, der die Palästinenserinnen und Palästinenser gegen Israel unterstützt. Die anderen Regime im Irak, Libyen und Syrien wurden, einer Strategie aus den 1990er Jahren folgend, in den letzten 20 Jahren neutralisiert – oft um den Preis des Staatszerfalls.

Ausblick

Der iranisch-israelische Gegensatz wird auf absehbare Zeit der dominierende Faktor bleiben. Dabei ist jedoch noch unklar, wie sich der Jihadismus weiterentwickeln wird, also ob er auf Syrien begrenzt bleiben, oder der IS mit globalem Anspruch zurückkehren wird. Das bedeutet auch, dass das Kapitel der „irregulären“ bzw. ideologischen Akteure noch lange nicht abgeschlossen ist. Das trifft auch auf die jemenitischen Houthis zu, die nach wie vor in der Lage sind, strategisch zu wirken und sowohl die internationale Schifffahrt als auch Israel aus ideologischen Gründen zu bedrohen.

Den politisch-ideologisch handelnden Akteuren im Nahen Osten fällt die Regression der westlichen (inkl. israelischen) Fähigkeit zur Machtprojektion auf. Operationen wie der Einmarsch Israels in Beirut im Jahr 1982 oder die Befreiung Kuwaits im Jahr 1991 wären heute in dieser Art nicht mehr möglich. Ganz abgesehen vom strategischen Desaster, dass nach 20 Jahren Krieg nun iranfreundliche Gruppen im Irak an der Macht sind und die Taliban nun wieder Afghanistan kontrollieren. Schließlich müssen strategische Planer in Zukunft auch die demographischen Veränderungen und engen Beziehungen der eigenen Bevölkerung mit dem Nahen Osten berücksichtigen.

Keynotes

- Nach dem Sturz von Bashar al-Assad verschiebt sich das Machtgefüge im Nahen Osten. Der Iran verliert, die Türkei gewinnt an Einfluss bis nach Damaskus.
- Die neue syrische Regierung unter Ahmad al-Sharaa wird trotz ihrer jihadistischen Wurzeln international anerkannt. Während er sich gegenüber dem Westen minderheitenfreundlich zeigt, werden die notwendigen Versöhnungs- und Reformprozesse wahrscheinlich durch Identitätskonflikte verzögert oder verhindert.
- Israels Ziel ist einerseits die Schwächung der Hisbollah und der Hamas, andererseits die Etablierung und Sicherung von Pufferzonen.
- Der Iran bleibt Israels Hauptgegner, der regionale Konflikt bleibt komplex und ungelöst.



Stanislaw1999/Shutterstock.com

Osteuropa und Südkaukasus

Christoph Bilban

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 hat die geopolitische Lage in Europa grundlegend verändert. Zwar war eine Änderung der Dynamik mit Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps in den USA absehbar, ein Ende des Krieges ist aber auch Ende 2025 noch nicht in Sicht. Für das Jahr 2026 ist eine Vereinbarung zwischen dem russischen Machthaber Vladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj deutlich wahrscheinlicher. Der Fortgang des russischen Krieges in der Ukraine bleibt auch im Jahr 2026 bestimmend für die Lage in Osteuropa und dem Südkaukasus.

Der im Jahr 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine veränderte die geopolitische Lage in Europa und bleibt auch im Jahr 2026 ein für die Lage in Osteuropa und dem Südkaukasus bestimmender Faktor. Derzeit verschlechtert sich die Lage für die Ukraine aufgrund von Rekrutierungsschwierigkeiten, aber auch aufgrund

der im zweiten Halbjahr 2025 nachlassenden Unterstützung der EU und aufgrund ausbleibender US-Waffenlieferungen. Es war abzusehen, dass sich die Lage der Ukraine mit Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps verschärfen würde.

Aber auch für Russland brachte das Jahr 2025 keine militärischen Durchbrüche, wenngleich der russische Präsident Vladimir Putin durch die Aufnahme von Verhandlungen mit den USA einen Erfolg erzielen konnte. Die US-Vermittlung zwischen Kyiv und Moskau brachte allerdings bisher keinen Durchbruch. Für das Jahr 2026 erscheint eine Vereinbarung zwischen Putin und Selenskyj als deutlich wahrscheinlicher, da sich die bestehenden militärischen und wirtschaftlichen Probleme beider Seiten aller Voraussicht nach nicht verbessern werden.

Russlands nicht-militärischer Angriff auf Europa

Russlands Vollinvasion der Ukraine zu Beginn des Jahres 2022 machte deutlich, dass es sowohl das Potenzial als auch den Willen besitzt, seine Ziele in internationalen Konflikten mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Mit Blick auf die Kriegsdefinitionen der russischen Militärdoktrin 2014 befindet sich Russland in der Ukraine in einem „regionalen Krieg“, wenngleich es offiziell noch immer von einer „speziellen Militäroperation“ spricht. Die russischen militärischen und politischen Ziele bleiben die „Demilitarisierung“ und die sicherheitspolitische Neutralisierung der Ukraine sowie ein Regimewechsel. Als weiteres Ziel strebt Moskau die Schaffung einer sicherheitspolitischen Pufferzone bis nach Mitteleuropa an, was auch im Jahr 2026 mit allen Mitteln, ausgenommen militärischen, weiterverfolgt wird.

Russlands hybride Maßnahmen reichen dabei von physischen Angriffen auf kritische Infrastrukturen über Cyber-Angriffe bis hin zu Sabotage und Spionage. Moskau setzt außerdem auf die Beeinflussung regierender als auch oppositioneller Parteien, eine gezielte Informationskriegsführung gegen die Bevölkerung und die Unterstützung radikaler Gruppen im gesamten politischen Spektrum – sowohl in Europa als auch den USA. Die Frage, ob Russland EU-Mitgliedsstaaten „angreifen“ wird, stellt sich daher nur bedingt. Es verfolgt seine Ziele bereits in drei von vier Machtkategorien: Diplomatie, Wirtschaft und Information. Es ist anzunehmen, dass diese Aktivitäten im Jahr 2026 zunehmen werden,

insbesondere vor dem Hintergrund rezenter Wahlsiege pro-russischer Politikerinnen und Politiker.

Krieg als Option

Ein bewaffneter Angriff auf einen EU-Mitgliedsstaat bleibt in absehbarer Zeit eine denkmögliche Option. Die Eigenwahrnehmung als Großmacht steht auch im Jahr 2026 im Zentrum russischer Außenpolitik. Donald Trumps Haltung gegenüber dem Krieg in der Ukraine, die als immer stärker genervt charakterisiert werden kann, zeigte Putin, dass er seine Ziele durch diese „spezielle Militäroperation“ erreichen kann. Dabei geht es nicht nur um den militärischen Sieg über die Ukraine, sondern auch um Russlands Wunsch, wieder als hegemoniale Macht in Europa Einfluss nehmen zu können. Ein Rückzug der USA in eine neue „Splendid Isolation“ würde Putin den Weg dafür ebnen.

Seit 2025 ist unklar, wie die USA ihre Rolle in der NATO und in Europa verstehen. Entscheidend für Russlands Absicht, einen EU-Mitgliedsstaat anzugreifen, bleibt daher die russische Einschätzung der US-Rolle in Europa. Solange die NATO-Beistandsverpflichtung funktioniert und insbesondere die USA dabei ihre militärischen Mittel im vollen Umfang weiterhin für die Bündnisverteidigung bereitstellen, würde ein solcher Angriff für Russland wohl nur zur Erreichung eines „fundamentalen Ziels“ infrage kommen. Das umfasst etwa das eigene Überleben als Staat. Für einen solchen, als „großen Krieg“ bezeichneten, Fall könnte Moskau wohl bereits heute seine noch vorhandenen wirtschaftlichen, militärischen und personellen Ressourcen mobilisieren – auch, wenn die Erfolgsaussichten gering erscheinen mögen. Die Motivation für einen solchen „großen Krieg“ scheint in den militärischen und politischen Führungskreisen in Russland, soweit erkennbar, gering. Nichtsdestotrotz wird die russische Bevölkerung seit 2012 und verstärkt seit 2022 propagandistisch auf einen solchen Fall vorbereitet. Das Risiko ist daher nicht zu ignorieren.

Risiko: Dysfunktionale NATO

Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos nimmt mit der, in Moskau allenfalls so beurteilten, Dysfunktionalität der NATO deutlich zu. Ein Rückzug der USA aus den Verteidigungsstrukturen oder die Zunahme

russlandfreundlicher Regierungen in NATO-Mitgliedsstaaten könnten diese Beurteilung in Moskau fördern. Würde ein räumlich begrenzter Angriff auf einen EU- und NATO-Mitgliedsstaat keine militärische Reaktion, sondern eine Spaltung der NATO hervorrufen, könnte Russland einen Angriff aus heutiger Sicht als möglich erachten. Neben einer begrenzten militärischen Operation wäre mit nuklearen Drohungen und umfangreichen Sabotageaktionen in Europa zu rechnen.

Durch einen Zusammenbruch der NATO, und möglicherweise infolgedessen auch der EU, würde Russland seine gewünschte sicherheitspolitische Puffer- und politische Einflusszone bis Mitteleuropa erreichen. Für ein solches Szenario müsste Russland jedoch davor den Krieg in der Ukraine zumindest temporär beenden, um sein volles militärisches Bedrohungspotenzial wiederzuerlangen. Europäische und nordamerikanische Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass Russland nach einem Waffenstillstand zwischen fünf und zehn Jahren benötigen wird, um seine Streitkräfte wieder zu regenerieren und neu auszurichten. Bereits heute ist erkennbar, dass nicht alle neu produzierten Rüstungsgüter bzw. Munition im Krieg gegen die Ukraine eingesetzt werden – der Aufbau neuer Reserven läuft bereits.

Österreich wäre von einem solchen Risiko vor allem dadurch betroffen, dass es eine zentrale Drehscheibe für Bewegungen von Süd- nach Nordeuropa oder von West- nach Mittelost- und Südosteuropa darstellt. Um die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Szenarios kontinuierlich zu verringern, sollten einerseits schon getroffene Maßnahmen zur Auf- und Nachrüstung fortgesetzt werden. Zudem muss Europa seine eigenständige Verteidigungsfähigkeit unabhängig von den USA ausbauen. Flexible europäische militärische Führungsstrukturen und ein umfassendes Luftverteidigungssystem sind ein wesentlicher Teil davon. Andererseits sollten diplomatische Begleitmaßnahmen nicht außer Acht gelassen werden.

Vulnerable Region zwischen den Machtblöcken

Von der Schwäche der regelbasierten Weltordnung besonders betroffen bleiben die Staaten zwischen der EU und Russland. Im Südkaukasus wird im Jahr 2026 die autoritäre Regierungsführung in Georgien wohl weiter ausgebaut werden. Die Regierung der Partei „Georgischer Traum“ hat sich

die EU-Beitrittsperspektive damit vorerst verwehrt. Für die ungelösten Konflikte mit Abchasien und Südossetien hat dies vor allem humanitäre Folgen. Gemeinsam mit der Auflösung der US-Behörde für internationale Entwicklung (United States Agency for International Development, USAID) trifft die Einstellung von Hilfsprogrammen in erster Linie die vom Konflikt betroffene Bevölkerung. Russlands De-Facto-Herrschaft über diese beiden Regionen wird von Tiflis hingenommen. Moskau zeigt keine Absichten, die beiden Gebiete zu annexieren. Tiflis baut seine Beziehungen mit Moskau vor allem wirtschaftlich weiter aus. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieser Trend auch im Jahr 2026 fortsetzen wird.

Positivere Aussichten bestehen für die Republik Moldau. Dort konnte sich nach den Präsidentschaftswahlen 2024 und Parlamentswahlen 2025 die pro-europäische Präsidentin Maia Sandu mit ihrer Regierungspartei trotz russischer Einflussnahme an den Wahlurnen behaupten. Entscheidend für die weitere Entwicklung wird im Jahr 2026 sein, ob die Regierung die bestehende Polarisierung auflösen kann. Im Jahr 2026 könnte indes eine Lösung des Konflikts mit der Region Transnistrien vorangetrieben werden. Das pro-russische Regime in Tiraspol gerät seit der Einstellung der russischen Gaslieferungen über die Ukraine Anfang 2025 immer mehr unter Druck. Dennoch bleibt Transnistrien für Moskau ein Hebel für Versuche, die Republik Moldau zu destabilisieren. Die EU kann hier mit ihrer GSVP-Mission und im Rahmen des Beitrittsprozesses aktiv zur Stärkung der Resilienz des Landes beitragen.

Im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan zeichnet sich, nach Unterzeichnung der von US-Präsident Trump vermittelten Washingtoner Deklaration vom August 2025, mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Friedensabkommen ab. Die Zeitleiste dafür ist aber nicht ganz klar. Positive Signale sind sichtbar, aber schwierige Fragen könnten auch im Jahr 2026 noch vertagt werden. Baku hat 2025 sein Ziel des Korridors durch Südarmenien zu seiner Exklave Nachitschewan – nun als Trump Road for International Peace and Prosperity bezeichnet – erreicht. Der Korridor wird bereits umgesetzt.

Der größte Unsicherheitsfaktor dafür, ob Armenien einen Friedensvertrag auch langfristig akzeptieren können wird, sind die armenischen Parlamentswahlen im Jahr 2026. Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan zeigt sich jedenfalls gewillt, einen solchen Vertrag zu unterzeichnen, während Aserbaidschan noch die armenischen Wahlen ab-

warten könnte. In Armenien zeichnete sich Ende des Jahres 2025 ein Konflikt zwischen Regierung und Opposition ab, der von Russland noch zur Destabilisierung ausgenutzt werden könnte. Sollte es zu einem nachhaltigen Frieden im Südkaukasus kommen, müsste Moskau um seine Militärbasis in Armenien fürchten. Die armenischen Wahlen 2026 sind daher mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Folglich wird Armenien seine multivektorielle Außenpolitik, die zukünftige Abhängigkeiten vermeiden soll, weiter ausbauen. Die EU ist dabei einer von mehreren Partnern Jerewans.

Keynotes

- 2026 werden die sprunghafte Außenpolitik der USA und die Fähigkeit Europas, weiterhin Unterstützung für die Ukraine zu leisten, wesentliche Faktoren für den Fortgang des Ukrainekrieges sein.
- Eine gemeinsame EU-Linie in sicherheitspolitischen Fragen gegenüber Russland und auch Osteuropa wird zunehmen schwieriger zu finden sein.
- Österreich sollte im Jahr 2026 daher im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten zur Stärkung einer geeinten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik beitragen.
- Angesichts der kontinuierlichen hybriden Angriffe in Europa sollte Österreich die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern zur Erkennung und Abwehr dieser Bedrohungen 2026 noch verstärken.
- Die EU-Politik gegenüber den meisten Nachbarn in Osteuropa und im Südkaukasus wird 2026 vor allem von pragmatischer Kooperation geprägt sein. Die Ukraine und die Republik Moldau werden als EU-Beitrittskandidaten weiterhin besonders unterstützt.



Sicherheitslage im Sahel

Russlands imperialistischer Schachzug an Europas Südflanke

Will Brown

Russland nutzt das Machtvakuum im Sahel nach dem Rückzug des Westens, um mit Söldnern, Propaganda und wirtschaftlicher Einflussnahme neue Abhängigkeiten zu schaffen. Die daraus entstehende Instabilität bedroht Europas Sicherheit durch Migration, Desinformation und regionale Konflikte.

Der Rückzug des Westens aus dem zentralen Sahel hat ein Vakuum hinterlassen, das Moskau nunmehr befüllt – mit einer potenten Mission aus angeheuerten Kräften und Kriegsführung im Informationsraum. Libyen dient als Eintritts- und Knotenpunkt in den Sahel; indes haben Mali, Burkina Faso und Niger ihre Partnerschaften mit dem Westen durch die Zusammenarbeit mit russischen Auftragsnehmern und Propagandamühlen ersetzt. Das Resultat: Ein Fragilitätsgürtel, der sich über West- und Nordafrika zieht, bis zum Sudan reicht und Europa

über Migration, transnationale organisierte Kriminalität und Informationsoperationen beeinflusst.

Aktuelle Lage im Sahel

Das russische Afrikakorps, das größtenteils aus Überbleibseln der Gruppe Wagner besteht, umfasst etwa 10 000 Personen und hat Ambitionen, aufzuwachsen. Trotz eines formellen „Rückzugs“ der Wagner-Gruppe, sind nach wie vor etwa 2000 russische Söldnerinnen bzw. Söldner in Mali aktiv. Deren Bilanz ist verheerend: Das Massaker in Moura im Jahr 2022 forderte etwa 500 zivile Todesopfer, Unfälle im Luftraum und veraltete Ausrüstung widerlegen Behauptungen der malischen Junta, dass es Fortschritte im Sicherheitsbereich gebe. Das Debakel von Tinzaouatène im Juli 2024, bei dem ein Konvoi der malischen Armee und der Gruppe Wagner in einen Hinterhalt gelockt wurde, resultierte in schweren Verlusten für sowohl Mali als auch Russland. Infolgedessen begann sich der Zusammenhalt der Junta zu lockern, was zu zahlreichen Verhaftungen führte.

In Burkina Faso haben sich jihadistische Gruppen in ländlichen Gegenenden verankern können, während sich die Regierung langsam in Richtung der Hauptstadt Ouagadougou zurückzieht und ihre dürftigen Ressourcen in die Online-Mythoserzeugung steckt. Nigers „Pivot“ von Frankreich und den USA bewirkte, dass es sich nunmehr auf eine dünnere Mischung aus Partnern und Ausbildnern verlassen muss. Es folgt nun demselben Weg wie Burkina Faso und verlässt sich auf Mitglieder sogenannter „Patriotischer Milizen“, was voraussichtlich Schwierigkeiten in der Regierungsführung und sich weiter ausbreitende Gewalt zur Folge haben wird.

Regionale Instabilität

Sind die Regime im Sahel stabil? Sie kontrollieren Städte, befehlen Luftschläge und dominieren das Internet. Nichtsdestotrotz fällt ihnen die Kontrolle von Straßen, Märkten oder des Landes schwer. Verlustreiche Operationen, Korruption in Zusammenhang mit Vertragsabschlüssen und die Auslagerung von Aufgaben an Milizen stellen die Streitkräfte vor große Herausforderungen und unterminieren sie von innen heraus. Regionale Instabilität breitet sich aus. Togo rückte näher an Moskau heran, um

Unterstützung gegen jihadistische Gruppen zu erhalten, die über seine nördliche Grenze in das Land eindringen. Wahrscheinlich wird es in Bälde Operationen des Afrikakorps zulassen. Indes betreibt Guinea eine Hedging-Strategie, während Äquatorialguinea russischen Truppen bereits gestattet, im Land zu operieren, um das Regime zu schützen.

Zugleich führte die Joint Force der Konföderation der Sahelstaaten zu einem offiziellen Bruch mit der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS und vertieft die strategische Neuausrichtung der Region. ECOWAS hat zwar einiges an Relevanz und Glaubwürdigkeit eingebüßt, insbesondere nach der gescheiterten Politik der Abschreckung nach dem Putsch in Niger im Jahr 2023, ist aber nicht irrelevant. Die Organisation spielt immer noch eine wichtige Rolle für Sanktionen, Mediation und Handel. Hier besteht die größte Herausforderung darin, ihren Einfluss bei den Juntas der Region wieder aufzubauen.

Die Republik Tschad verdient besondere europäische Aufmerksamkeit. Zwischen dem sudanesischen Bürgerkrieg, den libyschen Milizen und dem Söldnerkorridor der Zentralafrikanischen Republik gelegen, steht das Land vor besonderen Herausforderungen. Nach dem Rückzug Frankreichs umwirbt der Tschad die Türkei aufgrund von möglichen Drohnenlieferungen und die Vereinigten Arabischen Emirate aufgrund des Geldflusses. Zugleich testet es russische Offerte. Diese Fragilität lockte zuletzt auch andere europäische Akteure an. Ungarn beispielsweise prüft eine Präsenz im Tschad, offiziell zur Migrationskontrolle und Unterstützung für christliche Gruppen. Dies würde mit seiner toleranten Außenpolitik gegenüber Russland in Einklang stehen. Ob dies den Tschad stabilisiert oder die EU in einen weiteren fragwürdigen Sicherheitsdeal verwickelt, bleibt abzuwarten.

Flucht und Propaganda

Vertreibung ereignet sich aktuell lediglich regional. Die meisten Flüchtlinge aus dem Sahel bewegen sich eher innerhalb Westafrikas als nach Europa. Allerdings sind die Zahlen alarmierend. Allein im Jahr 2024 flohen über 127000 Burkinerinnen und Burkiner in Richtung der westafrikanischen Küstenstaaten. Ungefähr Mitte des Jahres 2025 kam es zu neuerlichen Flüchtlingsströmen aus Burkina Faso nach Mali. Diese bleiben vor allem aufgrund der Kosten, des Gemeinschaftszusammenhalts

und der Gefahren der nördlichen Routen intra-regional. Das könnte sich allerdings bald ändern. Sollten die Hauptstädte und die Küstenstaaten des Sahel weiterhin Druck verspüren, werden sich wahrscheinlich weitere Personen in Richtung Nordafrika und Europa aufmachen. Manche Berichte zeigen zudem, dass Russland Einfluss auf diverse Migrantschmuggel-Netzwerke in Libyen nimmt.

In jedem Fall gedeihen Schmuggel und Jihadismus in Räumen, in denen ein Machtvakuum vorherrscht. Libyens Häfen und Routen durch die Wüste verbinden das Chaos des Sahel mit dem Mittelmeer, was auch Flüchtlingsströme betrifft. Die Ankünfte in Italien über die libyschen Korridore nehmen bereits wieder zu. Russland versteht die Politik dieser Flüchtlingsströme, und eines seiner Kernziele ist offensichtlich, Einfluss über an Küsten gelegene Knotenpunkte und die Routen im Sahel zu gewinnen. Das würde Moskau Einfluss auf innereuropäische Debatten geben.

Souveränitätsdiskurse und Informationsarchitektur

Die Juntas der Sahel-Region folgen einem Souveränitätsdiskurs, spielen mit legitimen afrikanischen Diskussionen um Pan-Afrikanismus, Anti-Kolonialismus und Souveränismus – über die extensiven, russisch trainierten Propagandanetzwerke. Diese Bemühungen werden durch russische Narrative in diversen Sprachen, darunter Französisch, Englisch, Arabisch und weitverbreitete afrikanische Sprachen unterstützt. Diese Kanäle wurden dabei sorgfältig kultiviert, sodass sie organisch und lokal erscheinen. Die Auswirkungen dieses Netzwerks sind schwer zu quantifizieren, aber sie beeinflussen zweifellos die Wahrnehmung westlichen Engagements negativ. Im Gegenzug befeuern sie Russlands Attraktivität. Ein weiteres Ziel scheint die Einflussnahme auf die afrokaribische Diaspora in Europa und Nordamerika zu sein.

Russland versucht mit seiner Politik im Sahel, diese Staaten in Richtung Moskau zu orientieren. Desillusioniert von der westlichen Konditionalität sehen manche Regierungen das Modell der BRICS+ als Finanzierungsquelle und diplomatische Deckung. Moskaus Souveränitätsnarrativ trifft in der jeweiligen Bevölkerung einen Nerv – sogar dort, wo Eliten gegenüber Russland vorsichtig bleiben, da der Westen als moralisierend wahrgenommen wird, was Menschenrechte und Regierungsführung betrifft.

Das Risiko für Europa besteht nicht nur darin, dass sich mehr Putsche ereignen können, sondern in einer langlebigen Informationsarchitektur, die Befremdung zwischen Europa und Afrika fest etabliert.

Handlungsoptionen für Europa

Europas Glaubwürdigkeit kann durch eine robustere Sicherheitsantwort in der Region gestärkt werden, die russischer Einflussnahme entgegenwirken würde. Die Europäische Friedensfazilität ist hier auf dem richtigen Weg, aber Europa hat nach wie vor kein wirksames Gegenmittel gegen feindliche staatliche Akteure. So kann beispielsweise europäische Munition in Benin lediglich zu Trainingszwecken verwendet werden, was für Kritik an der europäischen Scheinheiligkeit sorgt. Lieferungen, die eine genuine Veränderung auf dem Schlachtfeld herbeiführen sind dabei relevant: Trainings mit echter Ausstattung, Enabler für schnelle Reaktionsfähigkeit und das Tracking von Schäden für Zivilistinnen und Zivilisten – gemeinsam mit afrikanischen Partnern.

Russische Einflussnahme und Finanzierungsketten sollten dabei als transnationale, kriminelle Unternehmungen behandelt werden. Diejenigen, die diese Unternehmungen ermöglichen, sollten konsequent sanktioniert werden, und zwar durch die EU, Großbritannien, die USA, Kanada, die Schweiz und Norwegen. Der Druck auf Propagandistinnen und Propagandisten, die ungestört auf europäischem Boden tätig sind, sollte erhöht werden. Weiters sollte Europa damit beginnen, sich im Informationsraum zu wehren. Geldmittel sollten nicht in Konferenzen, sondern in afrikanische Medien wie beispielsweise in Lokalradios und vertrauenswürdige Kabelanbieter fließen. Ebenso können vertrauenswürdige Fact-Checker und lokale Influencer finanziert werden, die Moskaus Korruption, Misshandlungen und Sicherheitsschwächen in der Region offenbaren.

Keynotes

- Der Rückzug des Westens aus dem Sahel hat ein Machtvakuum geschaffen, das Russland mit militärischen Mitteln und Informationskriegsführung zu füllen versucht.
- Moskau nutzt Söldner, Propaganda und Souveränitätsrhetorik, um Regierungen in Mali, Burkina Faso und Niger an sich zu binden und seinen Einfluss regional auszuweiten.
- Die Kombination aus fragilen Regimen, Milizen, Migration und russischer Einflussnahme destabilisiert Westafrika und wirkt über Libyen bis nach Europa.
- Europas Antwort muss in glaubwürdiger Sicherheitsunterstützung, Sanktionen gegen russische Netzwerke und einer offensiven Informationsstrategie bestehen.



Langwieriger Krieg im Sudan und die Gefahr regionaler Folgen

Sara de Simone und Lucia Ragazzi

Die in der Anfangsphase des Krieges im Sudan befürchteten Folgen beginnen nun, 31 Monate nach Beginn des Konflikts, zunehmend einzutreten. Im Sudan ereignet sich eine der schwersten humanitären Krisen der Welt, im Zuge derer es auch zu Massenvertreibungen kommt. Das stellt sowohl den Sudan als auch dessen Nachbarstaaten vor massive Herausforderungen. Diplomatischen Bemühungen sind oft durch die Entwicklungen vor Ort Grenzen gesetzt. Sollte der Konflikt fortdauern, werden dessen Schockwellen in der gesamten Rotmeer-Region und darüber hinaus zu spüren sein.

Der Krieg im Sudan eskalierte zu einer der schwersten humanitären Krisen weltweit, über deren Ausmaß kaum berichtet wird. Der Konflikt weitete sich über Schlüsselregionen hinaus aus und verwandelte urbane Zentren ebenso wie das landwirtschaftlich geprägte Kernland in ein Schlachtfeld. Im Jahr 2025 schätzte das UN-Büro für die Koordinierung von humanitären Angelegenheiten (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, UN OCHA), dass überwältigende 30 Mio. Menschen dringend humanitäre Hilfe benötigen – über die Hälfte der sudanesischen Bevölkerung. Etwa zwölf Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht; bei acht Millionen handelt es sich um Binnenvertriebene und vier Millionen haben Zuflucht in den Nachbarstaaten des Sudan gesucht, insbesondere im Tschad, dem Südsudan und Ägypten.

Situation vor Ort

Der Kollaps essenzieller Leistungen führte zu akuten Mangellagen. Die Gesundheitsversorgung hat weitgehend aufgehört, zu funktionieren, und weite Gebiete sehen sich einer katastrophalen Lebensmittelknappheit ausgesetzt. Im Norden der Provinz Darfur ist bereits bestätigt, dass es sich um eine Hungersnot handelt, und weitere Regionen sind einem erheblichen Risiko ausgesetzt. Berichte über die weitverbreitete Tötung von Zivilistinnen und Zivilisten, sexuelle Gewalt und die Zerstörung von Infrastruktur intensivieren diese Krise.

Die Kämpfe zwischen den Sudan Armed Forces (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) begannen, als die fragile Allianz zwischen deren Anführern, Abdel Fattah al-Burhan und Mohammed Hamdan „Hemedti“ Dagalo, zusammenbrach. Das Ziel dieser Allianz war es eigentlich, die Kontrolle über den post-revolutionären Sudan nach der Entmachtung Omar al-Bashirs wiederzuerlangen. Seither durchlief der Konflikt mehrere Phasen, in denen sich beide Konfliktparteien mit verschiedensten lokalen Milizen verbündeten. Die SAF schienen Ende 2024 und Anfang 2025 monatelang die Oberhand zu gewinnen; so gelang es ihnen etwa, die Hauptstadt Khartum zu erobern. Allerdings starteten die RSF Offensiven in Kordofan und den wenigen Gebieten in Darfur, die nach wie vor nicht unter ihrer Kontrolle standen. Am wichtigsten dabei war die Hauptstadt Nord-Darfurs, al-Fashir.

Nach einer 18-monatigen Belagerung fiel die letzte SAF-Garnisonstadt in Darfur an die RSF. Obgleich der Zugang zu diesem Gebiet strikt begrenzt bleibt, vermeldeten sowohl UN-Agenturen als auch Hilfsgruppen zahlreiche Gräueltaten, ethnisch motivierte, gezielte Tötungen und eine Massenflucht in das benachbarte Tawila. Der Durchbruch der RSF stärkt die Position der paramilitärischen Gruppe, die nun die Kontrolle über fast ganz Darfur ausübt. Die RSF werden sich nun wahrscheinlich darauf konzentrieren, ihre Präsenz in der Region zu konsolidieren, während sich die Kämpfe in Schlüsselgebiete ins nördliche und südliche Kordofan verlagern werden.

Teilung steht im Raum

Die gegenwärtige Verteilung der Kräfte, bei der die RSF den Westen und die SAF sowohl den Osten als auch den Norden des Landes kontrollieren, lässt die Furcht vor einer faktischen Teilung des Sudan aufkommen. Diese wird durch den Umstand bestätigt, dass beide Seiten Parallelregierungen gebildet haben. Die SAF bildeten eine Regierung in Port Sudan, während die RSF eine zivile Parallelregierung (Tasis) in Nyala eingerichtet haben, die von Hemedti angeführt wird.

Eine derartige Teilung würde sowohl für die Region als auch die bereits zutiefst leidgeprüfte Bevölkerung des Sudan wesentliche Unsicherheiten bedeuten. Die Ereignisse, inklusive wiederholter Drohnenangriffe in Kordofan und um Khartum im November 2025, legen nahe, dass weder al-Burhan noch Hemedti dieses Szenario als optimal beurteilen. Es ist wahrscheinlich, dass beide versuchen, einen militärischen Sieg herbeizuführen, um ihre Autorität über das gesamte Land zu etablieren.

In den vergangenen Monaten wurden neue Friedensinitiativen gesetzt. Die afrikanisch geführte Diplomatie hat zwar an Schwung verloren, allerding hat eine quadrilaterale Gruppe bestehend aus den USA, Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) am 12. September 2025 eine gemeinsame Erklärung verlautbaren lassen, in der ein Waffenstillstand im Sudan gefordert wird. Es folgten indirekte Verhandlungen, die allerdings durch die militärischen Entwicklungen Ende Oktober 2025 unterbrochen wurden.

Die Zusammensetzung dieser Initiative reflektiert die Rolle der regionalen Dynamik im Sudan. Die VAE sollen die RSF unterstützen, was Abu Dhabi wiederholt bestritten hat. Die SAF erhalten angeblich sicherheitspolitische Unterstützung aus Ägypten und Saudi-Arabien. Ein vorgeschlagener humanitärer Waffenstillstand, den die RSF am 6. November 2025 akzeptiert haben, trat aufgrund der Weigerung der SAF, direkt mit der RSF zu verhandeln, nicht in Kraft. Vor diesem Hintergrund und wiederholter Versuche diese Pattsituation aufzubrechen zum Trotz, erzeugten starke externe Allianzen eine Situation, in der beide Konfliktparteien eine militärische Lösung einer Verhandlungslösung vorziehen.

Auswirkungen weit über den Sudan hinaus

Angesichts der anhaltenden Gewalt besteht Sorge über die Instabilität der weiteren Entwicklungen. Die Vielzahl von Flüchtlingen setzt bereits vulnerable Nachbarstaaten unter Druck, wie in den Grenzgebieten zum Tschad und dem Südsudan zu beobachten ist. Dort haben die ökonomischen Auswirkungen des Krieges die bereits volatile politische Situation noch verschlimmert. Regionale Nachbarn fürchten auch die indirekten Konsequenzen eines fortgesetzten Konflikts. Schwache Regierungen innerhalb eines solch weitreichenden Gebiets könnten kriminelle Netzwerke befördern, die unter anderem in Waffenschmuggel bzw. Menschenhandel verwickelt sind, und terroristischen Gruppen einen sicheren Hafen bieten. Das würde die regionale Stabilität weiter gefährden.

Die lange Küstenlinie des Sudan verleiht ihm strategische Bedeutung, sowohl für die Anrainerstaaten des Roten Meeres als auch für Europa, sowohl in Zusammenhang mit Sicherheit als auch maritimer Lieferketten. Dieses Gebiet ist durch seine räumliche Nähe zum Gaza-Krieg im Norden und Houthi-Aktivitäten im Süden von extremer Volatilität geprägt. Die Krise im Sudan hat jedoch auch für die Mittelmeerregion Auswirkungen, etwa durch eine Vielzahl an Flüchtlingen, die in Libyen und Ägypten Zuflucht suchen, obwohl die meisten Sudanesinnen und Sudanesen innerhalb der Region bleiben.

In diesem Kontext wurde europäisches Engagement primär durch humanitäre Hilfe sichtbar, insbesondere durch Initiativen wie etwa die London Sudan Conference im April 2025. Humanitäre Hilfe ist zwar essenziell, aber unzureichend. Eine militärische Lösung erscheint auf-

grund der fehlenden klaren Überlegenheit einer der beiden Seiten auf dem Schlachtfeld zunehmend außer Reichweite. Eine Waffenstillstandsvereinbarung ist also dringender denn je.

Keynotes

- Die Lage vor Ort erhöht das Risiko der Spaltung des Sudan, während die Kämpfe andauern.
- Es kommt zu neuen diplomatischen Vorstößen, obwohl diese mit den militärischen Entwicklungen nicht mithalten können.
- Fortgesetzte Kämpfe gefährden die Stabilität der gesamten Region und könnten zur Bildung einer unregierbaren Zone in Nachbarstaaten und über das Rote Meer beitragen.
- Humanitäre Hilfe und ein langfristiger Waffenstillstand sind essenziell.



Sicherheitskonzeptionen und der Globale Süden

Oliver Keßler und Siddharth Tripathi

Dominante Sicherheitskonzeptionen im Bereich der internationalen Politik stellen westliche Erfahrungen und Modelle ins Zentrum. Insbesondere trifft die Intensivierung geopolitischer Rivalitäten, die zu einer zunehmend fragmentierten internationalen Sicherheitsordnung führt, den Globalen Süden auf andere Weise. Die ambivalente Positionierung von Mächten wie Brasilien, China, Indien und Russland verstärkt diese Komplexität. Ihre Beziehungen zu anderen Staaten vereinen rhetorische Unterstützung für transformativen Wandel, aber auch aktive Beteiligung am breiteren geopolitischen Wettbewerb um Einfluss und normative Autorität im internationalen System.

Die neue internationale Konstellation, die zunehmend Mächte wie Brasilien, China, Indien und Russland berücksichtigt, führt zu einer Vielzahl an Vorstellungen und Projekten. Wenn sich westliche Staaten weiterhin an etablierten Deutungsmustern orientieren, bleiben diese unverständ-

lich. Stattdessen müssen westliche Staaten Sicherheitskonzepte aus dem Globalen Süden verstehen und rekonstruieren, auch wenn diese westlichen Expertinnen und Experten als fremd erscheinen mögen. Diese Notwendigkeit ist nicht nur aufgrund des westlichen Anspruchs gegeben, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, sondern aus dem Interesse, die eigene Zukunft zu sichern.

Sicherheit aus Sicht des Globalen Südens

Mit dem Aufstieg der Länder des Globalen Südens haben sich eigenständige regionale und ideologische Verständnisse von Sicherheit herausgebildet. Für viele postkoloniale Staaten geht Sicherheit weit über die Abwesenheit militärischer Bedrohungen hinaus und umfasst Handlungsfähigkeit, Autonomie, Entwicklung und Resilienz innerhalb einer strukturell ungleichen internationalen Ordnung. Aus postkolonialer Perspektive spiegelt das Sicherheitsverständnis des Globalen Südens historische Erfahrungen von Kolonialismus, Unterwerfung, Marginalisierung und Abhängigkeit wider. Hier könnte etwa auf Tarak Barkawis und Mark Laffeys Artikel „The Postcolonial Moment in Security Studies“ oder auf Peter Kragelunds Artikel „South–South cooperation“ verwiesen werden. Das Fortbestehen ungleicher Handelsbeziehungen, Schuldenhierarchien und politischer Auflagen, die von Großmächten und multilateralen Institutionen erzwungen werden, gilt als strukturelle Form von Unsicherheit.

Daraus folgt, dass Sicherheit im Globalen Süden anders ausgerichtet ist, als es im Westen üblich ist. Für die USA und Europa hängt globale Stabilität mit der Bewahrung einer liberalen Ordnung zusammen, die auf demokratischer Regierungsführung und offenen Märkten beruht – ein Anspruch, der jedoch oftmals bestritten wird (vgl. „Contestation in a World of Liberal Orders“, 4(2) Global Studies Quarterly). Aus Sicht des Globalen Südens war diese liberale Ordnung jedoch nie wirklich liberal. Westliche Sicherheitsstrategien werden dort häufig als Instrumente von Zwangsbereinflussung wahrgenommen, die Entwicklungs-prioritäten geopolitischen Kalkülen unterordnen.

Nicht-westliche Sicherheitsprojekte

Im Vergleich zu den USA und Europa positioniert sich China als Partner des Globalen Südens, etwa durch Initiativen wie die Belt and Road Initiative (BRI), die den Ausbau von Infrastruktur und gemeinsame Entwicklung in Asien und Afrika fördern sollen. Viele Entwicklungsstaaten sehen Chinas Engagement als Chance, wirtschaftliche Partnerschaften zu diversifizieren und ihre Abhängigkeit von westlichen Institutionen zu verringern – Bedenken hinsichtlich Verschuldungsabhängigkeit, Umweltstandards und asymmetrischer politischer Einflussnahme zum Trotz (vgl. hierzu Georg Lammichs Artikel „China's evolving security engagement in Africa“).

In ähnlicher Form behauptet Russland seinen Einfluss durch Waffenlieferungen, Energiediplomatie und politische Unterstützung für anti-westliche Regime, insbesondere in Afrika und Teilen Lateinamerikas. Indiens Konzept umfassender Sicherheit und seine Politik des Multi-Alignment, die wirtschaftliches Wachstum, Energiezugang, technologische Eigenständigkeit und maritime Stabilität im Indo-Pazifik umfasst, spiegeln den Anspruch wider, Autonomie und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Brasilien wiederum repräsentiert die lateinamerikanische Ausprägung eines Sicherheitsverständnisses des Globalen Südens, das stärker auf friedliche Konfliktlösung, regionale Integration und entwicklungsorientierte Souveränität setzt und einen Ansatz fordert, der Armutsbekämpfung, Klimagerechtigkeit und eine gerechte Verwaltung globaler Gemeingüter in den Mittelpunkt stellt.

Schlussfolgerungen

Das Eintreten des Globalen Südens für eine multipolare, inklusive Ordnung spiegelt den breiteren Konsens wider, dass echte Sicherheit eine Demokratisierung globaler Entscheidungsprozesse und eine Neubalance institutioneller Autorität erfordert. Wenn westliche Staaten weiterhin als legitime Partner gelten wollen, müssen sie verstehen, wie die verschärften geoökonomische und geopolitische Rivalität zu spezifischen Neupositionierungen sowohl innerhalb der Länder des Globalen Südens als auch innerhalb internationaler Institutionen führt.

Zugleich müssen westliche Staaten begreifen, dass Sicherheit und Wirtschaft untrennbar miteinander verbunden sind. Die koloniale Ver-

gangenheit des Globalen Südens ist nicht bloß ein Gegenstand historischer Forschung, sondern prägt alltägliche Erfahrungen und das dortige Selbstverständnis – und damit auch die Art und Weise, wie sicherheitspolitische Anliegen formuliert werden.

Keynotes

- Die angenommene liberale Ordnung hat außerhalb des Westens nie wirklich existiert; dort finden sich andere Geschichten und Narrative über Weltpolitik und ihren Wandel.
- Geoökonomische Rivalität führt zu einer Vielzahl von Internationalisierungsprojekten – auch aus dem Globalen Süden selbst.
- Kolonialismus ist kein rein historisches Thema, sondern prägt Sicherheitsfragen weiterhin strukturell.
- Sicherheitsbedenken im Globalen Süden sind nicht nur militärischer Natur, sondern eng mit Fragen von Autonomie, Entwicklung, Hierarchien und Handlungsfähigkeit verknüpft.